Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Abteilung Soziales und Gesundheit
Planungs- und Koordinierungsstelle für Soziales und Gesundheit

– REICHTUMSBERICHT 2018 –

Reichtum und gesellschaftlicher Wohlstand im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Abteilung Soziales und Gesundheit
Planungs- und Koordinierungsstelle für Soziales und Gesundheit
Berlin, Juli 2018

Bearbeitung: *Luisa Marquardt, MPH*
Gesundheits- und Sozialberichterstattung
Telefon: +49 (0)30 9029 - 18523
Fax: +49 (0)30 9029 - 18529
Email: luisa.marquardt@charlottenburg-wilmersdorf.de
Internet: www.charlottenburg-wilmersdorf.de

Titelbild: Fotolia

© Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Charlottenburg-Wilmersdorf,
sehr geehrte Interessierte,

mit dem Reichtumsbericht 2018 liegt Ihnen nach dem Armutsbericht aus dem vergangenen Jahr nun eine ergänzende und vergleichende Betrachtung zur sozialen Lage der wohlhabenden Bevölkerung unseres Bezirks vor.

Die Fragen nach der Verteilung, Entstehung, Verwendung, Form und dem Umfang von Reichtum und Wohlstand lassen sich schwieriger erörtern als die Armutssituation im Bezirk, da weniger Indikatoren zur Verfügung stehen. Die Reichtumsberichterstattung in Deutschland ist – anders als die Armutsberichterstattung – weniger differenziert und insbesondere auf kommunaler Ebene nur eingeschränkt möglich. Dieser Bericht soll daher einen ersten Versuch darstellen, die Lage der reichen Bevölkerung im Bezirk zu erfassen.

Für eine möglichst umfassende Analyse von materiellem Wohlstand wird die Verteilung von Einkommens- und Vermögensreichtum in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Ein Großteil der verfügbaren Indikatoren lässt sich jedoch nicht auf Bezirksebene darstellen und wird für Berlin insgesamt und im Bundesvergleich ausgewiesen. Tendenzen für die Verteilung und den Umfang von Reichtum für Charlottenburg-Wilmersdorf lassen sich jedoch ableiten. Mit der zusätzlichen Gegenüberstellung zu anderen Berliner Bezirken wird ein Vergleich der Reichtumssituation unserer Bezirksbevölkerung möglich.

Der Reichtumsbericht 2018 soll in Ergänzung zum Armutsbericht als Statusbericht gelten und die Grundlage für zukünftige Fortschreibungen bilden. Ziel ist eine Gegenüberstellung der Ergebnisse mit denen des Armutsberichtes und die Erörterung von sozialpolitischen Möglichkeiten, den sozialen Disparitäten entgegenzuwirken.

Dieser Bericht soll Ihnen einen Einblick in die Reichtumssituation im Bezirk geben und zu weiteren Diskursen bezüglich der sozialen Lage der Bevölkerung anregen.

Auf den Internetseiten der Planungs- und Koordinierungsstelle der Abteilung Soziales und Gesundheit des Bezirksamtes finden Sie den Reichtumsbericht auch als Download bereitgestellt. Diese erreichen Sie über die Internetadresse www.charlottenburg-wilmersdorf.de.

Carsten Engelmann
Bezirksstadtrat für Soziales und Gesundheit

Inhaltsverzeichnis

Vorwort **1**

Inhaltsverzeichnis **2**

Abbildungsverzeichnis 4

Tabellenverzeichnis 4

I Einleitung **5**

1.1 Sozial- und Haushaltsstruktur der Bezirksbevölkerung 5

1.2 Reichtumsberichterstattung in Deutschland 6

1.3 Aufbau des Berichts 7

II Definition und Messbarkeit von Reichtum **8**

2.1 Formen von Reichtum 8

2.2 Entstehung, Verwendung und Umfang von Reichtum 8

2.3 Messbarkeit von Reichtum 9

Einkommensreichtum 10

Vermögensreichtum 11

III Einkommensreichtum und -verteilung **12**

3.1 Einkommensreichtumsquote 12

3.2 Primärverteilung und Einkommensentwicklung individueller Einkommen 15

Entwicklung wirtschaftlicher Kennzahlen 15

Entwicklung der Medianentgelte 15

3.3 Sekundärverteilung und Schichtung individueller Einkommen 19

Höhe des persönlichen Monatsnettoeinkommens 19

Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige in Berlin 20

Steuerpflichtige nach Einkommenssteuertarifzonen 22

Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften 23

3.4 Sekundärverteilung der Haushaltseinkommen 23

3.5 Verteilung der Äquivalenzeinkommen 26

Deutschland 26

Berlin und Charlottenburg-Wilmersdorf 26

3.6 Verwendung von Einkommen privater Haushalte 28

IV Vermögensreichtum und -verteilung **31**

4.1 Verteilung der Vermögen privater Haushalte 31

4.2 Verteilung der individuellen Vermögen 35

V Zusammenfassung und Limitationen 39

5.1 Ergebnisse auf Bundesebene 39

5.2 Ergebnisse auf Landesebene 40

5.3 Ergebnisse auf Bezirksebene 41

5.4 Limitationen 43

VI Fazit und Handlungsfelder 44

6.1 Fazit und Gegenüberstellung mit den Ergebnissen des Armutsberichtes 44

6.2 Ableitung bezirklicher Handlungsfelder 45

Anhang 50

Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften in Berlin 2004-2016 nach Bezirken.....50

Glossar.....51

Abkürzungsverzeichnis.....53

Literaturverzeichnis 54

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Reichtumsvorstellungen in Deutschland 2015 ... **8**
Abb. 2: Entwicklung der Einkommensreichtumsschwellen und -quoten für Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin und Deutschland 2006-2016 ... **13**
Abb. 3: Persönliches Monatsnettoeinkommen der Bevölkerung im Bezirk und Berlin 2016 nach soziodemografischen Merkmalen ... **19**
Abb. 4: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Berlin 2013 nach ausgewählten Haushaltsmerkmalen ... **24**
Abb. 5: Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen für Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2006-2016 ... **27**
Abb. 6: S80/S20-Quote für Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2006-2014 ... **27**
Abb. 7: Verhältnis der mittleren Äquivalenzeinkommen Älterer zu denen von Personen unter 65 Jahren 2005-2015 in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin ... **28**
Abb. 8: Anteil der privaten Haushalte in Deutschland und Berlin 2013 nach Höhe des Brutto- und Nettogeldvermögens ... **32**
Abb. 9: Median des Nettogeldvermögens privater Haushalte in Berlin 2013 nach ausgewählten Haushaltsmerkmalen ... **33**
Abb. 10: Durchschnitt und Median des Nettogesamtvermögens privater Haushalte in Berlin und Deutschland 2008 und 2013 ... **34**
Abb. 11: Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung in Deutschland 2013 nach Haushaltstyp ... **34**
Abb. 12: Durchschnitt, Median und Gini-Koeffizient der individuellen Vermögen in Deutschland 2012 nach soziodemografischen Merkmalen ... **36**
Abb. 13: Vermögensreichtumsquote und Vermögensarmutsquote für Deutschland 2013 nach soziodemografischen Merkmalen ... **37**

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Gründe für den Vermögensaufbau Hochvermögender 2015 nach Geschlecht ... **9**
Tab. 2: Einkommensreichtumsquoten der Bevölkerung in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2016 nach soziodemografischen Merkmalen ... **14**
Tab. 3: Ausgewählte wirtschaftliche Kennzahlen 2006 und 2016 (2015) ... **15**
Tab. 4: Median der monatlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte von Vollzeitbeschäftigten am 31.12.2016 ... **17**
Tab. 5: Veränderung des Medians der monatlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte von Vollzeitbeschäftigten 2010-2016 ... **17**
Tab. 6: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im 3. Quartal 2017 und zeitliche Veränderung ggü. dem 3. Quartal 2007 ... **18**
Tab. 7: Übersicht zu den Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen in Berlin und Deutschland 2013 nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte ... **21**
Tab. 8: Steuerfälle des Jahres 2016 in Berlin nach Tarifzonen zum Stichtag 02.03.2018 ... **22**
Tab. 9: Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2004-2016 ... **23**
Tab. 10: Private Haushalte in Berlin und Deutschland 2013 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ... **24**
Tab. 11: Privathaushalte in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2016 und 2012 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ... **25**
Tab. 12: Wohnsituation und Ausstattungsgrad mit ausgewählten Gebrauchsgütern privater Haushalte in Berlin 2013 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ... **29**
Tab. 13: Einkommen und ausgewählte Ausgaben privater Haushalte in Berlin 2013 nach Nettoeinkommensdezilen ... **29**

I Einleitung

Die soziale Lage der Bevölkerung Charlottenburg-Wilmersdorfs wurde bereits im Armutsbericht 2017 umfänglich beschrieben. Der Fokus lag dabei auf bezirklichen Besonderheiten in der Verteilung von Armutsrisiken.
Der nun vorliegende Reichtumsbericht hat zum Ziel, die Ergebnisse des Armutsberichtes um die Bevölkerungsgruppe der Personen, die in Reichtum bzw. gesellschaftlichem Wohlstand leben, zu erweitern und gegenüberzustellen. Ein besonderer Fokus wird auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen gelegt.
Einleitend wird zunächst die Sozial- und Haushaltstruktur der Bevölkerung Charlottenburg-Wilmersdorfs umrissen und folgend auf den Stand der Reichtumsberichterstattung in Deutschland eingegangen, bevor der Aufbau des Berichtes erläutert wird. Verwendete Fachbegriffe werden im nachstehenden Glossar erklärt.

1.1 Sozial- und Haushaltsstruktur der Bezirksbevölkerung

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit einer vielfältigen Sozial- und Haushaltsstruktur: Ende 2017 lebten insgesamt 338.831 Menschen im Bezirk. Von diesen haben 20 % einen Migrationshintergrund und 24,4 % sind Ausländer. Der größte Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund bzw. mit ausländischer Nationalität zeigt sich dabei für die Bezirksregion[1] (BZR) Kantstraße mit 49 %, die BZR Charlottenburg-Nord mit 48,6 % und die BZR Otto-Suhr-Allee mit 48,3 % [1]. Der bezirkliche Altersdurchschnitt beträgt 45,6 Jahre. Damit ist die Bezirksbevölkerung von Charlottenburg-Wilmersdorf im Durchschnitt älter als in Berlin insgesamt (Berlin: 42,7 Jahre) [2].
Der Großteil der Einwohnerinnen und Einwohner ist ledig (48,7 %), 34,6 % sind verheiratet, 0,8 % leben in einer Lebenspartnerschaft, weitere 10,5 % sind geschieden und 5,6 % verwitwet [2]. Der Familienstand spiegelt auch die bezirklichen Haushaltsstrukturen wider, welche für die Beschreibung der sozialen Lage eine wichtige Rolle spielen: Die durchschnittliche Haushaltsgröße in Charlottenburg-Wilmersdorf liegt mit 1,72 Personen unter dem Berliner Wert von 1,8 Personen. Von allen Privathaushalten in Charlottenburg-Wilmersdorf sind mit 29,2 % der größte Anteil weibliche Einpersonenhaushalte, gefolgt von Zweipersonenhaushalten (28,6 %). Weitere 25,2 % der Privathaushalte sind männliche Einpersonenhaushalte, in 9,4 % leben drei Personen und in 7,6 % vier oder mehr Personen. In etwas mehr als jedem fünften Haushalt (21,8 %) leben ledige Kinder (Berlin: 23,2 %) [3].
Wird der Anteil der Bevölkerung, der in Privathaushalten lebt, betrachtet, zeigt sich, dass 2016 68,7 % mit einer oder mehr Personen zusammen wohnten (Berlin: 70,8 %). Der Anteil ist hierbei für die unter 65-Jährigen mit 73,4 % höher als bei den über 65-Jährigen (51,4 %) [1].

Der aktuelle Bericht Monitoring Soziale Stadtentwicklung für Berlin 2017 der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen erfasst die soziostrukturelle Entwicklung auf Planungsraumebene[1] [4]. Er weist für die meisten Planungsräume in Charlottenburg-Wilmersdorf einen Gesamtindex Soziale Ungleichheit mit mittlerem Status und stabiler Dynamik für die Jahre 2015 und 2016 aus. Die an den Grunewald grenzenden Planungsräume zeigen einen hohen Statusindex mit stabiler und teilweise negativer Dynamik. Eine im Vergleich eher schwache Sozialstruktur zeigen die Planungsräume Jungfernheide und Schlossgarten im Norden des Bezirks. Als Region mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf stellt der Bericht den Planungsraum Paul-Hertz-Siedlung in Charlottenburg-Nord heraus. Damit zeigen sich zusammengefasst sozialräumliche Differenzierungen hinsichtlich der Sozialstruktur Charlottenburg-Wilmersdorfs, welche auch eine ungleiche Verteilung von Reichtum und Wohlstand vermuten lassen.

[1] Die Bezirksregionen bilden die mittlere, die Planungsräume die kleinste von drei Ebenen der Lebensweltlich orientierten Räume (LoR), die berlinweit einheitlich als räumliche Planungsebenen definiert sind. Die kleinräumige Gliederung des Bezirks wird im bezirklichen Armutsbericht 2017 detailliert grafisch dargestellt.

1.2 Reichtumsberichterstattung in Deutschland

Die Verteilung von Reichtum und Wohlstand in der Bevölkerung ist auf internationaler, nationaler sowie regionaler Ebene weniger detailliert erforscht als Armutslagen. Auf Bundesebene wird die Reichtumsberichterstattung insbesondere mit dem regelmäßig erscheinenden Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verfolgt [5]. Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht von 2017 kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland seit der Finanz- und Wirtschaftskrise vor zehn Jahren ökonomisch so gut wie nie zuvor dasteht. Dies zeige sich in den höchsten Beschäftigungszahlen und der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Deutschen Einheit sowie im anhaltenden Wirtschaftswachstum und steigenden Reallöhnen.

Neben dem Fünften Armuts-und Reichtumsbericht machen verschiedene nationale Statistiken jedoch auf steigende Einkommens- und Vermögensunterschiede in Deutschland aufmerksam. So zeigt der Verteilungsmonitor des Wirtschaft- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung eine steigende Ungleichheit der Haushaltseinkommen für Deutschland seit 1991 [6]. Dabei divergierten die Einkommen bis 2005 stärker; seit 2005 ist die Einkommensungleichheit in einem relativ stabilen Verhältnis: Die obere Hälfte der Einkommensbezieher verdiente in den vergangenen Jahren etwa 70 % der Einkommen, die untere Hälfte 30 % der Einkommen. Einhergehend schwankte der Gini-Koeffizient[2] für Einkommensungleichheit – ein verbreitetes Maß zur Messung von Ungleichheit –im Zeitraum bis 2014 um den Wert von 0,3. Damit liegt Deutschland im nationalen Vergleich knapp unter dem EU-Durchschnitt (Gini-Koeffizient= 0,31). Im Vergleich mit den west- und nordeuropäischen Ländern ist der Wert jedoch überdurchschnittlich [5] [6]. Die Einkommensreichtumsquote für Deutschland, d.h. der Anteil der Bevölkerung, der mehr als das Doppelte des mittleren Einkommens aufweist, lag in den letzten Jahren stabil zwischen 7,7 % und 8,2 % [5].

Neben einem hohen Einkommen wird Reichtum insbesondere mit einem hohen Vermögen verbunden. Der Vermögensreichtum ist in Deutschland im Vergleich zum Einkommensreichtum deutlich ungleicher verteilt: Die wohlhabendsten 10 % der Haushalte in Deutschland besitzen zusammen circa 60 % des Nettohaushaltsvermögens. Damit liegt der Wert beträchtlich über dem OECD-Durchschnitt von 50 %. Die untersten 20 % der Haushalte in Deutschland hingegen besitzen gar kein Vermögen; 9 % der Haushalte haben aufgrund von Schulden sogar negative Vermögen [7].
Mit einem Gini-Koeffizienten für Vermögensungleichheit von 0,76 für das Jahr 2014 zeigt Deutschland im europäischen Vergleich nach Litauen die zweithöchste Vermögensungleichheit innerhalb der Eurozone [8].
Im Jahresvergleich lässt sich auch für die Vermögensverteilung eine zunehmende Ungleichheit beobachten: Der Vermögensreichtum des wohlhabendsten Prozents der Deutschen stieg zwischen 2016 und 2017 um 22 % an, das Vermögen der ärmeren 50 % der Bevölkerung nur um 3 % [9]. Langfristig ist der Gini-Koeffizient zur Beurteilung der Vermögensverteilung privater Haushalte von 0,67 im Jahr 1998 auf 0,74 im Jahr 2013 gestiegen (Basis: EVS 2013) [5].

Insgesamt zeigt sich damit, dass Deutschland im europäischen Vergleich zu Ländern mit vergleichbarem Wohlstandsniveau ein eher ungleiches Land bezüglich der Einkommens- und Vermögensverteilung ist. U.a. der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung legt neben diesen nationalen Ergebnissen auch einen Fokus auf regionale und soziodemografische Unterschiede in der Verteilung von Reichtum. Diese Erkenntnisse sowie Ergebnisse anderer nationaler Statistiken und Studien werden in den folgenden Kapiteln miteinfließen.

[2] Je näher der Gini-Koeffizient am Wert 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit.

1.3 Aufbau des Berichts

Dieser Bericht soll die verfügbaren Kenntnisse zur Reichtums- und Wohlstandsverteilung im Bezirk bzw. im Land Berlin darstellen. Da die Reichtumsberichterstattung in Deutschland weitaus weniger differenziert ist als die Armutsberichterstattung, wird zunächst in Kapitel 2 aufgezeigt, wie Reichtum einer Gesellschaft definiert werden kann und wie er sich statistisch durch Indikatoren erfassen lässt.

Mit dem Fokus auf materiellen Reichtum wird der Blick in den folgenden zwei Kapiteln auf die Analyse von Einkommensreichtum und Vermögensreichtum gelegt. Die betrachteten Indikatoren werden zunächst im Bundesvergleich betrachtet und dann – soweit möglich – differenziert nach soziodemografischen und Haushaltsmerkmalen sowie auf der kleinstmöglichen Raumebene aufgezeigt. Damit können regionale Unterschiede in der Verteilung von Reichtum identifiziert werden. Darüber hinaus werden Zeitreihen aufgezeigt, um die Entwicklung in den vergangenen Jahren abzubilden.

Kapitel 5 fasst die Ergebnisse zusammen und nennt wichtige Limitationen für die Interpretation.

Den Abschluss bilden das Fazit, in welchem die Ergebnisse mit denen des bezirklichen Armutsberichtes 2017 gegenübergestellt werden und die Ableitung von sozialpolitischen Handlungsfeldern für den Bezirk und übergeordnete Ebenen. Ein Glossar zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe ist im Anhang zu finden.

II Definition und Messbarkeit von Reichtum

2.1 Formen von Reichtum

Reichtum lässt sich nicht per se als materielles Gut beschreiben und ist daher nicht immer quantitativ messbar. Beispielsweise haben auch soziale Sicherungssysteme eine Vermögensfunktion, da sie gegen Risiken wie Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit absichern. Die durch Beitragszahlungen entstehenden Ansprüche im Bedarfsfall sind jedoch nur mit tiefgreifenden Modellrechnungen zu analysieren [5]. Reichtum spiegelt sich auch in gesellschaftlich bedingten Verwirklichungschancen, wie dem Zugang zu Bildung und Gesundheit oder zum Arbeitsmarkt, politischen Chancen und Partizipation wider. So definiert die Bundesregierung in ihrem Fünften Armuts- und Reichtumsbericht Reichtum als ein hohes Maß an Verwirklichungschancen und Gestaltungsmöglichkeiten [5].

Die vielfältigen Formen von Reichtum werden aus einer Repräsentativbefragung aus dem Jahr 2015 deutlich, die im Zusammenhang mit der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung erfolgte (Abb. 1). Befragt wurden mehr als 2000 Personen in Deutschland, was Reichtum subjektiv für sie bedeutet [5].

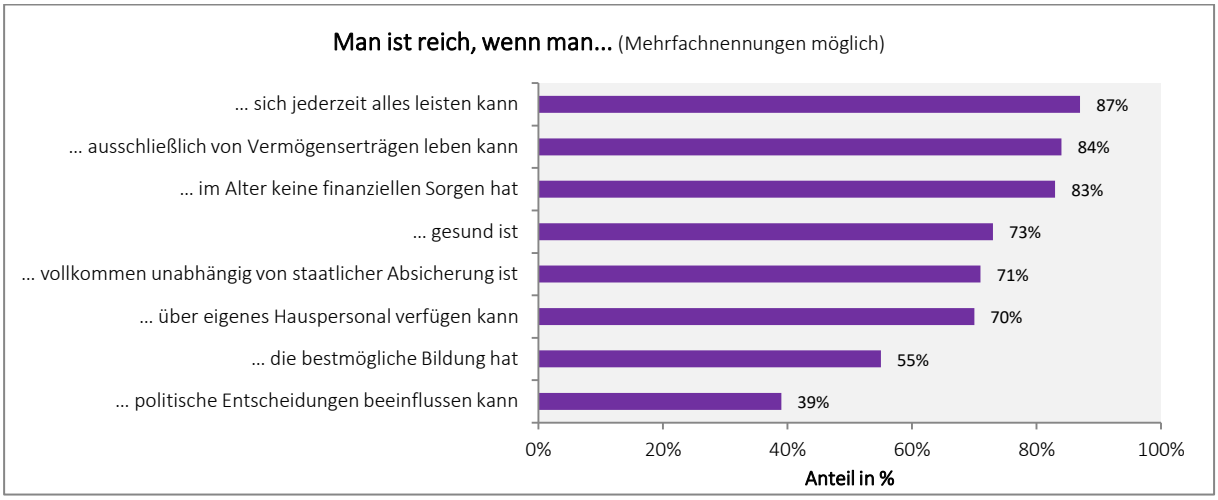

Abb. 1: Reichtumsvorstellungen in Deutschland 2015
Quelle: 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2017, S. 111 [5]

Hier bestätigt sich, dass Reichtum nicht nur materielle Aspekte zeigt, sondern u.a. auch mit guter Gesundheit und Bildung verbunden wird. Dennoch beziehen sich die drei meistgenannten Aspekte auf monetären Reichtum, sodass sich die Reichtumsberichterstattung in Deutschland auf diese Form von Reichtum fokussiert.

2.2 Entstehung, Verwendung und Umfang von Reichtum

Materieller Reichtum ergibt sich zunächst aus dem Einkommen und dem Vermögen einer Person bzw. eines Haushaltes. Daneben kann Reichtum auch anhand von Konsumstrukturen, Steuerstatistiken sowie Statistiken zu Erbschaften und Schenkungen beschrieben werden.

- Zu den Quellen von Einkommensreichtum zählen vorrangig die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit. Hinzu kommen Einkünfte aus Unternehmertum.
- Zu den Quellen von Vermögensreichtum gehören u.a. die Vermietung und Verpachtung von Immobilien, Erbschaften und Schenkungen, aber auch Gewinne aus Finanzgeschäften und durch Heirat.

Generell gibt es unzählige schwer quantifizierbare Einflussgrößen auf die Entstehung von Reichtum, sodass keine pauschale Aussage getroffen werden kann. Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat eine nicht repräsentative Befragung unter 130 Hochvermögenden mit einem freien Geldvermögen von mindestens 1 Million Euro in Deutschland durchgeführt, um die Entstehung von Vermögensreichtum zu erörtern [5]. Hier zeigt sich, dass bei zwei Dritteln der Befragten Erbschaften und Schenkungen zu hohem Vermögensreichtum geführt haben (Tab.1). 60 Prozent gaben an, dass ihre berufliche Selbstständigkeit zu ihrem hohen Vermögen wesentlich beitrug und -trägt. Weniger bedeutsam sind Immobilienbesitz (42 %), Gewinne aus Finanzgeschäften (35 %), abhängige Erwerbsarbeit (29 %) und Heirat (23 %).

Tab. 1: Gründe für den Vermögensaufbau Hochvermögender 2015 nach Geschlecht

	Relevante Gründe* (%)			Hauptgrund (%)		
Vermögend durch…	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
Erbschaft/ Schenkung	61	69	67	27	38	35
Selbstständigkeit/ Unternehmertum	39	67	60	31	44	40
Immobilienbesitz	39	43	42	3	2	2
Finanzgeschäfte	45	32	35	6	4	5
Abhängige Erwerbstätigkeit	36	27	29	12	9	10
Heirat	36	19	23	21	3	8

* Mehrfachnennungen möglich

Quelle: 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2017, S. 139 [5]

Die Verwendung sowie der Umfang von Reichtum sind gleichermaßen schwer darstellbar, da hierzu keine aussagekräftigen Statistiken existieren. Die im späteren Berichtsteil beschriebenen Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 lassen einen groben Eindruck über die Verwendung von Reichtum zu (vgl. Kapitel 3.6).

2.3 Messbarkeit von Reichtum

Wie bereits deutlich wurde, stehen für die Reichtumsberichterstattung im Gegensatz zur Armutsberichterstattung insgesamt weniger Indikatoren zu Verfügung. Die Unzulänglichkeit bestehender Statistiken zur Analyse von Reichtum – insbesondere von Vermögensreichtum – wird auch durch die Bundesregierung bestätigt. Sie führt im Fünften Armuts- und Reichtumsbericht aus, dass „die Daten- und Erkenntnislage des privaten Reichtums (…) seit Beginn der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung (…) problematisch (ist)“ (BMAS 2017, S. 127). Reichtum und Wohlstand einer Gesellschaft seien weitaus schwieriger statistisch zu erfassen als (Einkommens-)armut. Gründe hierfür lägen u.a. darin, dass höhere Einkommensklassen bzw. Spitzeneinkommen in amtlichen Statistiken unterrepräsentiert sind[3] und damit keine belastbaren Analysen erlauben. Damit würde die Schere zwischen Arm und Reich potentiell unterschätzt.

Reichtum, definiert als Maß an Verwirklichungschancen, ist schwer messbar und wird durch vielfältige Variablen bestimmt. Vorhandene Statistiken erlauben keine Quantifizierung von Verwirklichungschancen und erfassen die Vermögensverteilung sowie die Konsumstruktur der Bevölkerung nur unzureichend, sodass sich die Reichtumsberichterstattung in Deutschland auf die Beschreibung von Einkommensreichtum und monetärer Ungleichheit fokussiert. Zur Erfassung von materiellem Reichtum wird hierbei ähnlich zu der Armutsberichterstattung auf relative Konzepte zurückgegriffen.

[3] Da z.B. keine Vermögenssteuer mehr erhoben wird.

Einkommensreichtum

Zur Analyse des Einkommensreichtums werden auf Bundesebene u.a. die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), das Sozioökonomische Panel (SEOP), die EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) und der Mikrozensus herangezogen. Daneben bilden auch die Lohn- und Einkommenssteuerstatistik, die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit sowie die Verdienststrukturerhebung und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder eine Datengrundlage. Die Merkmale und Nutzungsmöglichkeiten der einzelnen Stichproben und Statistiken werden zum grundlegenden Verständnis im Folgenden kurz aufgezeigt:

- Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine bundesweite Quotenstichprobe, die alle 5 Jahre u.a. die Einnahmen und Ausgaben sowie Vermögen privater Haushalte über alle vier Quartale des Erfassungsjahres erhebt. In der letzten EVS von 2013 wurden in Berlin 4.157 Haushalte (0,2 %) befragt. Es werden nur Haushalte erfasst deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen weniger als 18.000 Euro beträgt, sodass keine Spitzenverdiener in die Statistik einbezogen werden. Die Ergebnisse sind nur auf Landesebene repräsentativ. Mit der EVS 2013 erfolgte eine Neuzuordnung Berlins zu den neuen Bundesländern[4].
- Das Sozioökonomische Panel (SOEP) ist eine jährlich stattfindende repräsentative Wiederholungsbefragung gleichbleibender privater Haushalte. Das letzte SOEP von 2015 liefert Informationen über Lebensbedingungen, Wertvorstellungen, Persönlichkeitseigenschaften und den Wandel in verschiedenen Lebensbereichen und wird wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt.
- Die European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) ist eine europaweite, jährliche Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen. In Deutschland nehmen jährlich 14.000 private Haushalte an der Befragung teil. Im Mittelpunkt stehen europaweit vergleichbare Indikatoren für die soziale Eingliederung. Die aktuellsten Daten stammen aus dem Jahr 2015.
- Im aktuellen Mikrozensus von 2016 wurden ca. 18 000 Haushalte in Berlin (1 % der Bevölkerung) befragt. Der Mikrozensus umfasst u.a. Einkommensindikatoren und liefert hierzu Informationen auf Landesebene. Er unterschätzt das Einkommen tendenziell, das Spitzeneinkommen unterrepräsentiert sind und gibt keine Informationen über das Vermögen, sodass die Aussagen nur begrenzt interpretierbar sind.
- Die jährliche Lohn- und Einkommenssteuerstatistik wird aus Verwaltungsdaten der Finanzbehörden gewonnen und ist für Berlin nur auf Länderebene verfügbar. Da die Daten erst mit Verzögerung verfügbar sind, ist die letzte Lohn- und Einkommenssteuerstatistik aus dem Jahr 2013.
- Die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit liefert monatliche Informationen auf Länderebene und teilweise auf Bezirksebene u.a. zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, verfügbarem Einkommen und dem Bruttoarbeitsentgelt.
- Die Verdienststrukturerhebung findet alle vier Jahre durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) statt (zuletzt 2014) und umfasst ca. 3.200 Betriebe in Berlin. Im Fokus stehen Angaben zum Verdienst und der Arbeitszeit, die auf Landesebene verfügbar sind.
- Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (VGR) sammeln Informationen zum wirtschaftlichen Geschehen (u.a. Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung) auf Länderebene (Aktualität: 2017).

Für kleinräumige Analysen zum Themenspektrum Reichtum sind hierbei vordergründig die Einkommensindikatoren des Mikrozensus heranzuziehen, da dieser Ergebnisse auch auf regionaler Ebene liefert. Der Großteil der anderen aufgezeigten Datenquellen lässt nur Rückschlüsse auf Landesebene bzw. Bundesebene zu. Zusätzlich können bei der Betrachtung eines Indikators aufgrund der unterschiedlichen Datenquellen auch abweichende

[4] Bei den EVS der Jahre 1993, 1998, 2003 und 2008 wurde Berlin-West den alten Bundesländern und Berlin-Ost den neuen Ländern zugeordnet. Dadurch sind die Daten dieser Zeiträume nur eingeschränkt mit den Ergebnissen der EVS 2013 vergleichbar.

Quoten auftreten. Zudem beruhen die Ergebnisse oftmals auf nominalem Einkommen, d.h. die Inflationsrate ist nicht berücksichtigt.

Vermögensreichtum

Die Datenlage zur Analyse von Vermögensreichtum und -verteilung ist weitaus unzureichender als die der Einkommensverteilung. Dies gilt insbesondere für regionale Analysen, sodass die Betrachtung der Vermögensverteilung nur auf Landesebene möglich ist. Da mit der Abschaffung der Vermögenssteuer die Vermögenssteuerstatistik weggefallen ist, liegt kaum eine Datenlage vor. Die grundlegende Datengrundlage, neben dem SOEP, bildet daher die EVS, die alle fünf Jahre erhoben wird – zuletzt 2013. Die Analyse von Vermögen betrachtet den Bestand an Geld- und Sachvermögen abzüglich der Verbindlichkeiten wie Schulden auf Haushaltsebene. Das Vermögen umfasst hierbei auf Grundlage der EVS das verzinsliche Geldvermögen sowie die Verkehrswerte von Immobilien abzüglich Hypotheken und Konsumschulden. Gebrauchs- und Betriebsvermögen sind unzureichend berücksichtigt, obwohl sie einen großen Einfluss auf das Vermögen haben [10]. Das SOEP betrachtet im Unterschied zur EVS das Betriebsvermögen und weist Pro-Kopf-Vermögen aus.

III Einkommensreichtum und -verteilung

Wie einleitend beschrieben, ist der Einkommensreichtum die zentral betrachtete Größe in der Reichtumsberichterstattung in Deutschland. Zur Bestimmung von monetärer Einkommensungleichheit werden je nach Zielstellung verschiedene Bezugsgrößen verwendet. Die Einkommensverteilung lässt sich personenunabhängig, auf individueller Ebene oder auf Ebene der Haushalte bestimmen [11].
Neben dem Hauptindikator für Einkommensreichtum, der Einkommensreichtumsquote, werden für einen umfassenden Überblick, die Primärverteilung und Sekundärverteilung individueller Einkommen sowie von Haushaltseinkommen näher betrachtet. Hierbei werden, soweit möglich, Daten auf Bezirksebene aufgezeigt. Wo dies nicht möglich ist, werden Indikatoren auf Landesebene betrachtet, um die Position Berlins im Bundesvergleich darzustellen.

3.1 Einkommensreichtumsquote

Die Einkommensreichtumsquote gilt als Hauptindikator zur Messung des relativen Einkommensreichtums einer Bevölkerung. Als relativ einkommensreich gelten Personen, die mindestens das Doppelte des Medians der Nettoäquivalenzeinkommen der Bevölkerung zur Verfügung haben (Reichtumsschwelle). Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, sodass Unterschiede in der Haushaltsgröße berücksichtigt sind. Die Reichtumsschwelle unterscheidet sich entsprechend je nach Größe und Zusammensetzung der Haushalte. So betrug sie 2016 nach dem Landesmaßstab für Berliner Einpersonenhaushalte 3.076 Euro, für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern 6.460 Euro.

Die Einkommensreichtumsquote lässt sich anhand des Bundes- oder des Landesmaßstabes bestimmen. Wird der Landesmaßstab zur Berechnung des Grenzwertes (Reichtumsschwelle) zugrunde gelegt, wird das mittlere Einkommen im Land Berlin (Landesmedian) betrachtet, womit regional unterschiedliche Einkommenshöhen und Preisniveaus berücksichtigt sind. Um die Position Berlins im Bundesvergleich aufzuzeigen wird hingegen der Bundesmedian herangezogen.
Für einen ersten Vergleich des Anteils der Bezirksbevölkerung, der in relativem Einkommensreichtum lebt, ist ein Blick auf die Reichtumsquote der Gesamtberliner Bevölkerung im Vergleich zur Reichtumsquote der Bundesrepublik sinnvoll. Gemessen am Bundesmaßstab mit einer Reichtumsschwelle von 3.230 Euro lag die Berliner Reichtumsquote im Jahr 2016 bei 7,7 %[5] (Deutschland: 8,2 %). Damit liegt Berlin auf Rang acht im Bundesvergleich und damit im Mittelfeld aller Bundesländer [12].
Die landesspezifische Reichtumsquote Berlins ist mit 9,2 %[6] eineinhalb Prozentpunkte höher [13]. Das weist auf ein eher geringes Einkommensniveau der Berliner Bevölkerung im Vergleich aller Bundesländer hin, da einhergehend die landesspezifische Reichtumsschwelle und damit auch das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen niedriger sind.

Beim Vergleich der bezirklichen Reichtumsquote für 2016 mit der berlinspezifischen Quote wird deutlich, dass sie mit 15,7 Prozentpunkten deutlich oberhalb der Berliner Quote von 9,2 % liegt. Damit zählt Charlottenburg-Wilmersdorf nach Steglitz-Zehlendorf (18,1 %) zu den Bezirken mit den höchsten Reichtumsquoten. Entsprechend leben im Bezirk besonders viele einkommensreiche Personen: Insgesamt können 52.791 Personen als relativ einkommensreich bezeichnet werden. Im Vergleich hierzu betrug die bezirkliche Armutsgefährdungsquo-

[5] Ergebnisse des Mikrozensus. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt [12].
[6] S. Fußnote 5.

te für das Jahr 2016 15,4 % (Berlin: 16,6 %) [13]. Damit sind etwas mehr Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks einkommensreich als einkommensarm. Insgesamt zeigt Charlottenburg-Wilmersdorf einen vergleichsweise hohen bzw. ausgeglichenen Anteil an einkommensarmen und einkommensreichen Einwohnerinnen und Einwohnern, was einen deutlichen Unterschied zur gesamtberliner Verteilung darstellt.

Die zeitliche Entwicklung der Einkommensreichtumsschwellen und -quoten für Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin im Vergleich zu Deutschland in den vergangenen zehn Jahren ist in Abbildung 2 dargestellt.

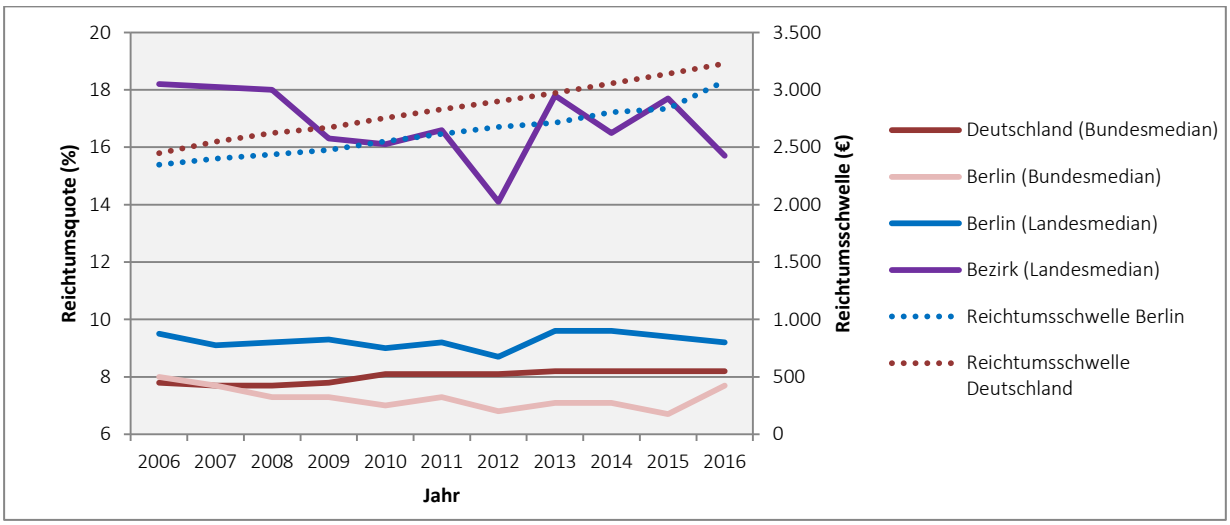

Abb. 2: Entwicklung der Einkommensreichtumsschwellen und -quoten für Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin und Deutschland 2006-2016

Quelle: Auskunft des AfS Berlin-Brandenburg- Referat 51 vom 07.05.2018, Datenbasis: Mikrozensus[7]

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Reichtumsschwelle für Berlin kontinuierlich unterhalb der bundesweiten Reichtumsschwelle liegt. Dies weist auf die bereits genannten niedrigeren Medianäquivalenzeinkommen in Berlin hin(Landesmedian=1.538 Euro; Bundesmedian=1.615 Euro). Seit 2006 ist die Reichtumsschwelle für Berlin aufgrund steigender mittlerer Äquivalenzeinkommen um 31 % von 2.348 Euro auf 3.076 Euro gestiegen (Deutschland: 31,9 % von 2.448 Euro auf 3.230 Euro).

Seit 2008 liegt die Berliner Reichtumsquote gemessen am Bundesmedian – d.h. an der Reichtumsschwelle für Deutschland – unterhalb der von Deutschland. Damit leben in Berlin im Bundesvergleich anteilig weniger wohlhabende Einwohnerinnen und Einwohner als in Deutschland. Die Reichtumsquote für Berlin 2016 lag dabei im Mittelfeld aller Bundesländer. Sie schwankte im betrachteten Zeitraum zwischen 8 % im Jahr 2006 und 6,7 % im Jahr 2015.

Wird die Reichtumsquote Berlins gemessen am Landesmedian – d.h. an der Reichtumsschwelle für Berlin – im Zeitverlauf betrachtet, wird deutlich, dass sie durchgehend oberhalb der von Deutschland liegt. Diese Differenz der beiden Reichtumsquoten für Berlin lässt sich durch den bereits oben beschriebenen Zusammenhang mit den niedrigeren mittleren Äquivalenzeinkommen in Berlin begründen. Die aus den geringeren Medianäquivalenzeinkommen resultierende niedrigere Reichtumsschwelle wird durch mehr Personen überschritten. Die Reichtumsquote im Landesmaßstab schwankte in den letzten Jahren zwischen 8,7 % im Jahr 2012 nach der Finanzkrise und 9,6 % in den Jahren 2013 und 2014. Zuletzt hat sie im Jahr 2016 auf 9,2 % abgenommen.

Im Vergleich zur Berliner Reichtumsquote nach Landesmedian lag die bezirkliche Reichtumsquote in den letzten Jahren deutlich oberhalb der Landesquote. Sie zeigt jedoch insgesamt stärkere Schwankungen zwischen 18,2 % im Jahr 2008 und 16,1 % im Jahr 2010 mit einem Bruch für das Jahr 2012 (14,1 %). Die aktuelle Quote von 15,7 % liegt zwei Prozentpunkte unterhalb der Quote des Vorjahres. Hierbei muss erwähnt werden, dass aufgrund einer Umstellung der Stichprobe im Zusammenhang mit der Erhebung für den Mikrozensus die Vergleichbarkeit nur

[7] S. Fußnote 5.

eingeschränkt möglich ist (vgl. Fußnote 5). Insgesamt zählt Charlottenburg-Wilmersdorf mit Steglitz-Zehlendorf zu den Berliner Bezirken mit der höchsten Reichtumsquote für die letzten Jahre.

Tab. 2: Einkommensreichtumsquoten der Bevölkerung (Landesmedian) in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2016 nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal		Charlottenburg-Wilmersdorf	Berlin
		%	
Insgesamt		**15,7**	**9,2**
davon	männlich	16,4	10,0
	weiblich	15,0	8,4
davon	ohne Migrationshintergrund	18,5	10,8
	mit Migrationshintergrund	10,7	5,2
davon	Einpersonenhaushalt	13,2	6,1
	Mehrpersonenhaushalt	16,8	10,4
davon	unter 25 Jahre alt	10,8	6,2
	25 bis unter 45 Jahre alt	13,3	8,5
	45 bis unter 65 Jahre alt	21,2	14,3
	65 und älter Jahre alt	15,8	6,6

Quelle: Auskunft des AfS - Referat 51 vom 07.05.2018, Datenbasis: Mikrozensus 2016

Wird die bezirkliche Reichtumsquote nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen betrachtet und Berliner Ergebnissen gegenübergestellt, zeigen sich deutliche Unterschiede (Tab. 2). Männer sind mit 16,4 % häufiger einkommensreich als Frauen (15 %). Große Unterschiede in der Reichtumsquote gibt es auch zwischen Menschen ohne Migrationshintergrund (18,5 %) und Menschen mit Migrationshintergrund (10,7 %). Zudem sind Personen in Mehrpersonenhaushalten häufiger einkommensreich (16,8 %) als Alleinlebende (13,2). Hinsichtlich der Altersgruppen zeigt sich eine steigende Reichtumsquote mit zunehmendem Alter bis zum Ende der Erwerbsphase: In der Altersgruppe der 45 bis unter 65-Jährigen liegt das Einkommen von mehr als jedem Fünften über der Reichtumsschwelle. Für die Altersgruppe der über 65-Jährigen sinkt die Reichtumsquote auf 15,8 % – sie bleibt dennoch deutlich über der Landesquote.
Insgesamt liegen die Reichtumsquoten für den Bezirk für alle betrachteten Merkmale deutlich über denen des Landes Berlin. Die beschriebenen Unterschiede lassen sich auch für Berlin feststellen.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt die Einkommensreichtumsquote auf Basis von SOEP, EU-SILC und EVS nach zusätzlichen soziodemografischen Merkmalen heraus. Aufgrund unterschiedlicher Datengrundlagen weichen die Indikatorwerte voneinander ab, Tendenzen werden aber für alle betrachteten Merkmale deutlich: Danach gilt für Deutschland insgesamt, dass sich, differenziert nach Haushaltstyp, die höchsten Quoten für Paare mit einem Kind, gefolgt von Paaren mit zwei Kindern und Alleinlebenden zeigen. Die niedrigsten Reichtumsquoten bestehen für Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern in Deutschland. Personen, die im eigenen Eigentum leben sind tendenziell öfter einkommensreich als Personen, die in Mieterhaushalten wohnen [5]. Für Berlin bestätigt der Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017, dass die Armutsgefährdungsquote für Mieterhaushalte mit 15,3 % deutlich höher ist als für Eigentümerhaushalte [13]. Darüber hinaus spielt der Erwerbsstatus eine ebenso wichtige Rolle: Erwerbstätige sind häufiger einkommensreich als Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner bzw. Pensionärinnen und Pensionäre [5].

3.2 Primärverteilung und Einkommensentwicklung individueller Einkommen

Zur vertiefenden Darstellung der Verteilung von Reichtum und Wohlstand in der Bevölkerung wird im Folgenden die Einkommensverteilung und -entwicklung genauer betrachtet. Der Blick wird hierfür zunächst auf die Primärverteilung und Entwicklung individueller Einkommen in Berlin gelegt[8].

Entwicklung wirtschaftlicher Kennzahlen

Tabelle 3 zeigt einleitend einige wirtschaftliche Indikatoren im Zeitvergleich für Berlin und Deutschland. Insgesamt zeigt Berlin eine im Bundesvergleich überdurchschnittlich positive Entwicklung der Beschäftigungszahlen: Seit 2006 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um ein Drittel gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben auch das Medianentgelt und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner (Bezug: 2015) prozentual stärker zugenommen als in Deutschland – sie bleiben dennoch unterhalb des Bundesmittelwertes [14].
Das Primäreinkommen, welches neben dem Erwerbseinkommen auch das Vermögenseinkommen umfasst, aber keine Transferzahlungen berücksichtigt, lag 2015 bei 22.298 Euro je Berlinerin und Berliner (Deutschland: 25.922 Euro). Es stieg seit 2006 um 23,6 % und damit etwas stärker als im Bundesdurchschnitt, bleibt jedoch unter dem bundesweiten Wert [15].

Tab. 3: Ausgewählte wirtschaftliche Kennzahlen 2006 und 2016 (2015)

	Berlin			Deutschland		
	2016	2006	Veränderung 2006-2016 (%)	2016	2006	Veränderung 2006-2016 (%)
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1.365.639	1.026.181	33,1	31.373.691	26.533.905	18,2
Medianentgelt	3.024	2.444	23,7	3.133	2.565	22,1
Primäreinkommen pro EW*	22.298	18.040	23,6	25.922	21.077	23,0
verfügbares Einkommen pro EW*	19.095	16.733	14,1	21.583	18.262	18,2
BIP pro EW*	35.428	27.735	27,7	37.128	29.483	25,9

* Der Vergleich bezieht sich auf die Jahre 2015 und 2006, da Zahlen für 2016 bei Berichtserstellung nicht zur Verfügung standen.
Quelle: Arbeitsmarktmonitor BA 2016 [14] & AfS 2016: Statistischer Bericht P I 10-j/15 - VGR [15] angelehnt an Kistler et al. 2017 [16]

Das real verfügbare Einkommen, welches nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben und der Zahlung von Sozialleistungen jeder Einwohnerin und jedem Einwohner im Schnitt zur Verfügung steht, betrug 2015 19.095 Euro. Damit stehen durchschnittlich 86 % des Primäreinkommens den Berlinerinnen und Berlinern zum Konsum und privatem Verbrauch zur Verfügung (Deutschland: 83 %). Das verfügbare Einkommen nahm mit 14,1 % weniger deutlich zu als das Primäreinkommen und blieb auch 2015 weiterhin unterhalb des deutschlandweiten Wertes von 21.583 Euro.
Insgesamt sind die aktuellen Kennzahlen für Berlin im Bundesvergleich damit unterdurchschnittlich.
Der Arbeitsmarktmonitor der Bundesagentur für Arbeit sowie die VGR liefern die genannten Kennzahlen nur auf Berlinebene. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass zwischen den Bezirken Unterschiede bestehen. Im Folgenden wird das Medianentgelt hinsichtlich soziodemografischer und qualifikationsbezogener Merkmale betrachtet, um ein differenzierteres Bild zu erhalten.

Entwicklung der Medianentgelte

Die Beschäftigtenstatistik der Agentur für Arbeit liefert landesbezogene Angaben zu den monatlichen Bruttoarbeitsentgelten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter[9] [17]. Wie einleitend dargestellt, betrug das monatliche

[8] Bezirkliche Zahlen sind nicht verfügbar.

[9] Es werden nur Entgelte bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt. Dennoch sind die Ergebnisse nur begrenzt eingeschränkt, da die Betrachtung des Medians starke Verzerrungen ausschließt.

Medianentgeld in Berlin Ende 2016 3.024 Euro (Arbeitsort). Im Bundesvergleich liegt das Land Berlin damit unter dem Bundesdurchschnitt von 3.133 Euro (Rang 9). Das bundesweit unterdurchschnittliche Medianentgelt besteht ebenfalls, wenn nach soziodemografischen Aspekten und dem Qualifikationsniveau unterschieden wird (Tab. 4). Zwischen Frauen und Männern[10] sowie zwischen Hochschulabsolvierenden und Personen ohne Berufsabschluss weichen die Medianentgelte relativ betrachtet weniger stark voneinander ab als für Deutschland insgesamt. Anders verhält es sich, wenn die Entgelte der ältesten mit der jüngsten Altersgruppe verglichen werden: Hier sind die Unterschiede für Berlin deutlicher als für das gesamte Bundesgebiet. Die Entgeltunterschiede zwischen Deutschen und Ausländern sind in Berlin in etwa im gleichen Verhältnis wie in Deutschland.

Im Zeitverlauf seit 2010 ist der Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte in Berlin um 18,4 % gestiegen und damit stärker als im Bundesgebiet (16 %) (Tab. 5). Insgesamt sind die Veränderungen für die neuen Bundesländer für alle betrachteten Merkmale stärker ausgeprägt als für die alten Bundesländer.
Für Frauen ist ein größerer Anstieg zu verzeichnen als für Männer, womit sich eine Abnahme der Unterschiede beim Medianentgelt zwischen den Geschlechtern abzeichnet[10]. Der Anstieg bei Arbeitnehmerinnen in Berlin ist jedoch geringer als im gesamten Bundesgebiet. Hingegen verzeichnen männliche sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Berlin eine stärkere Zunahme als im Bundesvergleich.
Besonders auffällig ist die hohe Zunahme des Medians der Bruttoarbeitsentgelte für Ausländer (38,7 %), welche mehr als doppelt so hoch ist wie für Deutsche (18,9 %). Hiermit liegt Berlin deutlich über dem Bundesschnitt (2,2 %) und auch über dem ostdeutschen Durchschnitt von 15,6 %. Damit haben sich das 2010 noch stark unterdurchschnittliche Medianentgelt für Ausländer dem Bundesschnitt angeglichen und zugleich die Einkommensunterschiede zwischen Deutschen und Ausländern in Berlin verringert, während für die Bundesrepublik im gleichen Zeitraum eine zunehmende Spreizung der Medianeinkommen zwischen Deutschen und Ausländer zu beobachten ist.
Für alle betrachteten Altersgruppen ist der Anstieg größer als im Bundesschnitt, aber geringer als für die ostdeutschen Bundesländer. Insbesondere die jüngeren Beschäftigten konnten eine deutliche Zunahme des Medianentgeltes (27,7 %) verzeichnen.
Werden die Bildungsgruppen betrachtet, sind die Zunahmen insgesamt am geringsten und bleiben unterhalb der Bundesmediane. Für die Gruppe der Beschäftigten mit Berufsabschluss ist die Zunahme mit 5,1 % am ausgeprägtesten.

[10] Die Differenz ist nicht gleichzusetzen mit dem Gender-Pay-Gap für den das arithmetische Mittel als Berechnungsgrundlage dient.

Tab. 4: Median der monatlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte von Vollzeitbeschäftigten am 31.12.2016

Median der erzielten Entgelte (in €)												
		davon:		darunter:								
Region	Insgesamt (Arbeitsort)	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	15 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 bis unter 65 Jahre	ohne Berufs-abschluss	mit Berufs-abschluss (ohne HS/FHS)	mit (Fach-) Hochschul-abschluss	Insgesamt (Wohnort)
Berlin	3.024	3.082	2.971	3.087	2.350	1.986	3.032	3.272	2.232	2.800	4.330	3.000
Deutschland	3.133	3.301	2.833	3.202	2.446	2.272	3.180	3.356	2.419	3.023	4.936	3.137
Westdeutschland	3.264	3.459	2.904	3.350	2.486	2.323	3.319	3.533	2.464	3.178	5.165	3.267
Ostdeutschland	2.510	2.493	2.543	2.536	1.989	1.892	2.517	2.664	1.944	2.336	4.131	2.561

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik 2016 [17]

Tab. 5: Veränderung des Medians der monatlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte von Vollzeitbeschäftigten 2010-2016

Veränderung des Medians der erzielten Entgelte 2010-2016 (in %)												
		davon:		darunter:								
Region	Insgesamt (Arbeitsort)	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	15 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 bis unter 65 Jahre	ohne Berufs-abschluss	mit Berufs-abschluss (ohne HS/FHS)	mit (Fach-) Hochschul-abschluss	Insgesamt (Wohnort)
Veränderung Berlin 2010-2016	18,4	16,6	20,1	18,9	38,7	27,7	19,2	16,1	2,7	5,1	3,1	18,9
Veränderung Deutschland 2010-2016	16,0	12,6	22,5	17,5	2,2	24,2	16,1	14,6	3,8	9,9	/	16,1
Veränderung Westdeutschland 2010-2016	15,1	12,1	22,1	16,7	2,6	21,4	15,6	14,3	3,7	9,5	4,7	15,1
Veränderung Ostdeutschland 2010-2016	21,4	19,1	26,0	22,3	15,6	29,6	21,7	16,5	14,0	13,8	8,6	21,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik 2016 [17]

Als Zwischenfazit lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass die Ungleichheit der Medianeinkommen zwischen Frauen und Männern, Deutschen und Ausländern sowie den Altersgruppen in Berlin abgenommen hat. Die Schere des Bruttoverdienstabstandes ist hingegen zwischen Beschäftigten ohne Berufsabschluss und Beschäftigten mit Berufsabschluss oder Hochschulabschluss weiter auseinandergegangen. Insgesamt bleibt das monatliche Bruttoentgelt für alle Merkmale im Bundesvergleich unterdurchschnittlich.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Bruttoarbeitsentgelte nicht mit dem verfügbaren Einkommen gleichzusetzen sind, welches im Folgenden noch betrachtet wird. Zudem spielen neben der Entwicklung der Medianentgelte u.a. auch die Entwicklung des regionalen Miet- sowie Preisniveaus, der Konsumgewohnheiten und der Qualität der Infrastruktur eine Rolle, da sie bestehende Einkommensunterschiede verstärken oder abmildern können [5] [16].

Als weitere ergänzende Datenquelle zur Betrachtung der Entgeltentwicklung kann die vierteljährliche Verdienststrukturerhebung[11] herangezogen werden, die Kennzahlen auf Bundeslandebene liefert (Tab. 6) [18]. Sie bestätigt die zuvor beschriebenen Entwicklungen.

Demnach betrug der durchschnittliche Bruttostundenverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im dritten Quartal 2017 in Berlin 21,74 Euro und lag damit unterhalb des Bundesschnitts von 22,16 Euro. Wird nach den Leistungsgruppen unterschieden, zeigt sich mit 38,24 Euro der höchste durchschnittliche Bruttostundenverdienst für die Leistungsgruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung. Ungelernte Arbeitskräfte verdienen hingegen mit 11,89 Euro brutto pro Stunde weniger als ein Drittel dessen der höchsten Leistungsgruppe.

Tab. 6: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer (AN) im 3. Quartal 2017 und zeitliche Veränderung ggü. dem 3. Quartal 2007 (ohne Sonderzahlungen)

	durchschnittlicher Bruttostundenverdienst (Euro)											
	insgesamt		AN in leitender Stellung		Herausgehobene Fachkräfte		Fachkräfte		Angelernte AN		Ungelernte AN	
Region	2017	Veränderung seit 2007 (%)	2017	Veränderung seit 2007 (%)	2017	Veränderung seit 2007 (%)	2017	Veränderung seit 2007 (%)	2017	Veränderung seit 2007 (%)	2017	Veränderung seit 2007 (%)
Berlin	21,7	21,1	38,2	23,3	25,4	24,5	17,4	16,9	13,5	16,2	11,9	29,4
Deutschland	22,2	24,4	40,3	28,4	26,5	25,1	18,4	21,3	15,1	18,6	12,9	21,8
Früheres Bundesgebiet	22,9	23,5	41,1	28,0	27,1	24,5	19,1	19,8	15,5	18,0	13,1	21,3
Neue Länder*	17,7	30,0	33,8	32,9	21,7	29,5	15,2	28,9	12,5	24,2	11,4	32,8

* Ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt:- Vierteljährliche Verdienststrukturerhebungen 2017 & 2007 [18]

Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste sind innerhalb der letzten 10 Jahre in Berlin um 21,1 % gestiegen – das ist weniger als im Bundesvergleich (24,4 %) und deutlich weniger als im Vergleich zu den neuen Bundesländern (30,0 %). Den größten Anstieg konnten herausgehobene Fachkräfte (24,5 %) verzeichnen, den geringsten Angelernte (16,2 %). Der Anstieg für Berlin ist dabei für alle Leistungsgruppen außer der niedrigsten geringer als im Bundesvergleich.
Auch für diese Zahlen gilt die Einschränkung, dass sie nicht die real verfügbaren Einkommen widerspiegeln. Dennoch lassen sich Tendenzen steigender Ungleichheiten im Bruttoverdienst ableiten (ausgenommen ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer).

[11] Die Erhebung deckt nicht alle Branchen ab. Sie bezieht sich auf das Dienstleistungsgewerbe und das produzierende Gewerbe. Berlin zählt zu dem früheren Bundesgebiet.

3.3 Sekundärverteilung und Schichtung individueller Einkommen

Die Sekundärverteilung von Einkommen beschreibt die Verteilung der Nettoeinkommen, d.h. der Einkommen nach Steuern, Sozialabgaben und Sozialtransfers.

Höhe des persönlichen Monatsnettoeinkommens

Auf Basis des Mikrozensus sind Daten auf Bezirksebene bezüglich der Sekundärverteilung individueller Einkommen verfügbar. Das mittlere monatliche Nettoeinkommen der Bezirksbevölkerung betrug 2016 mit 1.225 Euro mehr als im Landesdurchschnitt (1.175 Euro). Wird nur die Personengruppe der Erwerbstätigen betrachtet, steigt das mittlere monatliche Nettoeinkommen auf 1.725 Euro (Berlin: 1.650) [19].

Insgesamt 82,6 % der Bezirksbevölkerung hat ein monatliches Nettoeinkommen (Berlin: 83,7 %). Abbildung 3 zeigt das persönliche Monatsnettoeinkommen in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin für 2016 nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen:
Von den Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen hat fast die Hälfte ein Nettoeinkommen von über 1.500 Euro (48 %), jeweils ca. 25 % haben ein Nettoeinkommen unter 900 Euro bzw. zwischen 900 und 1.500 Euro. Damit zeigt der Bezirk einen größeren Bevölkerungsanteil mit einem persönlichen Nettoeinkommen über 1.500 Euro als für Berlin insgesamt (43 %; unter 900 Euro: 26 %, 900-1.500 Euro: 31 %).
Einen starken Einfluss auf die Höhe des Nettoeinkommens hat der Berufsabschluss: Fast die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner mit niedrigem Berufsabschluss (47 %) hat ein Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro, wohingegen Personen mit hohem Berufsabschluss zu fast 70 % in der höchsten Einkommensklasse sind. Die Anteile für Berlin sind ähnlich.

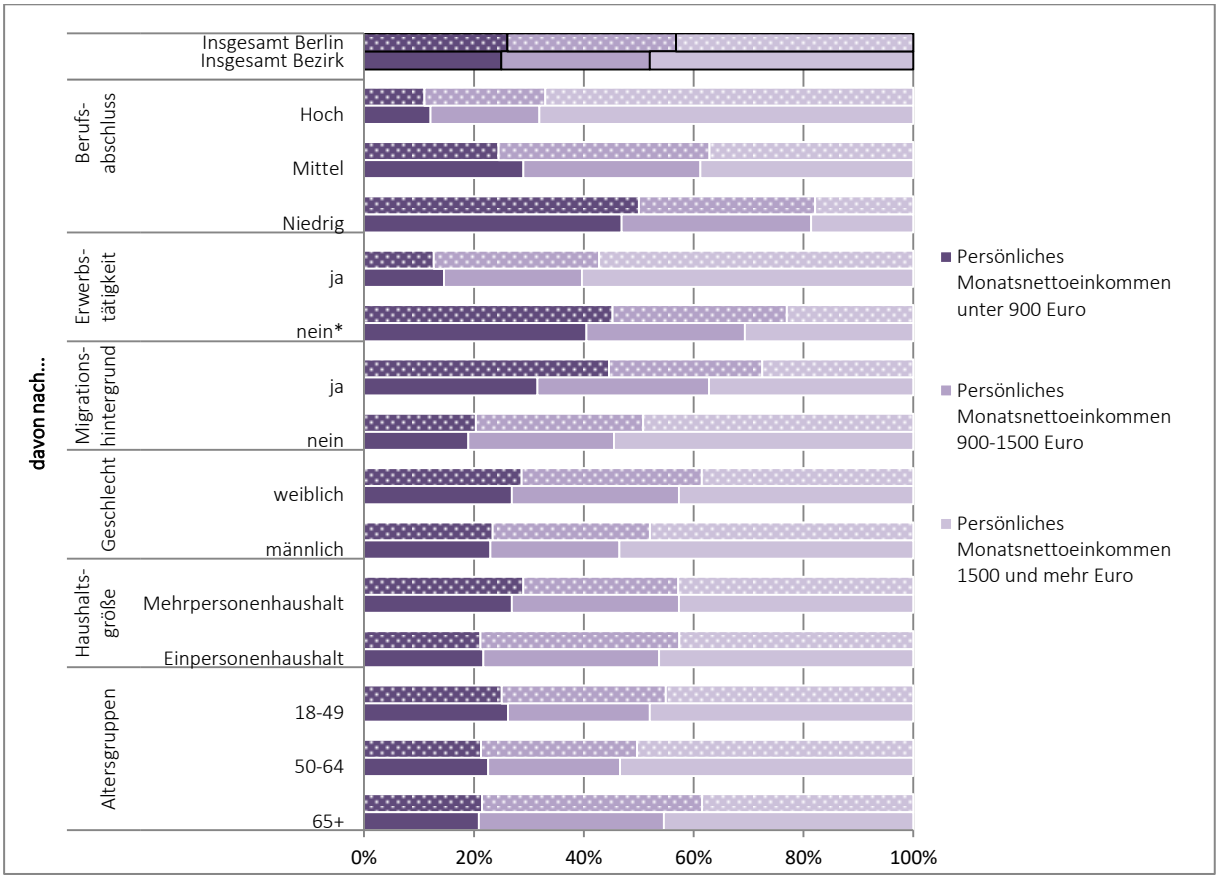

Abb. 3: Persönliches Monatsnettoeinkommen der Bevölkerung im Bezirk und Berlin (gepunktete Balken) 2016 nach soziodemografischen Merkmalen

Datenquelle: AfS - online (Mikrozensus 2016) * Erwerbslose und Nichterwerbstätige

Einen ebenso deutlichen Einfluss hat der Erwerbsstatus: Erwerbstätige haben im Schnitt ein höheres Einkommen als Erwerbslose und Nichterwerbspersonen. 14,5 % der Erwerbstätigen in Charlottenburg-Wilmersdorf sind jedoch in der untersten Einkommensklasse; in Berlin sind es unter 13 %.
Daneben zeigen sich auch Unterschiede bezogen auf den Migrationshintergrund. Personen mit Migrationshintergrund in Charlottenburg-Wilmersdorf sind zu etwa gleichen Teilen in jeder Einkommensgruppe, Personen ohne Migrationshintergrund sind deutlich häufiger der höchsten Einkommensgruppe zuzuordnen.
Frauen zeigen im Mittel ein geringeres Nettoeinkommen als Männer: Während mehr als die Hälfte der Männer (53 %) ein monatliches Nettoeinkommen von 1.500 Euro und mehr haben (Berlin: 48 %), sind es bei den Frauen nur etwa 43 % (Berlin: 38,5 %).
Auch die bereits beschriebenen Zusammenhänge der mit dem Erwerbsalter steigenden mittleren Bruttoeinkommen bestätigen sich für das Monatsnettoeinkommen: Die Altersgruppe der 50 bis unter 65-Jährigen befindet sich häufiger in der höchsten Einkommensklasse als die Jüngeren und die Personen im Seniorenalter. Insgesamt zeigen alle drei abgebildeten Altersgruppen häufiger ein Monatsnettoeinkommen von über 1.500 Euro als im Landesdurchschnitt. Die Bezirksbevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren erhält jedoch auch leicht überdurchschnittlich oft ein Einkommen von weniger als 900 Euro im Monat, wohingegen die Anteile in der mittleren Einkommensklasse für den Bezirk geringer sind als für Berlin insgesamt. Damit lassen sich bereits Tendenzen verstärkter Einkommensdisparitäten für Charlottenburg-Wilmersdorf ableiten.

Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige in Berlin

Eine weitere Quelle zur Beschreibung von Einkommensunterschieden ist die aktuelle Lohn- und Einkommenssteuerstatistik von 2013 für Berlin [20]. Sie gibt einen Überblick über die Einkünfte je Steuerpflichtigem und die Umverteilungsprozesse aufgrund der progressiven Steuerbelastung.

Insgesamt liegt Berlin mit durchschnittlichen Einkünften je Steuerpflichtigem von 31.433 Euro unterhalb des Bundesschnittes von über 35.800 Euro (Tab. 7). Auch fällt die Lohn- und Einkommenssteuer pro Steuerpflichtigem mit insgesamt über 5.500 Euro geringer aus als im Bundesgebiet (über 6.200 Euro). Hintergrund hierfür ist, dass ein größerer Anteil der Steuerpflichtigen in Berlin in der untersten Einkommensgruppe unterhalb von 5.000 Euro ist (18,1 %) als im Bundesmittel (16,6 %). Umgekehrt sind in Berlin 2,3 % aller Steuerpflichtigen der höchsten Einkommensgruppe mit über 125.000 Euro zuzuordnen – während es in Deutschland insgesamt mit 2,8 % etwas mehr sind. Auch sind die Einkünfte dieser Gruppen pro Kopf minimal niedriger als im Bundesvergleich.

Die Steuerbelastungsquote Berlins übersteigt die bundesweite Quote von 17,4 % um 0,2 Prozentpunkte. Die höchste Steuerbelastungsquote besteht mit 31,9 % bei den Steuerpflichtigen der obersten Einkommenskategorie ab 125.000 Euro (Deutschland: 30,8 %). Somit werden 33,1 % der gesamten Lohn- und Einkommenssteuer durch diese Einkommensgruppe gezahlt und damit etwas weniger als im Bundesdurchschnitt (34,5 %). Dieser hohe Anteil erscheint gerechtfertigt, wenn man bedenkt, dass die Steuerpflichtigen der höchsten Einkommensgruppe in Berlin nur 2,3 % aller Steuerpflichtigen ausmachen, sie aber 18,4 % aller Einkünfte beziehen. In Deutschland liegt dieser Anteil bei 2,8 % respektive 19,5 % [20], [21].

Tab. 7: Übersicht zu den Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen in Berlin und Deutschland 2013 nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte

Region	Steuerpflichtige*	Gesamtbetrag der Einkünfte**	Lohn-und Einkommens-steuer	Einkünfte je Steuer-pflichtige(n)	Lohn- und Einkommens-steuer je Steuer-pflichtige (n)	Steuerbe-lastungsquote
Euro	n	1.000 Euro	1.000 Euro	Euro	Euro	%
Berlin						
unter 5.000	292.896	478.657	14.676	1.634	50,1	3,1
5.000 - 10.000	159.104	1.194.302	23.261	7.506	146,2	1,9
10.000 - 15.000	173.964	2.174.608	71.982	12.500	413,8	3,3
15.000 - 20.000	161.027	2.805.094	180.720	17.420	1.122,3	6,4
20.000 - 25.000	138.521	3.106.429	279.517	22.426	2.017,9	9,0
25.000 - 30.000	121.094	3.324.422	369.051	27.453	3.047,6	11,1
30.000 - 35.000	102.428	3.318.697	424.815	32.400	4.147,4	12,8
35.000 - 50.000	200.649	8.361.778	1.270.736	41.674	6.333,1	15,2
50.000 - 125.000	230.103	16.699.558	3.399.284	72.574	14.772,9	20,4
125.000 und mehr	37.299	9.366.865	2.985.156	251.129	80.033,1	31,9
Berlin insgesamt	**1.617.085**	**50.830.410**	**9.019.198**	**31.433**	**5.577,4**	**17,7**
Deutschland						
unter 5.000	6.557.497	8.798.054	243 509	1.342	37,1	2,8
5.000 - 10.000	3.059.777	23.189.971	407 561	7.579	133,2	1,8
10.000 - 15.000	3.484.993	43.468.905	1 307 535	12.473	375,2	3,0
15.000 - 20.000	3.315.032	57.921.745	3 406 257	17.472	1.027,5	5,9
20.000 - 25.000	3.217.167	72.314.364	5 888 302	22.478	1.830,3	8,1
25.000 - 30.000	3.069.379	84.361.263	8 435 714	27.485	2.748,3	10,0
30.000 - 35.000	2.816.470	91.359.943	10 607 563	32.438	3.766,3	11,6
35.000 - 50.000	5.822.034	242.987.153	33.566.171	41.736	5.765,4	13,8
50.000 - 125.000	7.098.762	515.698.632	97.338.217	72.646	13.712,0	18,9
125.000 und mehr	1.097.470	275.788.630	84.874.053	251.295	77.336,1	30,8
Deutschland insgesamt	**39.538.581**	**1.415.888.660**	**246.074.880**	**35.810**	**6.223,7**	**17,4**

* Zusammen veranlagte Steuerpflichtige werden als ein Steuerpflichtiger gezählt.

** umfasst auch nicht zu versteuernde Einkünfte.

Quelle: Eigene Berechnungen nach AfS 2017 [20] *& Statistisches Bundesamt 2017* [21] *(Lohn-und Einkommenssteuerstatistik 2013); angelehnt an Kistler et al. 2017* [16]

Es lässt sich an dieser Stelle resümieren, dass die Ungleichverteilung der Bruttoeinkommen durch die Umverteilungsprozesse des Steuersystems reduziert wird und die Ungleichheit in der Verteilung der Nettoeinkommen folglich weniger stark ist. Allerdings muss dies auch in den Zusammenhang mit anderen Teilen des Steuer- und Sozialsystems gestellt werden: So weisen Kistler et. al (2017) in ihrer Studie zur Verteilung, Armut und Reichtum in München darauf hin, dass die Wirksamkeit der Umverteilung hinsichtlich der Reduzierung von wirtschaftlicher Ungleichheit abgenommen hat: Möglicherweise müssten einige verteilungspolitische Maßnahmen, wie die Abschaffung der Vermögenssteuer oder die Senkung des Spitzensteuersatzes, als kontraproduktiv zu Ungleichheit reduzierenden Maßnahmen gewertet werden, da sie besonders Besserverdienenden nutzen würden. Ferner führen die Autoren an, dass nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) die Gesamtbelastung durch Steuern und Sozialabgaben für die mittleren Einkommen nicht viel niedriger ist als für hohe Einkommen und damit die gesamte Steuerbelastung nur ansatzweise progressiv verläuft. In diesem Zusammenhang sei auch die regressiv wirkende Umsatzsteuer von steigender Bedeutung [16].

Steuerpflichtige nach Einkommenssteuertarifzonen

Wie sich die Einkünfte und Steuerlast je Steuerpflichtigem auf Bezirksebene darstellen, kann einer aktuellen Antwort der Finanzverwaltung auf eine Schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus bezüglich der Verteilung der Steuerlast auf die Steuerfälle in Berlin für das Jahr 2016 entnommen werden (Tab. 8) [22]:
Von den insgesamt am Stichtag des zweiten März 2018 erfassten 122.838 Steuerfällen des Jahres 2016 für Charlottenburg-Wilmersdorf können mehr als die Hälfte der Steuerfälle (54 %) der Mittelschicht zugeordnet werden. Für diese zählt ein Lohnsteuersatz von 24 % bis unter 42 % (Progressionszone II).
Mit 14,3 % ist ein vergleichsweise geringer Anteil der Steuerfälle der Progressionszone I zuzuordnen (Berlin: 16,3 %). Hierunter fallen Einkommen oberhalb des Freibetrages von 8.653 Euro bis 13.669 Euro[12], die entsprechend progressiv zwischen 14 % und 24 % besteuert werden. Der Anteil der Steuerfälle in der Nullzone, d.h. unterhalb des Grundfreibetrages liegt mit 18,5 % im Berliner Durchschnitt (Bezirksrang 4).
Ein Einkommen über 53.666 Euro (Spitzensteuersatz von 42 %) hatten im Jahr 2016 insgesamt 12,5 % der Steuerpflichtigen im Bezirk – davon zahlten 0,7 % bzw. 845 Steuerpflichtige den Spitzensteuersatz von 45 % (Reichensteuer, Einkommensgrenze: 256.303 Euro). Der entsprechende Anteil für Berlin betrug im gleichen Zeitraum 7,8 % respektive 0,3 %. Damit ist der Anteil der Besser- und Spitzenverdienenden im Bezirk vor Steglitz-Zehlendorf (0,6 %) am größten.

Tab. 8: Steuerfälle des Jahres 2016 in Berlin nach Tarifzonen zum Stichtag 02.03.2018

Bezirk	Anzahl Steuerfälle										
	insge-samt	Nullzone		Progressions-zone I		Progressions-zone II		Proportional-zone I		Proportionszone II	
	n	*n*	*%*	*n*	*%*	*n*	*%*	*n*	*%*	*n*	*%*
Charlottenburg-Wilmersdorf	122.838	22.736	18,5	17.531	14,3	67.272	54,8	14.454	11,8	845	0,7
Friedrichshain-Kreuzberg	94.227	20.757	22,0	13.761	14,6	51.849	55,0	7.687	8,2	173	0,2
Lichtenberg	91.614	15.043	16,4	17.485	19,1	55.251	60,3	3.774	4,1	61	0,1
Marzahn-Hellersdorf	91.963	13.356	14,5	17.248	18,8	57.309	62,3	3.999	4,3	51	0,1
Mitte	103.374	24.147	23,4	16.676	16,1	52.320	50,6	9.771	9,5	460	0,4
Neukölln	112.961	32.903	29,1	20.964	18,6	54.992	48,7	3.994	3,5	108	0,1
Pankow	149.697	23.428	15,7	20.756	13,9	91.857	61,4	13.372	8,9	284	0,2
Reinickendorf	87.656	15.029	17,1	15.314	17,5	51.292	58,5	5.852	6,7	169	0,2
Spandau	75.018	13.145	17,5	14.147	18,9	44.143	58,8	3.492	4,7	91	0,1
Steglitz-Zehlendorf	124.079	18.437	14,9	17.307	13,9	73.896	59,6	13.750	11,1	689	0,6
Tempelhof-Schöneberg	122.092	21.249	17,4	19.293	15,8	71.683	58,7	9.636	7,9	231	0,2
Treptow-Köpenick	98.061	14.127	14,4	16.913	17,2	61.138	62,3	5.807	5,9	76	0,1
Berlin	**1.273.580**	**234.357**	**18,4**	**207.395**	**16,3**	**733.002**	**57,6**	**95.588**	**7,5**	**3.238**	**0,3**

Quelle: Schriftliche Anfrage Hr. Luthe vom 27.02.2018 - Steuerprogression, DS 18/13632 [22]

Somit zeigt der Bezirk neben dem höchsten Anteil an Spitzensteuersatzzahlern auch einen im Mittelfeld liegenden Anteil an Personen mit einem Lohneinkommen unterhalb des Grundfreibetrages, womit sich die schon zuvor beschriebene Tendenz der überdurchschnittlichen Einkommensspreizung für Charlottenburg-Wilmersdorf bestätigt.

Im Folgenden werden mit den Steuerpflichtigen mit besonderen Einkünften, die Wohlhabendsten aus der Gruppe der Spitzensteuersatzzahlenden, genauer betrachtet:

[12] Es gilt der Einkommenssteuertarif für 2016.

Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften

In Berlin wurden 2016 insgesamt 489 Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften, d.h. Steuerpflichtige mit positiven Überschusseinkünften von mehr als 500.000 Euro, erfasst. Das entspricht 4,1 Steuerpflichtigen mit besonderen Einkünften pro 10.000 Steuerpflichtigen [23] [24]. Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Steuerpflichtigen mit besonderen Einkünften in den Berliner Finanzamtsbezirken Charlottenburg und Wilmersdorf sowie Berlin von 2004 bis 2016 (Eine Tabelle zur Übersicht über alle Bezirke befindet sich im Anhang (Tab. A)).

Tab. 9: Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2004-2016

	Steuerpflichtige 2004		Steuerpflichtige 2007		Steuerpflichtige 2010		Steuerpflichtige 2013		Steuerpflichtige 2016	
Finanzamt	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Charlottenburg	87	0,129	41	0,061	70	0,105	63	0,094	63	0,097
Wilmersdorf	112	0,207	82	0,153	94	0,179	71	0,133	80	0,156
Berlin	602	0,053	360	0,031	487	0,043	463	0,039	489	0,041
	n	Anteil an Summe	n	Anteil an Summe	n	Anteil an Summe	n	Anteil an Summe	n	Anteil an Summe
Charlottenburg & Wilmersdorf insgesamt	199	33,1	123	34,2	164	33,7	134	28,9	143	29,2

Quelle: Schriftliche Anfrage Schlüsselburg & Zillich vom 27.04.2017 & 25.01.2018 – Steuerprüfungen bei Einkommensmillionären in Berlin, DS18/11123 & DS18/13296 [23], [24]

Fast 30 % aller Steuerpflichtigen mit besonderen Einkünften wohnten 2016 in den Finanzamtsbezirken Wilmersdorf (n=80) und Charlottenburg (n=63). Damit hat der Bezirk knapp hinter Steglitz-Zehlendorf (n=144) die meisten steuerpflichtig erfassten wohlhabenden Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Dies gilt auch für die rückblickende Betrachtung bis zum Jahr 2004, wobei die Finanzamtsbezirke Charlottenburg und Wilmersdorf zusammen für die Jahre 2004 und 2010 im Berlinvergleich sogar Rang eins einnahmen.
Im Vergleich zum Jahr 2004 ist die Zahl der Steuerpflichtigen mit besonderen Einkünften insgesamt für den Bezirk als auch für Berlin zurückgegangen. So betrug der Anteil der Steuerpflichtigen mit besonderen Einkünften an allen Steuerpflichtigen im Jahr 2004 in Wilmersdorf noch 0,21 % (n=112) und in Charlottenburg 0,13 % (n=87). 2016 sank der Anteil auf 0,16 % für Wilmersdorf und 0,10 % für Charlottenburg [23] [24].
Auch der Anteil der Steuerpflichtigen mit besonderen Einkünften im Bezirk an allen in Berlin lebenden Personen dieser Gruppe ist von 33,1 % im Jahr 2004 auf 29,2 % im Jahr 2016 gesunken.

3.4 Sekundärverteilung der Haushaltseinkommen

Neben der Betrachtung von Unterschieden im individuellen Brutto- und Nettoeinkommen sind vor allem Unterschiede im Nettoeinkommen privater Haushalte ein wichtiger Indikator für Einkommensdisparitäten.

Monatliches Nettoeinkommen privater Haushalte

Eine Quelle zur Auswertung der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen bildet die letzte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2013 – jedoch mit der Einschränkung, dass diese nur auf Landesebene Ergebnisse liefert und nur Haushalte mit einem monatlichen Einkommen bis 18.000 Euro umfasst. Dennoch kann mit dieser Statistik die Einkommenssituation der Haushalte in Berlin mit denen in Deutschland gegenübergestellt und damit in einem erweiterten Kontext betrachtet werden. Tabelle 10 zeigt deutlich, dass die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in Berlin insgesamt unterdurchschnittlich sind: Anteilig gibt es in Berlin mehr Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 2.600 Euro als im Bundesgebiet. Nur knapp über einem Drittel der Haushalte hat mehr als 2.600 Euro zur Verfügung – in Deutschland liegt der Anteil bei fast der Hälfte. Nach dieser Statistik liegt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in Berlin bei 2.471 Euro im Monat (Deutschland: 3.132 Euro/ Monat) [25], [26]. Bei der Interpretation der Ergebnisse müssen jedoch neben unterschiedli-

chen Haushaltsstrukturen auch unterschiedliche regionale Wohnkosten, Lebenshaltungskosten etc. berücksichtigt werden.

Tab. 10: Private Haushalte in Berlin und Deutschland 2013 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

	Berlin	Deutschland
Haushalte (1000)	1.916	39.326
davon (Euro)	%	%
unter 900	12,3	7,5
900 - 1.300	15,2	10,3
1.300 - 1.500	7,0	5,4
1.500 - 2.000	15,8	13,4
2.000 - 2.600	15,3	14,2
2.600 - 3.600	15,9	17,6
3.600 - 5.000	9,4	15,5
5.000 - 18.000	8,9	16,2

Quellen: AfS 2015: Statistischer Bericht O II 3 - 5j/13 [25] *und Statistisches Bundesamt 2015* [26] *(EVS 2013)*

Ein erweitertes Bild bezüglich der Verteilung von Haushaltsnettoeinkommen in Berlin liefert die Betrachtung der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen nach verschiedenen Haushaltsmerkmalen (Abb. 4). Die Abbildung zeigt, dass das Haushaltsnettoeinkommen mit steigender Haushaltsgröße zunimmt. Neben Single-Haushalten haben auch Haushalte von Alleinerziehenden mit knapp über 2.000 Euro ein unterdurchschnittliches Nettoeinkommen. Paare mit Kindern zeigen mit über 4.300 Euro im Monat das höchste Einkommen.

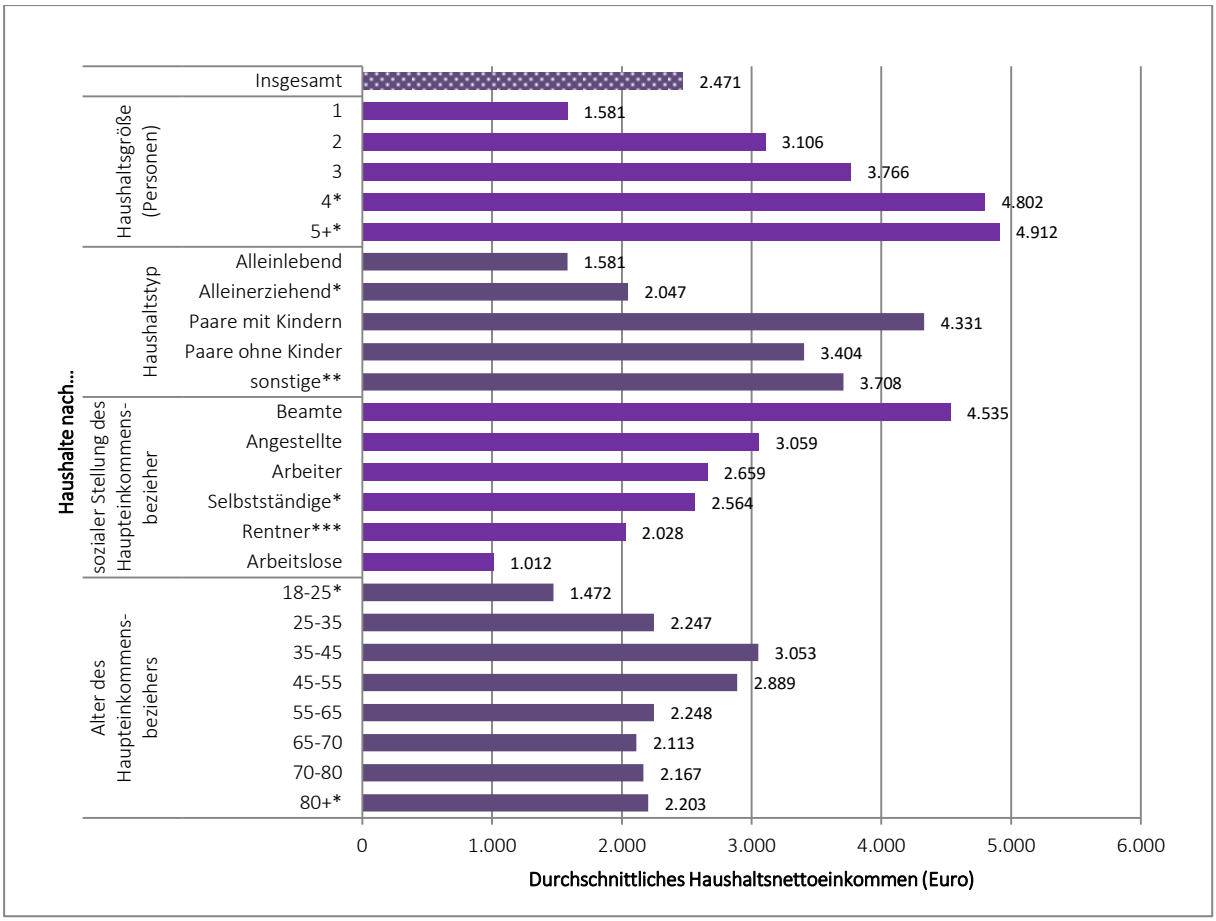

Abb. 4: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Berlin 2013 nach ausgewählten Haushaltsmerkmalen

* Zahlenwert ungenau. ** u.a. Haushalte mit Kindern über 18J., Wohngemeinschaften. ***einschl. Pensionäre.

Quelle: AfS 2015: Statistischer Bericht O II 3 - 5j/13 (EVS 2013) [25]

Mit einem durchschnittlichen Monatsnettoeinkommen von mehr als 4.500 Euro liegen Beamtenhaushalte deutlich vor Haushalten von Angestellten (3.059 Euro) und Arbeitern (2.564 Euro). Die Haushalte von Personen in Rente bzw. Pension verfügen im Mittel über 2.028 Euro monatlich. Die geringsten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zeigen mit knapp über 1.000 Euro Haushalte, in denen der Haupteinkommensbezieher arbeitslos ist. Wird das Alter des Haupteinkommensbeziehers betrachtet, wird deutlich, dass die höchsten Haushaltsnettoeinkommen bei Personen im mittleren Erwerbsalter bestehen, die niedrigsten sind für unter 25-jährige Haupteinkommensbezieher zu finden. Mit dem Renteneintrittsalter sinkt das Nettoeinkommen ebenfalls ab.

Neben der EVS 2013 gibt auch der aktuellste Mikrozensus von 2016 Auskunft über die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Anstelle des Durchschnitts wird der Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen aufgezeigt. Die Ergebnisse sind auf Bezirksebene verfügbar und zeigen, dass das mittlere monatliche Haushaltsnettoeinkommen mit 2.125 Euro im Berlinvergleich (1.950 Euro) überdurchschnittlich ist (Tab. 11) [27]. Der größte Teil der privaten Haushalte in Charlottenburg-Wilmersdorf (28,4 %) verfügt über ein Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 3.200 Euro im Monat. Mit diesem Anteil liegt der Bezirk nach Steglitz-Zehlendorf auf Rang 2 (Berlin: 21,9 %). Gleichzeitig hat mehr als jeder zehnte Haushalt weniger als 900 Euro netto im Monat zur Verfügung. Auch mit diesem Anteil liegt der Bezirk über dem Berliner Wert von 11 % (Rang 5). Somit zeigt sich eine vergleichsweise große Schere zwischen ärmeren und reicheren Haushalten.
Im Zeitvergleich seit 2012 hat der Anteil der Haushalte in der höchsten Einkommensklasse mit dem Berlintrend um fast 10 % zugenommen, während der Anteil in der untersten Einkommensklasse um fast 8 Prozentpunkte abgenommen hat. Insgesamt gab es im Bezirk sowie in Berlin einen anteiligen Zuwachs an Haushalten mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 2.000 Euro/Monat.

Tab. 11: Privathaushalte in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2016 und 2012 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Region	Privathaushalte insgesamt	… mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen von … bis unter … EUR							Mittleres monatliches Haushaltsnettoeinkommen
		unter 900	900 – 1 300	1 300 – 1 500	1 500 – 2 000	2 000 – 2 600	2 600 – 3 200	3 200 und mehr	
	1.000								EUR
2016									
Charlottenburg-Wilmersdorf	182,5	11,8	14,8	7,0	13,6	14,0	10,3	28,4	2.125
Berlin	1.964,3	11,0	15,4	7,9	17,4	15,7	10,6	21,9	1.950
2012									
Charlottenburg-Wilmersdorf	201,7	19,7	15,8	8,0	16,4	13,5	7,7	18,8	1 675
Berlin	2.030,5	18,2	17,5	8,2	17,7	14,8	8,5	15,2	1 650

Quelle: AfS 2017: Statistischer Bericht A I 11-j/16 (Mikrozensus 2016) [27]

Für die gezeigten Ergebnisse des Mikrozensus und der EVS ist limitierend zu erwähnen, dass die Haushaltsgrößen nicht gewichtet sind, d.h., dass sich nicht auf Äquivalenzeinkommen bezogen wird, welche für einen Einkommensvergleich besser geeignet sind. Die möglicherweise unterschiedlichen Haushaltsstrukturen in den einzelnen Bezirken bzw. in Berlin und der Bundesrepublik beeinflussen die Haushaltsnettoeinkommen und damit das Wohlstandsniveau und die Wirtschaftskraft der einzelnen Haushalte. Um die verfügbaren Einkommen von Haushalte unterschiedlicher Größe zu vergleichen, werden in der Reichtumsberichterstattung bedarfsgewichtete Äquivalenzeinkommen berechnet.

3.5 Verteilung der Äquivalenzeinkommen

In Ergänzung zu der bereits zu Beginn des Kapitels aufgezeigten auf Äquivalenzeinkommen basierenden Reichtumsquote soll im Folgenden der Vergleich der Haushaltseinkommen auf Basis von Äquivalenzeinkommen betrachtet werden.

Deutschland

Wird der Blick zunächst auf Deutschland insgesamt gerichtet, zeigt sich laut dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dass die Einkommensverteilung im überregionalen Kontext seit 2005 in etwa in einem stabilen Verhältnis ist. Hierfür sprechen die in etwa auf gleichem Niveau bleibenden Werte des Gini-Koeffizienten, der Palma Ratio und auch der Dezilsverteilung, wenn die Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte auf Basis der EVS, des SILC und des SOEP verglichen werden: Der Gini-Koeffizient für Deutschland schwankt seit 2005 nur geringfügig um den Wert 0,3. Die Palma Ratio bewegt sich zwischen 1,0 und 1,1 und die Einkommensanteile der oberen 50 % zu denen der unteren 50 % liegen seit 2005 ca. im Verhältnis von 70:30: Die obere Hälfte der Einkommensbezieher verdiente in den vergangenen Jahren etwa 70 % der Einkommen, die untere Hälfte 30 % der Einkommen. In den Jahren vor 2005 war die Einkommensverteilung jedoch gleichmäßiger und die Einkommen weniger stark am oberen Rand der Einkommensverteilung konzentriert [5]. Die im längeren Rückblick sich abzeichnende zunehmende Spreizung der Einkommen in Deutschland zeigt sich auch daran, dass im Jahr 2013 auf Basis der EVS[13] die untere Einkommensgruppe, d.h. die am schlechtesten verdienenden 20 % der Bevölkerung über 8,6 % des Einkommens und die am besten verdienenden 20 % über 37,7 % des Einkommens verfügten. 2003 lag der Anteil noch bei 9,4 % respektive 36,2 % [5].

Diese zunehmende Schere in der Einkommensverteilung beschreibt auch der Verteilungsmonitor des WSI der Hans-Böckler-Stiftung. Er stellt heraus, dass die verfügbaren Haushaltseinkommen der unteren 40 % der Verteilung seit Beginn der 2000er-Jahre gesunken sind – im Gegensatz zu den verfügbaren Einkommen der oberen 10 %, die im gleichen Zeitraum stark überdurchschnittlich gestiegen sind [6]. Das oberste Prozent der Einkommensverteilung, und damit die Spitze der Top-Verdiener, vereinte in den Jahren nach der Finanzkrise 2008 zwischen 11 und 12 Prozent der Einkommen auf sich. Das Durchschnittseinkommen dieser Gruppe überschreitet seit 2011 die Summe von 400.000 Euro [5]. Damit zeichnet sich aus langfristiger Perspektive eine zunehmende Einkommensungleichheit in der Bevölkerung ab, welche auch durch Zahlen des DIW Berlin bestätigt wird: Nach diesen verzeichneten die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung zwischen 1991 und 2014 sogar Einkommensverluste von minus 8 %, wenn die Inflation berücksichtigt wird [28].

Berlin und Charlottenburg-Wilmersdorf

Neben der bundeweiten Darstellung der genannten Indikatoren zu Einkommensverteilung, lassen diese sich, in Ergänzung zu der anfangs aufgezeigten bezirklichen Einkommensreichtumsquote, zum Teil auch auf Landes- und Kommunalebene aufstellen. So weist der Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017 für Charlottenburg-Wilmersdorf einen Gini-Koeffizienten von 0,35 für das Jahr 2016 aus. Damit zeigt der Bezirk im Gesamtberliner Vergleich (Gini-Koeffizient=0,30) die größte Ungleichheit im Einkommen der Wohnbevölkerung auf, womit die bisherigen Tendenzen bestätigt werden (Abb. 5). Im zeitlichen Verlauf sind für den Bezirk leichte Schwankungen zwischen 0,33 und 0,37 erkennbar. Die Einkommensungleichheit im Bezirk ist für den gesamten Zeitraum überdurchschnittlich.

[13] Kein Äquivalenzeinkommen.

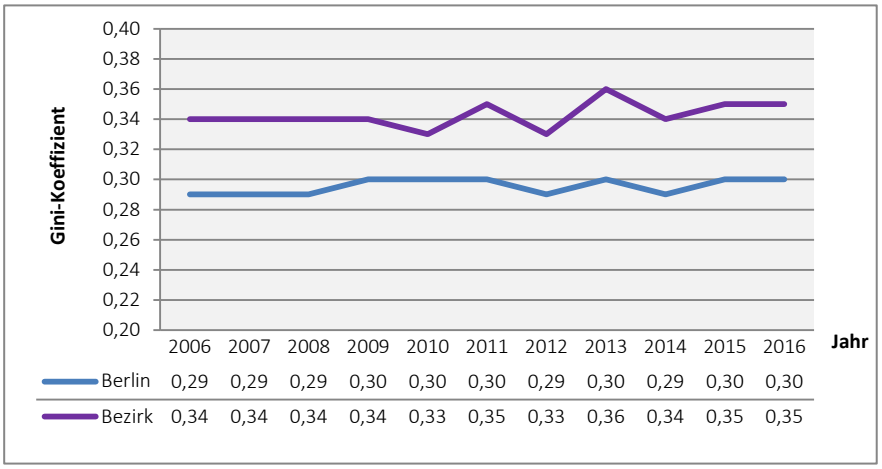

Abb. 5: Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen für Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2006-2016
Datenquelle: AfS 2018 -Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017 [13]

Auch die S80/S20-Quote zeichnet Charlottenburg-Wilmersdorf als den Berliner Bezirk mit der größten Einkommensungleichheit aus (Abb. 6). Die Summe der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der obersten 20 % der Wohnbevölkerung war 2016 5,5-mal so hoch wie die der ärmsten 20 %. Im zeitlichen Vergleich wird deutlich, dass die bezirkliche S80/S20-Quote seit 2006 zwischen 5,1 und 5,8 schwankt, wohingegen die Gesamtberliner Quote konstant zwischen 4,2 und 4,3 blieb.

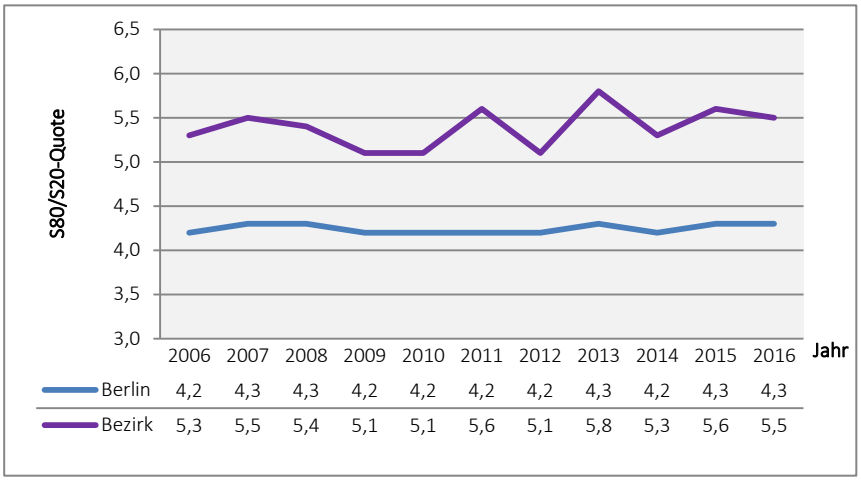

Abb. 6: S80/S20-Quote für Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin 2006-2014
Datenquelle: AfS 2018 -Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017 [13]

Ein weiterer Indikator für den Vergleich der Äquivalenzeinkommen ist das Verhältnis der mittleren Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 65 Jahren. Abbildung 7 zeigt das mittlere Äquivalenzeinkommen der über 65-Jährigen im Verhältnis zu den Einkommen von Personen unter 65 Jahren. Für Charlottenburg-Wilmersdorf als auch für Berlin gilt, dass sich die mittleren Einkommen der Generationen 2016 nur geringfügig unterscheiden. In den Jahren zuvor war das Medianeinkommen der über 65-Jährigen durchgehend höher als das der Jüngeren. 2014 waren die mittleren Einkommen der Älteren in Charlottenburg-Wilmersdorf im Berlinvergleich besonders hoch. 2015 und 2016 sank die Einkommensdifferenz vergleichsweise deutlich bis sogar unter den Berliner Wert. Im Vergleich zu den anderen Bezirken liegt Charlottenburg-Wilmersdorf damit aktuell auf Rang acht.

Für Berlin insgesamt zeigen sich deutliche Geschlechtsunterschiede: Das Verhältnis der Äquivalenzeinkommen ist für Männer stärker zugunsten der Älteren verschoben als bei den Frauen. Bei den Berlinerinnen zeigt die jüngere Generation im Jahr 2016 sogar tendenziell höhere Einkommen als die ältere Generation [13].

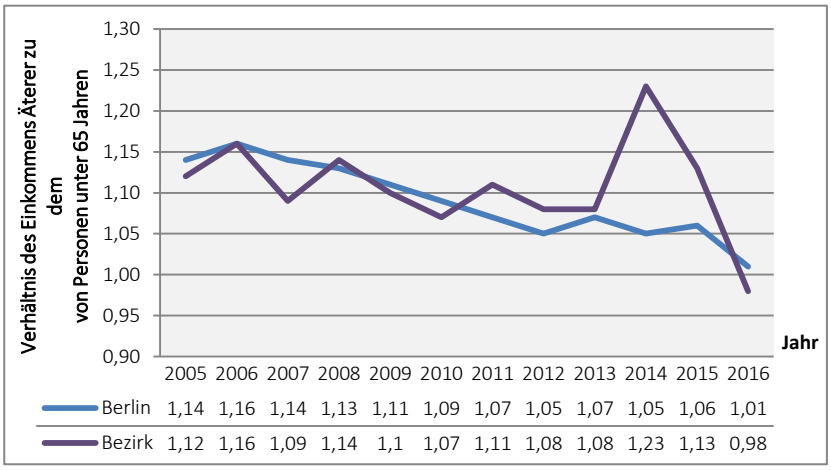

Abb. 7: Verhältnis der mittleren Äquivalenzeinkommen Älterer zu denen von Personen unter 65 Jahren 2005-2015 in Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin
Datenquelle: AfS - Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017 [13]

3.6 Verwendung von Einkommen privater Haushalte

Die Wohnsituation, der Ausstattungsgrad und die Konsumausgaben von Haushalten in Berlin in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen lassen Rückschlüsse auf die Verwendung von Einkommen und Vermögen zu.
In Berlin waren 2013 nur 15,2 % der Haushalte in Wohneigentum, 84,8 % zur Miete bzw. mietfrei (Tab. 12). Hierbei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens: Haushalte mit geringerem Einkommen wohnen deutlich häufiger zur Miete als Haushalte mit höherem Einkommen. So wohnen von Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 2.000 Euro und weniger über 90 % zur Miete bzw. mietfrei[14], wohingegen nur etwas über die Hälfte der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600 bis 5.000 Euro zur Miete bzw. mietfrei wohnt.

Die Frage danach, wieviel Prozent des Einkommens von Haushalten für die Miete ausgegeben werden lässt sich mit der mittleren Mietbelastungsquote aufzeigen: Diese stieg im Bezirk von 26 % in den letzten Jahren auf 27 % in 2014 (Berlin: 26 %). Der Anteil der Personen mit einer Mietbelastung von über 40 % des Haushaltseinkommens an allen Personen zur Miete betrug berlinweit 2014 14,5 %. 2002 waren es noch 11,9 %. Höhere Quoten zeigen sich für Frauen (15 %) und Personen im Alter von 65 Jahren und älter (15,8 %). Insbesondere betroffen von einer Mietbelastung von über 40 % des Haushaltseinkommens sind das unterste Einkommensdezil (41,4 %) und armutsgefährdete Personen (46,2 %) [13].

Es werden weitere positive Zusammenhänge zwischen der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und der Wohnsituation deutlich (Tab. 12): Je größer das monatliche Nettoeinkommen eines Haushaltes ist, desto größer ist die Wohnfläche insgesamt sowie für Kinder. Auch steigt die Zahl der Wohn- und Schlafräume [29].
Wie zuvor dargestellt, sind höhere Haushaltsnettoeinkommen stark mit der sozialen Stellung assoziiert. Die beschriebenen Zusammenhänge lassen sich entsprechend übertragen: Mit knapp 40 % leben Haupteinkommensbezieher mit Beamtenstatus deutlich häufiger im Wohneigentum, wohingegen arbeitslose Haupteinkommensbezieher zu über 96 % zur Miete wohnen.
Wird der Ausstattungsgrad privater Haushalte betrachtet, zeigt sich ebenfalls eine Abhängigkeit zur Höhe des monatlichen Einkommens (Tab. 12): Je größer das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist, umso häufiger sind die Haushalte im Besitz eines Autos oder Fahrrads. Ähnliche Zusammenhänge bestehen für das Vorhandensein von Unterhaltungselektronik wie eines Fernsehers oder einer Spielekonsole sowie für die Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnik (Personalcomputer, Mobiltelefon, Internetanschluss). Auch Haushaltsgeräte wie bspw. Geschirrspülmaschine und Waschmaschine, sind häufiger in besser verdienenden Haushalten zu finden. Weiterhin zeigt die EVS 2013 für Berlin tendenziell, dass insbesondere Haushalte mit höherem Einkommen über einen Garagenstellplatz verfügen und eine Freizeitwohnung angeben.

[14] In Werkswohnungen oder bei Familie, Freunden.

Tab. 12: Wohnsituation und Ausstattungsgrad mit ausgewählten Gebrauchsgütern privater Haushalte in Berlin 2013 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Merkmal		Maßeinheit	Haushalte insgesamt	Darunter nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR *							
				unter 900	900 – 1 300	1 300 – 1 500	1 500 – 2 000	2 000 – 2 600	2 600 – 3 600	3 600 – 5 000	5 000 – 18 000
Erfasste Haushalte		*Anzahl*	2 571	327	381	200	454	432	440	240	(97)
Hochgerechnete Haushalte		*1.000*	2 015	368	355	166	356	297	247	145	(80)
Wohnsituation privater Haushalte	Haushalte zur Miete/mietfrei	*% **	84,8	92,5	94,1	91,7	90,6	85,5	79,5	54,5	(37,6)
	Haushalte in Wohneigentum	*% **	15,2	/	/	/	(9,4)	(14,5)	(20,5)	45,5	(62,4)
	Haushalte insgesamt										
	Wohnfläche je Haushalt	m^2	70,4	50,2	58,0	63,3	67,9	73,1	86,5	102,8	(126,6)
	Wohn- u. Schlafräume je Haushalt	*Anzahl*	2,6	1,8	2,1	2,2	2,5	2,8	3,2	3,8	(4,3)
	Wohnfläche für Kinder insgesamt	m^2	3,6	/	(1,6)	(2,9)	(2,9)	(3,3)	7,4	(8,7)	(13,7)
Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern**	Personenkraftwagen	*%*	48,9	(15,7)	(25,7)	(42,1)	53,5	65,2	79,0	81,4	(87,2)
	Fahrrad	*%*	76,9	68,4	67,2	69,1	77,0	80,8	88,3	93,5	(95,7)
	Fernseher	*%*	90,9	86,3	84,9	92,1	92,5	93,9	95,6	95,0	(96,5)
	davon: Flachbildfernseher	*%*	64,2	47,1	53,2	66,5	66,5	70,9	81,0	75,4	(80,9)
	Personalcomputer (PC)	*%*	88,4	81,5	80,0	85,3	90,6	90,9	96,3	99,1	(100,0)
	Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	*%*	94,0	87,8	91,7	91,8	94,0	96,5	99,9	100,0	(99,1)
	Internetanschluss (auch mobil)	*%*	81,2	71,0	70,6	76,1	83,7	84,7	93,6	98,1	(93,5)
	Geschirrspülmaschine	*%*	55,0	(26,2)	41,2	51,8	53,3	65,4	76,9	90,5	(92,9)
	Waschmaschine	*%*	94,8	85,7	93,3	94,9	97,3	97,9	99,4	99,6	(98,1)

* Selbsteinstufung der Haushalte am 01.01.2013, ohne Haushalte von Landwirten. ** bezogen auf die hochgerechneten Haushalte der jeweiligen Spalte

Quelle: AfS2015 - Statistischer Bericht O II 3 - 5j/13 [25] *(EVS 2013)*

Tab. 13: Einkommen und ausgewählte Ausgaben privater Haushalte in Berlin 2013 nach Nettoeinkommensdezilen

Merkmal	Haushalte insgesamt	Davon nach Verteilungsdezilen des Haushaltsnettoeinkommens									
		1. Dezil	2. Dezil	3. Dezil	4. Dezil	5. Dezil	6. Dezil	7. Dezil	8. Dezil	9. Dezil	10. Dezil
Hochgerechnete Haushalte (1.000)	1.916	310	283	228	213	212	178	164	110	112	105
Haushaltsbruttoeinkommen	3.247	879	1.388	1.938	2.540	3.059	3.695	4.468	5.675	7.098	10.559
Haushaltsnettoeinkommen	2.471	785	1.210	1.596	1.961	2.367	2.793	3.355	4.170	5.155	7.611
private Konsumausgaben	2.037	934	1.181	1.537	1.704	1.980	2.328	2.670	3.026	3.608	5.269
davon für Wohnen, Energie, Wohninstandhaltung (%)	33,1	45,0	42,1	36,2	35,2	33,7	31,1	32,4	29,2	29,2	24,7
davon für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u.ä. (%)	14,4	18,6	17,0	15,1	14,6	15,3	13,8	14,7	15,1	12,5	10,8
davon für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (%)	12,5	9,1	10,0	11,6	12,5	12,7	12,9	12,6	12,9	12,3	15,8
davon für Verkehr	11,5	5,3	6,6	10,3	9,1	11,5	13,1	10,6	11,6	14,1	17,7
andere Ausgaben	1.190	147	254	409	601	1.000	1.119	1.691	2.344	2.966	6.282
darunter Versicherungsbeiträge (%)	7,1	11,6	11,4	12,2	12,7	9,1	8,7	7,6	5,4	6,7	3,8
Sparquote (%)	6,5	-14,3	-3,2	-2,9	3,9	3,8	5,5	7,5	14,6	16,5	11,8

Quelle: AfS 2015 - Statistischer Bericht O II 3 - 5j/13 [25] *(EVS 2013)*

Die Konsumausgaben lassen sich auf Basis der EVS 2013 anhand von Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens betrachten. Für die Dezilsbetrachtung werden die Haushaltsnettoeinkommen in 10 gleich große Gruppen geteilt, sodass ein besserer Vergleich der ausgewählten Merkmale möglich ist. Tabelle 13 stellt die Einkommen und ausgewählte Konsumausgaben sowie andere Ausgaben der Haushalte nach Verteilungsdezilen des Haushaltsnettoeinkommens dar. Es wird deutlich, dass die meisten Haushalte in Berlin dem untersten Dezil zugeordnet werden – mit steigendem Dezil nimmt die Anzahl der Haushalte ab. Die Konsumausgaben sind dabei eindeutig mit der Höhe der Verteilungsdezile assoziiert. Sie steigen von 934 Euro im untersten Dezil bis 5.269 Euro im obersten Dezil. Hierbei werden mehr als 40 % der Konsumausgaben der untersten beiden Dezile für Wohnen, Energie und Wohninstandhaltung ausgegeben – in den obersten drei Dezilen sind es weniger als 30 %. Auch für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u.ä zeigen die untersten beiden Dezilsgruppen im Vergleich anteilig die höchsten Ausgaben. Für Freizeit, Unterhaltung und Kulturaktivitäten sowie für Verkehr geben die unteren Dezilsgruppen anteilig weniger aus als die oberen Dezilsgruppen. Ähnliche Verteilungsmuster zeigen sich u.a. auch für die Bereiche Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände sowie Gesundheitspflege und Versicherungsbeiträge [25].
Wird die Sparquote betrachtet, zeigt sich, dass diese für die untersten drei Dezile negativ ist, sich diese Haushalte also im Durchschnitt verschulden, während die Haushalte der obersten drei Einkommensdezile eine Sparquote von teilweise weit über 10 % zeigen. Hohe Einkommen bilden damit die Grundlage für höhere Vermögen.
Die Anteil der Versicherungsbeiträge an den anderen Ausgaben ist für die höheren Einkommensdezile geringer als für die unteren.
Wird auch für diesen Bereich der EVS 2013 nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt differenziert, zeigen sich die bereits beschriebenen Zusammenhänge auch für die Konsumausgaben: Arbeitslose geben mit 46,8 % fast die Hälfte ihrer Konsumausgaben für Wohnkosten aus, wohingegen Beamtenhaushalte mit 27,1 % den geringsten Anteil für Wohnkosten aufbringen. Umgekehrt verhält es sich u.a. für Ausgaben in den Bereichen Verkehr (Arbeitslosenhaushalte: 5 %, Beamtenhaushalte: 17,1 %), Gesundheitspflege (Arbeitslosenhaushalte: 1,8 %, Beamtenhaushalte: 7,9 %) und Innenausstattung/ Haushaltsgeräte und -gegenstände (Arbeitslosenhaushalte: 2,1 %, Beamtenhaushalte: 5,4 %) [25].

Hier soll erneut darauf hingewiesen werden, dass die Verteilung nach Einkommensdezilen nicht bedarfsgewichtet ist, sodass wahrscheinlich ist, dass untere Einkommensdezile öfter Einpersonenhaushalte widerspiegeln als die höheren Einkommensdezile.

IV Vermögensreichtum und -verteilung

Die Betrachtung der Verteilung von Vermögen in der Gesellschaft steht neben der Einkommensverteilung im Mittelpunkt der Reichtumsberichterstattung, da Vermögen als Bestandsgröße stärker mit Reichtum assoziiert wird [5]. Für die Vermögensverteilung wird ähnlich zur Einkommensverteilung zwischen Vermögen privater Haushalte und Vermögen von Individuen unterschieden. Das Gesamtvermögen setzt sich zusammen aus Wohneigentum, sonstigem Haus- und Grundbesitz, Geldvermögen, Vermögen aus privaten Versicherungen, Sachvermögen, Bausparverträgen und Betriebsvermögen.
Für die kommunale Ebene stehen keine aussagekräftigen Indikatoren zur Verfügung, sodass im Folgenden der Fokus auf Deutschland und Berlin insgesamt liegt.

Unter anderem die EVS und das SOEP sind Datenquellen für die bundesweite Reichtumsberichterstattung. Das SOEP liefert Informationen zur Verteilung individueller Vermögen, während die EVS Informationen zum Haushaltvermögen bereitstellt. Für die Beschreibung des Anteils Vermögender werden anders als bei der Beschreibung des Anteils Einkommensreicher keine Reichtumsquoten ausgewiesen. Aufgrund unterschiedlicher Datengrundlagen und Methodiken (vgl. Kapitel 2.3) weichen die Ergebnisse zum Teil voneinander ab – Tendenzen sind jedoch zu beschreiben.

4.1 Verteilung der Vermögen privater Haushalte

Für die Betrachtung der Vermögensverteilung privater Haushalte in Berlin und Deutschland bildet insbesondere die EVS 2013 die Grundlage. Die Ergebnisse der EVS 2013[15] sind auf Landesebene verfügbar und werden im Vergleich zu Deutschland im Folgenden aufgezeigt:

Die Vermögensverteilung ist in Deutschland stärker ungleich verteilt als das Einkommen. Laut dem 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung lag auf Basis der EVS 2013 die Summe aller Nettogesamtvermögen der Privathaushalte in Deutschland bei 4,9 Billionen Euro und damit bei einem durchschnittlichen Haushaltsnettovermögen von 123.000 Euro [5]. Dabei besitzen die obersten 10 % der Vermögendsten mehr als die Hälfte, die untere Hälfte nur über etwa 1 % des gesamten Nettovermögens. Die ungleiche Verteilung zeigt sich auch darin, dass der bundesweite Median der Haushaltsnettoeinkommen mit ca. 32.100 Euro deutlich niedriger ist. Der höhere Durchschnittswert wird durch Extremwerte stark beeinflusst – anders als der Median, der genau den mittleren Wert aller Vermögen kennzeichnet. Die hohe Differenz dieser beiden Indikatoren spiegelt daher die hohe Ungleichheit wider. Damit ist Vermögen in Deutschland stärker konzentriert als Einkommen und im internationalen Vergleich relativ ungleich verteilt [7].
Die Quote der Haushalte ohne Nettogesamtvermögen hat seit 2003 von 14,2 % auf 19,5 % in 2013 zugenommen. Der Anteil der Haushalte mit negativem Nettogesamtvermögen verdoppelte sich im gleichen Zeitraum von 6,6 % auf 11,5 % [30].
Die Vermögensungleichheit in Deutschland wird sehr wahrscheinlich noch unterschätzt, da Spitzenvermögen in den meisten Studien und amtlichen Statistiken untererfasst sind. Eine Studie des DIW schätzt unter Einbezug von Daten aus Reichenlisten (z.B. Forbes-Liste, Manager Magazin), dass das Nettovermögen privater Haushalte 2 bis 3 Billionen Euro höher sein könnte. Das reichste Prozent der Privathaushalte würde nach der Berechnung ca. ein Drittel des Gesamtvermögens besitzen [6].

[15] Die EVS berücksichtigt mit dem Geldvermögen und Haus-und Grundvermögen nicht alle Vermögensarten. Zudem sind Einkommen ab 18.000 Euro monatlich nicht erfasst.

Immobilienbesitz spielt für die Vermögensbetrachtung deutschlandweit die größte Rolle: 47 % der Haushalte verfügten 2013 über Haus-und Grundbesitz. Insbesondere vermögende Haushalte zeigen Immobilienbesitz. Für Berlin spielen Immobilien hingegen eine untergeordnete Rolle. Hier hatten 22,7 % Haus- und Grundbesitz [31].
Daneben bildet das Geldvermögen einen Hauptteil des Gesamtvermögens: Das durchschnittliche Bruttogeldvermögen privater Haushalte in Berlin lag 2013 bei 31.300 Euro (Deutschland: 46.800 Euro), der Median lag bei 8.200 Euro (Deutschland: 15.000). Ein ähnliches Bild liefert die Betrachtung der Nettogeldvermögen: Dieses lag 2013 in Berlin bei durchschnittlich 28.800 Euro (Deutschland: 44.500 Euro). Der Median betrug 6.300 Euro (Deutschland: 13.000 Euro) [31], [32]. Damit bestätigen sich die bereits für die Einkommensbetrachtung gezeigten unterdurchschnittlichen Werte auch für das Geldvermögen privater Haushalte in Berlin. Die große Differenz beider Indikatoren weist wiederum auf eine hohe Ungleichheit hin. Im Jahresvergleich mit 2008 haben die Durchschnittswerte sowie die Mediane der Nettogeldvermögen für Berlin und Deutschland gleichermaßen abgenommen – womöglich aufgrund der Auswirkungen der Finanzkrise vor 10 Jahren.
In Abbildung 8 sind die Haushalte in Berlin und Deutschland 2013 nach der Höhe ihres Brutto- und Nettogeldvermögens dargestellt. Sowohl für das Brutto- als auch für das Nettogeldvermögen zeigt Berlin einen höheren Anteil an Haushalten mit einem Vermögen bis zu 10.000 Euro und einen geringeren Anteil der Haushalte in den höheren Vermögensklassen. Fast ein Drittel der Haushalte in Berlin hat ein Nettogeldvermögen unter 2.500 Euro[16] (Deutschland: 25 %). Über 100.000 Euro verfügen nur etwas mehr als 10 % der Haushalte, wohingegen es in Deutschland 13,6 % sind.

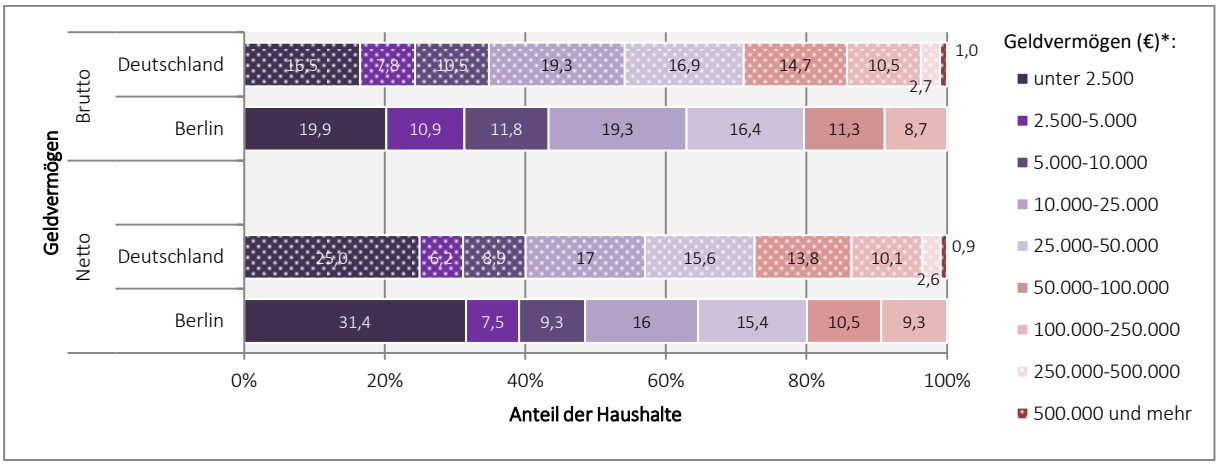

Abb. 8: Anteil der privaten Haushalte in Deutschland (gepunktete Balken) und Berlin 2013 nach Höhe des Brutto- und Nettogeldvermögens

* Anteile in den Geldvermögensklassen über 250.000 für Berlin zu ungenau.

Quelle: AfS 2014 - Statistischer Bericht O II 2 - 5j/13 [31], *Statistisches Bundesamt 2014* [32] (EVS 2013)

Auch für das Geldvermögen der Privathaushalte bestehen klare Zusammenhänge mit verschiedenen Haushaltsmerkmalen. Deutliche Zusammenhänge zeigen sich zwischen der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und der Höhe des Haushaltsnettogeldvermögens: Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unterhalb von 900 Euro haben im Mittel kein Nettogeldvermögen. Der Median des Nettogeldvermögens von Haushalten in Berlin steigt mit zunehmender Einkommensklasse von 2.500 Euro bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 900 und 1.300 Euro auf 39.700 Euro bei den Haushalten der Einkommensklasse 3.600 bis 5.000 Euro [31]. Ein hohes Einkommen stellt somit einen relevanten Faktor zur Vermögensbildung dar.

In Abbildung 9 ist das Nettogeldvermögen der Haushalte nach ausgewählten Haushaltsmerkmalen abgebildet. Die mittlere Höhe der Nettogeldbestände unterscheidet sich deutlich nach Haushaltsgröße: Mit 22.800 Euro zeigen Vierpersonenhaushalte tendenziell die größten mittleren Nettovermögen. Einpersonenhaushalte haben hingegen mit 3.000 Euro ein vergleichsweise geringes Nettogeldvermögen. Deutlich wird der Unterschied auch,

[16] Hierunter fallen auch Haushalte mit negativem Nettovermögen.

wenn nach Haushaltstyp unterschieden wird: Alleinlebende und tendenziell auch Alleinerziehende haben im Mittel ein deutlich geringeres Nettogeldvermögen als u.a. Paare ohne Kinder oder Haushalte mit Kindern über 18 Jahre. Der Median der Nettogeldvermögen ist hierbei für alleinlebende Frauen mit 4.300 Euro deutlich höher als für alleinlebende Männer (1.300 Euro).

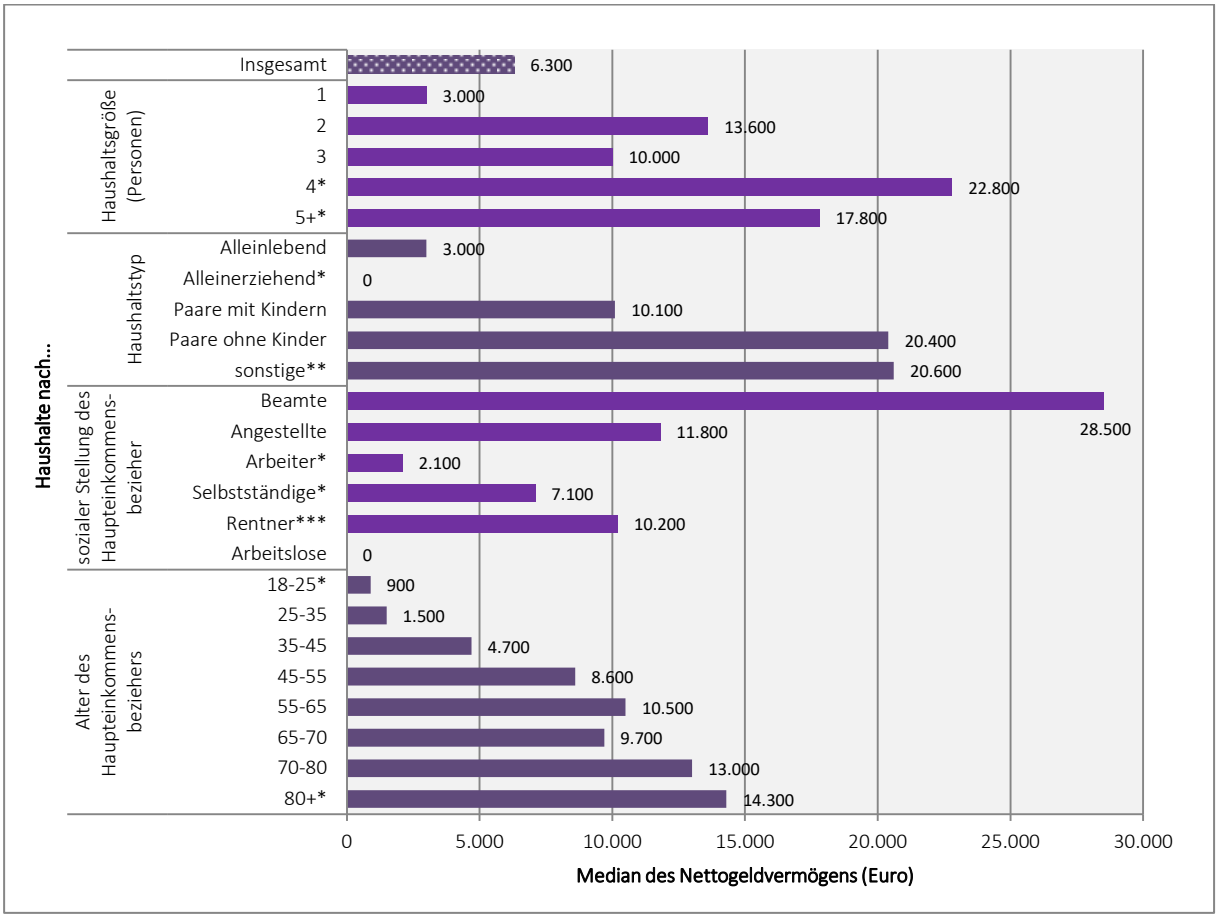

Abb. 9: Median des Nettogeldvermögens privater Haushalte in Berlin 2013 nach ausgewählten Haushaltsmerkmalen

* Zahlenwert ungenau. ** u.a. Haushalte mit Kindern über 18J., Wohngemeinschaften. ***einschl. Pensionäre.

Quelle: AfS 2014 - Statistischer Bericht O II 2 - 5j/13 [31] *(EVS 2013)*

Darüber hinaus wird erneut deutlich, dass Beamtenhaushalte in Berlin mit einem Median von 28.500 mit großem Abstand das höchste Nettogeldvermögen aufzeigen. Angestelltenhaushalte besitzen mit einem Medianvermögen von 11.800 Euro weniger als die Hälfte und Haushalte Arbeitsloser haben in der Regel keine Möglichkeit Geldvermögen aufzubauen.

Nettogeldvermögen nehmen zudem im Mittel mit dem Alter des Haupteinkommensbeziehers zu: Im Erwerbstätigenalter steigt der Median der Nettogeldvermögen von 900 bis auf 10.500 Euro. Einen Bruch zeigt die Altersgruppe der 65 bis unter 70-Jährigen mit einem mittleren Vermögen von 9.700 Euro. Die höchsten Geldvermögensbestände zeigen tendenziell Haushalte von Hochaltrigen.

Neben dem Nettogeldvermögen weist die EVS 2013 auch das Nettogesamtvermögen aus, zu welchem auch das Immobilienvermögen gehört. Abbildung 10 zeigt, dass das Nettogesamtvermögen Berliner Haushalte 2013 im Durchschnitt bei 52.600 Euro lag, jedoch verfügten nur die Hälfte der Haushalte über ein Nettogesamtvermögen von mehr als 8.300 Euro (Deutschland 123.300 bzw. 32.100 Euro) [31]. Somit zeigt sich die zuvor beschriebene Ungleichheit in der Verteilung der Geldvermögen auch für das Gesamtvermögen. Berlin zeigt hierbei deutlich niedrigere Werte als Deutschland – sowohl für den Durchschnitt als auch für den Median des Nettogesamtver-

mögens. Ein möglicher Grund dafür ist, dass Immobilienvermögen im Bundesvergleich für Berlin, wie oben genannt, eine untergeordnete Rolle spielt. Insgesamt hatten 2013 ca. 23 % der privaten Haushalte Haus- und Grundbesitz, 15,2 % der Haushalte sind Wohneigentum. In Deutschland hingegen besitzen über 47 % der Haushalte Haus- und Grundbesitz und 43 % der Haushalte sind Wohneigentum [29], [31].
Für den Durchschnittswert als auch für den Median des Nettogesamtvermögens zeigt sich für Berlin im Zeitvergleich mit 2008 eine Abnahme. In Deutschland hingegen stieg das Nettogesamtvermögen laut den Daten der EVS leicht an – im Gegensatz zu den zuvor genannten Werten für das Nettogeldvermögen, welche für Deutschland ebenfalls gesunken sind. Es ist zu vermuten, dass u.a. der stärker verbreitete Immobilienbesitz in Deutschland hierfür eine Rolle spielt, da die steigenden Immobilienpreise sich positiv auf das Nettogesamtvermögen auswirken.

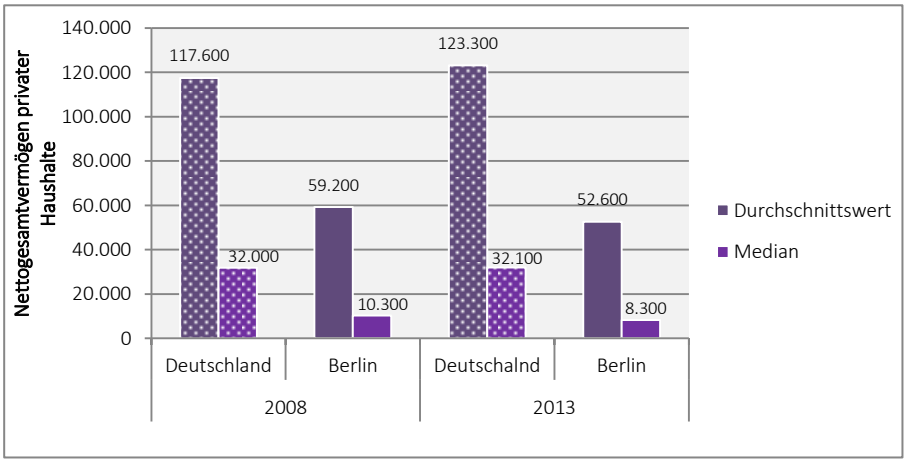

Abb. 10: Durchschnitt und Median des Nettogesamtvermögens privater Haushalte in Berlin und Deutschland 2008 und 2013
Quelle: AfS 2014 - Statistischer Bericht O II 2 - 5j/13 [31] *(EVS 2008 & EVS 2013)*

Die Unterschiede im Median sind für das Nettogesamtvermögen im Allgemeinen ähnlich zu denen des Nettogeldvermögens, wenn nach Haushaltsmerkmalen differenziert wird. Auffällig höhere mittlere Nettogesamtvermögen zeigen sich jedoch für die höchsten beiden Einkommensklassen, für Dreipersonenhaushalte und sehr deutlich für Beamtenhaushalte (58.600 Euro) [31].

Der Gini-Koeffizient zur Beurteilung der Vermögensverteilung ist nur eingeschränkt nutzbar, da er keine negativen Werte ausweisen kann und daher die Vermögensungleichheit tendenziell unterschätzt[17]. Nichtsdestotrotz ist der Gini-Koeffizient ein verbreitetes Maß zur Beschreibung von Vermögensungleichheiten. Er lag 2013 für die Verteilung der Nettovermögen der Haushalte in Deutschland auf Basis der EVS 2013 bei 0,74 [5].

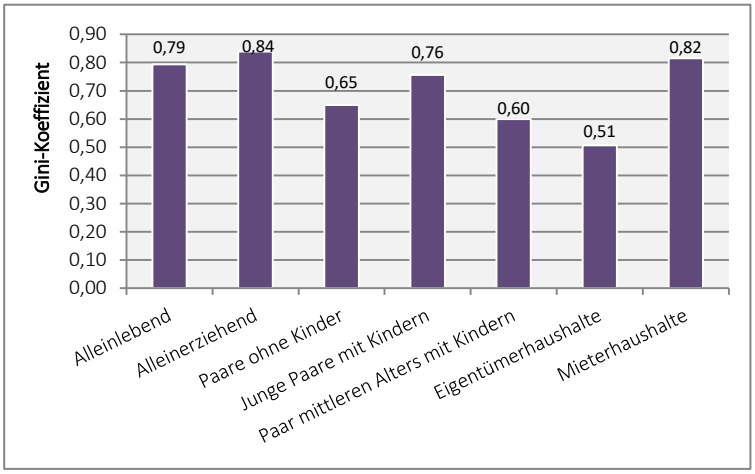

Abb. 11: Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung in Deutschland 2013 nach Haushaltstyp
Quelle: Kleimann et al. 2015 [30] *(EVS 2013)*

[17] Negative Nettovermögen, d.h. Haushalte bei denen die Höhe der Schulden, die des Vermögens überschreitet, werden auf Null gesetzt.

Kleimann et al. (2015) untersuchten die Verteilung der Nettogesamtvermögen privater Haushalte innerhalb verschiedener Haushaltstypen (Abb. 11). Sie konnten feststellen, dass mit einem Gini-Koeffizient zur Vermögensverteilung von 0,84 die Vermögensungleichheit innerhalb von Alleinerziehendenhaushalten am größten ist. Auch Mieterhaushalte (Gini-Koeffizient: 0,82) und Single-Haushalte (Gini-Koeffizient: 0,79) zeigen vergleichsweise hohen Vermögensungleichheiten. Die Vermögen von Eigentümerhaushalten sind hingegen besonders gleichmäßig verteilt (Gini-Koeffizient: 0,51) [30].

Für die Betrachtung der Vermögensverteilung mittels der EVS ist einschränkend anzumerken, dass Spitzenvermögen nicht enthalten sind und Gebrauchs- und Betriebsvermögen nicht betrachtet werden womit wesentliche Größen zur Beschreibung der Vermögensverteilung fehlen. Zudem werden ausschließlich nominale Werte betrachtet. Diese beachten Preissteigerungen und die tatsächliche Kaufkraft des Vermögens nicht. Das DIW Berlin hat hierzu in einer Studie zur Entwicklung der realen Nettovermögen in Deutschland herausgestellt, dass bei Berücksichtigung der Inflation, die Nettovermögen der Privathaushalte deutschlandweit zwischen 2003 und 2013 um 15 % gesunken sind. Vor dem Hintergrund, dass die EVS keine validen Aussagen zu Top-Vermögensbeziehern zulässt, wurden zusätzlich die Angaben des Manager Magazins einbezogen. Das DIW Berlin hält es demnach für wahrscheinlich, dass das Vermögen der Top-Vermögenden in Deutschland in den Jahren 2007 bis 2012 stagnierte und sie damit nicht zum Rückgang der realen Vermögen insgesamt beigetragen haben [33].

4.2 Verteilung der individuellen Vermögen

Für die Betrachtung individueller Vermögen wird das SOEP herangezogen, sodass eine Darstellung nur auf Bundesebene möglich ist. Das durchschnittliche individuelle Nettogesamtvermögen betrug demnach 2012 in Deutschland ca. 85.200 Euro, der Median ca. 17.200 Euro[18]. Insgesamt 27,5 % der Deutschen haben kein Nettovermögen, etwa 7 % sind verschuldet. Im Zeitverlauf seit 1998 ist das Vermögen der reichsten 10 % stetig gestiegen, seit einigen Jahren ist der Anteil jedoch konstant, was auf eine stabile Vermögensverteilung hindeutet [5]. Die durchschnittliche Nettovermögenshöhe der obersten 10 % lag bei etwa 216.000 Euro [30].
Hinsichtlich der Vermögensungleichheit werden Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland ersichtlich: Im Durchschnitt liegt das individuelle Nettogesamtvermögen bei Westdeutschen bei 96.700 Euro und der Median bei 22.500 Euro. Für Ostdeutschland ergibt sich ein durchschnittliches Nettogesamtvermögen von 40.800 Euro und ein deutlich geringerer Median von nur 8.500 Euro. Auch der Anteil der Personen mit Schulden ist für Ostdeutschland mit 8,7 % höher als für Westdeutschland (6,8 %) [30].
Individuelle Vermögen sind ungleicher verteilt als Haushaltsvermögen, was der Gini-Koeffizient für individuelle Nettovermögen deutlich macht: Er liegt mit einem Wert von 0,77 über dem Gini-Koeffizienten zur Vermögensverteilung von Privathaushalten (0,74). Diejenigen, die der oberen Hälfte der individuellen Vermögensverteilung angehören, vereinen 99,1 % aller Nettovermögen auf sich. Die der unteren Hälfte entsprechend nicht einmal 1 % [5]. Die höhere Vermögensungleichheit für die ostdeutschen Bundesländer wird durch den Gini-Koeffizienten bestätigt: Dieser betrug 2012 für Ostdeutschland 0,79 und für Westdeutschland 0,77. Während die Vermögensungleichheit in Westdeutschland seit 2002 etwa auf einem Niveau ist, hat sie in Ostdeutschland abgenommen [30].

Kleimann et al. (2015) betrachten in ihrer Analyse der Vermögensverteilung für den Fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung auf Basis des SOEP 2012 verschiedene Indikatoren der Verteilung individueller Nettogesamtvermögen nach soziodemografischen Merkmalen (Abb. 12) [30]. Zusammenfassend zeigt sich, dass

[18] Für Berlin ergibt sich ein geschätzter Median für das individuelle Nettovermögen in Höhe von ca. 4.800 Euro, wenn der Median des Haushaltsnettovermögens mit der für Berlin geltenden durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,7 Personen in Verhältnis gesetzt wird.

Männer deutlich höhere Vermögen besitzen als Frauen: Im Durchschnitt haben sie mit über 100.000 Euro 30.000 Euro mehr Vermögen als Frauen (70.000 Euro). Auch der Median ist mit über 24.000 Euro fast doppelt so hoch wie der der weiblichen Bevölkerung (13.000 Euro). Obwohl sich der Gini-Koeffizient für beide Gruppen nicht unterscheidet, zeigen Frauen in der unteren Hälfte der Verteilung erheblich weniger Vermögen als die Männer.

Wie zuvor für das Einkommen aufgezeigt, nimmt auch das individuelle Nettovermögen über die Altersgruppen zu. Die Altersgruppe der 65 bis unter 75-Jährigen zeigt mit durchschnittlich 135.538 Euro und einem Medianvermögen von 70.000 Euro die größten Werte – die jüngste Altersgruppe befindet sich am Anfang des Vermögensaufbaus und zeigt die niedrigsten Vermögen. Der Gini-Koeffizient zeigt für die 65 bis unter 75-Jährigen mit einem Wert von 0,69 eine gleichmäßigere Vermögensverteilung als für die jüngsten Altersgruppen (0,98).

Ein positiver Zusammenhang zeigt sich auch für einen hohen Bildungsstand: Die Hälfte der Personen mit hohem Bildungsstand hat ein Nettovermögen von über 57.000 Euro. Der Median liegt für Personen mit niedrigem Bildungsstand hingegen bei nur 1.500 Euro. Der Gini-Koeffizient von 0,84 spiegelt den höheren Anteil an Personen ohne Vermögen in der Gruppe mit niedrigem Bildungsabschluss entsprechend wider (hoher Bildungsstand: 0,71).

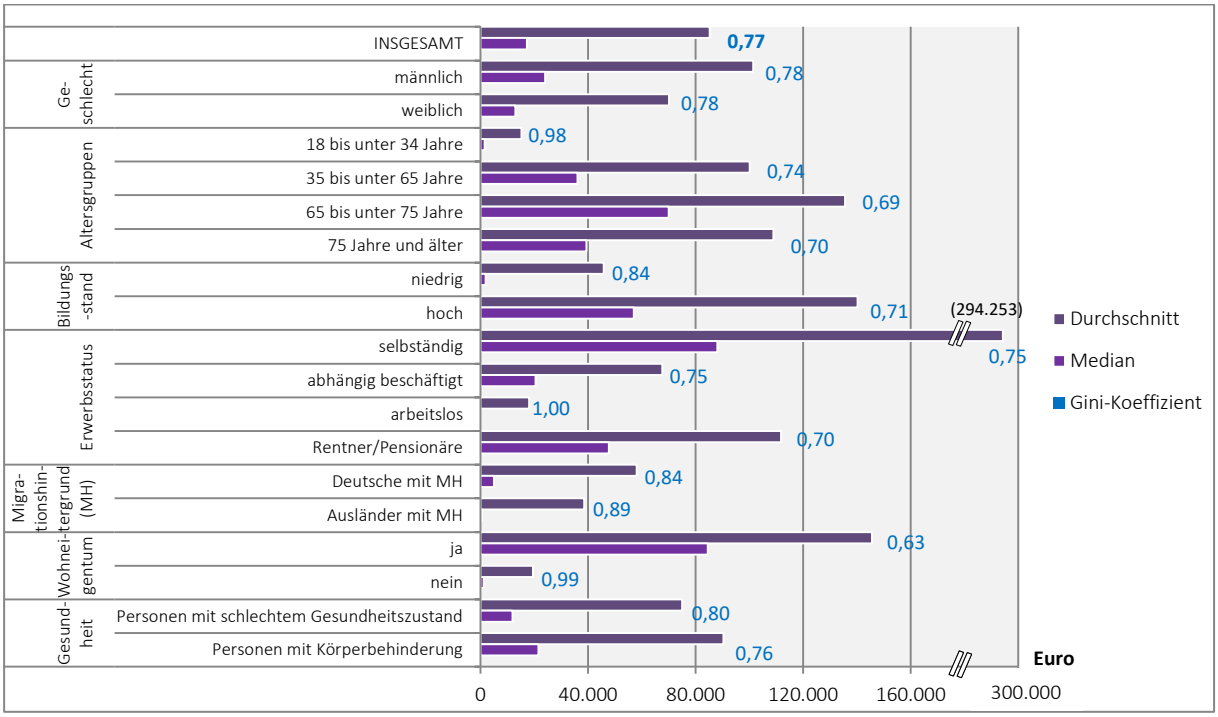

Abb. 12: Durchschnitt, Median und Gini-Koeffizient der individuellen Vermögen in Deutschland 2012 nach soziodemografischen Merkmalen

Quelle: Kleimann et al. 2015 [30] *(SOEP 2012)*

Hinsichtlich des Erwerbsstatus zeigen Selbstständige das höchste Nettovermögen und Arbeitslose das geringste. Vermögen sind bei Rentnern und Pensionären am gleichmäßigsten verteilt, bei Arbeitslosen hingegen am stärksten konzentriert – was vor allem auf die hohe Zahl Arbeitsloser ohne Vermögen zurückzuführen ist.

Personen mit Migrationshintergrund besitzen weniger Nettovermögen als Personen ohne Migrationshintergrund. Zudem zeigt sich für diese Gruppe ein deutlicher Unterschiede für Deutsche und für Ausländerinnen und Ausländer: Deutsche mit Migrationshintergrund haben im Schnitt ein Vermögen von 58.000 Euro und damit fast 20.000 Euro mehr als die Bevölkerungsgruppe der Ausländer. Die Unterschiede in den Nettovermögen innerhalb beider Gruppen sind deutlich ausgeprägt, was durch den vergleichsweise hohen Gini-Koeffizienten angezeigt wird. Bei den Ausländerinnen und Ausländern lag die Quote der Personen ohne Nettovermögen bei 48 %, sodass auch der Gini-Koeffizient größer ist.

Deutliche Unterschiede im Vermögen bestehen auch zwischen Personen mit und ohne Wohneigentum: Wohneigentum ist ein bedeutender Vermögensbestandteil, sodass entsprechend höhere Werte für den Durchschnitt und Median zu finden sind. Der Gini-Koeffizient ist für die Gruppe der Personen ohne Wohneigentum erheblich erhöht – was insbesondere durch den hohen Anteil an Personen ohne Nettovermögen (40 %) bedingt ist.
Wird der Gesundheitszustand betrachtet, zeigt sich für Personen mit schlechtem Gesundheitszustand mit 75.000 Euro ein unterdurchschnittliches Vermögen im Vergleich zum gesamtdeutschen Wert. Auch der Median lag 31 % unterhalb des Wertes für Deutschland insgesamt. Für Personen mit Körperbehinderung hingegen lag das Durchschnittsvermögen mit 90.000 Euro und der Median mit 21.500 Euro über dem Bundeswert. Ursächlich hierfür ist der geringere Anteil an Personen mit Schulden in dieser Bevölkerungsgruppe [30].

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ermittelt keine Vermögensreichtumsquote. Andere Studien haben die Reichtumsquote der Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen auf Basis der EVS 2013 berechnet[19] [16] [34]. Danach beträgt der Median des Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögens für Deutschland 38.689 Euro (personengewichtet) [16] [34]. Die deutschlandweite Reichtumsquote der Pro-Kopf-Nettovermögen beträgt demnach 32,1 % bei einer Reichtumsschwelle von 200 % des Medianvermögens (=77.379 Euro) [16] [34]. Wird die Reichtumsschwelle auf 300 % des Medianvermögens (=116.067 Euro) angesetzt, beträgt die Vermögensreichtumsquote 20,9 %. Damit wäre in Deutschland etwa jeder Dritte als relativ vermögensreich zu bezeichnen.

Abbildung 13 zeigt die 200 %-Vermögensreichtumsquote sowie die 60 %-Vermögensarmutsquote für Deutschland nach soziodemografischen Merkmalen, wie sie Walter et al. (2017) aufzeigen [34]. Insgesamt 49,5 % der Deutschen sind nach dieser Betrachtung als relativ vermögensarm zu bezeichnen (60 %-Vermögensarmutsschwelle= 23.213 Euro). Es bestätigen sich die zuvor gezeigten Unterschiede in der Vermögensverteilung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So ist die Vermögensreichtumsquote in Deutschland für Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit um 10 % höher als für Ausländer. Mehr als die Hälfte der Personen mit ausländischer Nationalität sind vermögensarm. Von der männlichen Bevölkerung sind ca. ein Drittel als relativ vermögensreich zu bezeichnen, bei den Frauen mit 31,3 % etwas weniger. Entgegengesetzt sind mit 42 % mehr Frauen vermögensarm als Männer (39 %). Vermögensreichtum ist dabei vor allem bei Personen im Alter ab 50 Jahren zu finden und Vermögensarmut bei den jüngeren Altersgruppen.

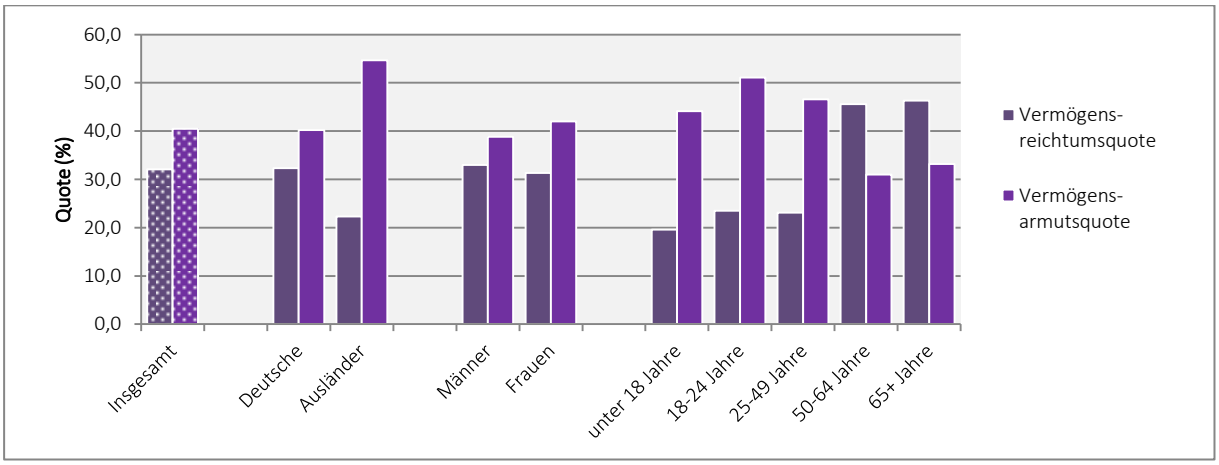

Abb. 13: Vermögensreichtumsquote (200 %- Reichtumsschwelle) und Vermögensarmutsquote (60 %- Armutsschwelle) für Deutschland 2013 nach soziodemografischen Merkmalen
Quelle: Walter et al. 2017 [34] *(EVS 2013)*

Einschränkend für die Betrachtung der Vermögensreichtums- und -armutsquoten auf Basis der EVS ist an dieser Stelle erneut darauf hinzuweisen, dass keine Spitzenvermögen berücksichtigt werden und zudem der Begriff

[19] Hierbei wird nicht das Äquivalenzvermögen zugrunde gelegt, sondern gleiche Anteile der Nettovermögen eines Haushalts für alle Haushaltsmitglieder angenommen.

Vermögen sich nur auf Geldvermögen und Haus-/Grundvermögen beschränkt, sodass Abweichungen von der realen Vermögensverteilung wahrscheinlich sind. Bedacht werden muss auch, dass die Reichtumsquote ein relatives Messkonzept ist, womit Personen ab 77.379 Euro als vermögensreich und mit weniger als 23.213 Euro als vermögensarm gelten. Ob Personen mit dem genannten Vermögen als subjektiv vermögensreich bzw. -arm angesehen werden, ist fraglich und soll hier nicht weiter erörtert werden. Für Berlin lässt sich kein regionaler Median der Pro-Kopf-Nettovermögen und damit keine Vermögensreichtums- sowie -armutsquote ermitteln[20], sodass die vorstehenden Informationen lediglich gruppenspezifische Unterschiede verdeutlichen sollen. Es kann davon ausgegangen werden, dass ähnliche Unterschiede auch für Berlin wahrscheinlich sind.

In diesem Zusammenhang macht auch der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung deutlich, dass neben dem gezeigten materiellen Nettovermögen bspw. soziale Sicherungssysteme Vermögensfunktionen innehaben [5]. So weist das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln [10] darauf hin, dass bei der Berücksichtigung von Rentenanwartschaften der Median des individuellen Vermögens sich auf über 107.000 Euro versechsfachen würde. Der Gini-Koeffizient auf Basis des SOEP würde entsprechend auf 0,59 sinken.

[20] Telefonische Anfrage beim Bundesamt für Statistik vom 05.Juli 2018.

V Zusammenfassung und Limitationen

Die Ergebnisse des Berichts sind im Folgenden gegliedert nach politischen Ebenen zusammengefasst. Auf Limitationen wird am Ende des Kapitelteils hingewiesen.

5.1 Ergebnisse auf Bundesebene

Einkommensreichtum

- Das Medianäquivalenzeinkommen betrug 2016 1.615 Euro – 50 % der Bevölkerung lag mit dem Nettoeinkommen darüber, 50 % darunter.
- Die Einkommensreichtumsquote Deutschlands lag 2016 bei 8,2 % (Reichtumsschwelle=3.230 Euro). Sie schwankte in den letzten 10 Jahren zwischen 7,7 % und 8,2 %. Die Reichtumsschwelle stieg im gleichen Zeitraum kontinuierlich von 2.448 Euro auf 3.230 Euro.
- Die Einkommensreichtumsquote ist höher für: Männer, Personen ohne Migrationshintergrund, Personen im höheren Erwerbsalter, Paarhaushalte ohne Kinder und mit einem Kind, Eigentümerhaushalte, Erwerbstätige.
- Das Nettohaushaltseinkommen war 2014 in Deutschland stärker ungleich verteilt (Gini-Koeffizient=0,3) als in den meisten west- und nordeuropäischen Ländern, liegt aber knapp unterhalb des EU-Durchschnittes (Gini-Koeffizient=0,31).
- Steigende Ungleichheiten waren in der ersten Hälfte der 2000er Jahre zu beobachten; seit 2005 ist die Einkommensverteilung relativ stabil: Die obere Hälfte der Einkommensbezieher verdiente in den vergangenen zehn Jahren etwa 70 % der Einkommen, die untere Hälfte 30 % der Einkommen.

Vermögensreichtum

- ***Ebene der privaten Haushalte:*** In Deutschland ist Vermögen stärker konzentriert als das Einkommen: Die wohlhabendsten 10 % der Haushalte in Deutschland besitzen zusammen circa 60 % des Nettohaushaltsvermögens (OECD-Durchschnitt=50 %). Die untere Hälfte der Verteilung verfügt über 1 % der gesamten Nettohaushaltsvermögen, die untersten 20 % besitzen kein Vermögen (ca. 9 % verschuldet).
- Im EU-Vergleich hatte Deutschland 2014 die zweithöchste Vermögensungleichheit nach Litauen (Gini-Koeffizient= 0,76, Basis: EZB). Seit 1998 hat die Ungleichverteilung leicht zugenommen (Basis: EVS 2013).
- Im Durchschnitt lag das Nettogesamtvermögen der Privathaushalte 2013 bei 123.300 Euro (Basis: EVS 2013). Dabei verfügt die Hälfte der Haushalte nur über weniger als 32.100 Euro (=Median). Die hohe Differenz der Indikatoren spiegelt die große Ungleichheit in der Vermögensverteilung wider (Gini-Koeffizient=0,74). Eine besonders hohe Ungleichverteilung von Vermögen besteht zwischen Haushalten Alleinerziehender (0,84), Mieterhaushalten (0,82) und Single-Haushalten (0,79). Vergleichsweise gleichmäßig sind die Vermögen von Eigentümerhaushalten verteilt (0,51).
- ***Individuelle Ebene:*** Das durchschnittliche individuelle Nettogesamtvermögen betrug 2012 in Deutschland ca. 85.200 Euro, der Median ca. 17.200 Euro (Basis: SOEP 2012). Insgesamt 27,5 % der Deutschen haben kein Nettovermögen (7 % verschuldet). Ostdeutschland zeigt niedrigere Nettogesamtvermögen: Durchschnitt= 40.800 Euro, Median= 8.500 Euro, Schuldnerquote= 8,7 %.
- Individuelle Vermögen sind ungleicher verteilt als Haushaltsvermögen (Gini-Koeffizienten=0,77). Die obere Hälfte der Vermögensverteilung besitzt 99 % des Nettovermögens. Die Vermögensverteilung ist im Zeitverlauf relativ stabil (Basis: SOEP 2012).
- Nach soziodemografischen Merkmalen unterschieden, bestehen höhere Vermögen für Männer, Personen mit hohem Bildungsstand, Personen ohne Migrationshintergrund, Personen mit Wohneigentum, im höheren Erwerbsalter und mit gutem Gesundheitszustand. Innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen be-

steht eine hohe Vermögensungleichheit besonders für Personen ohne Wohneigentum (Gini-Koeffizient=0,99), Personen im Alter von 18 bis unter 35 Jahren (0,98) und Arbeitslose (1,00). Eine im Vergleich gute Verteilung besteht für Wohneigentümer (0,63), die Altersgruppe der 65 bis unter 75-Jährigen (0,69) und Personen mit hohem Bildungsstand (0,71) (Basis: SOEP 2012).

- Die Reichtumsquote der Pro-Kopf-Nettovermögen betrug 2013 32,1 % (Reichtumsschwelle=77.379 Euro; Median=38.689 Euro). Als vermögensarm gelten 49,5 % der Deutschen (Vermögensarmutsschwelle= 23.213 Euro; Basis: EVS 2013 - Limitationen gelten).
- Die Reichtumsquote der Pro-Kopf-Nettovermögen ist höher für Männer (33 %) und für Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (32,3 %). Vermögensreichtum ist vor allem bei Personen im Alter ab 50 Jahren zu finden und Vermögensarmut bei den jüngeren Altersgruppen.
- Erbschaft und Schenkungen stellen relevante Faktoren für den Aufbau höchster Vermögen dar.

5.2 Ergebnisse auf Landesebene

Einkommensreichtum

- ***Individuelle Ebene:*** Berlin liegt mit einer Einkommensreichtumsquote von 7,7 % im Bundesmaßstab (Deutschland= 8,2 %; Reichtumsschwelle= 3.230 Euro) im Mittelfeld aller Bundesländer.
- Die Einkommensreichtumsquote Berlins im Landesmaßstab liegt mit 9,2 % höher, was auf ein eher geringes Einkommensniveau der Berliner Bevölkerung im Vergleich aller Bundesländer hinweist. Sie schwankte in den letzten zehn Jahren zwischen 8,7 % und 9,6 %.
- Die landesspezifische Einkommensreichtumsschwelle stieg im gleichen Zeitraum von 2.348 Euro auf 3.076 Euro und bleibt damit kontinuierlich unterhalb der bundesweiten Reichtumsschwelle, was auf das niedrigere Medianäquivalenzeinkommen von 1.538 Euro für Berlin hindeutet (Deutschland: 1.615 Euro).
- Der Gini-Koeffizient betrug 2016 für Berlin 0,3, die Summe der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der obersten 20 % der Bevölkerung ist 4,3-mal so hoch wie die der ärmsten 20 % (S80/S20-Quote). Das Verhältnis der Einkommen ist für Männer stärker zugunsten der Älteren verschoben. Bei den Berlinerinnen zeigt die jüngere Generation tendenziell höhere Einkommen als die ältere Generation.
- Berlin zeigt im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Werte für das Medianentgelt (2016: 3.024 Euro), Primäreinkommen (2015: 22.298 Euro), verfügbare Einkommen (2015: 19.095 Euro) und BIP (2015: 35.428 Euro) jeweils je Einwohnerin bzw. Einwohner.
- Das bundesweit geringere Medianentgelt besteht auch für alle betrachteten soziodemografischen Merkmale. Zudem sind die Entgeltunterschieden zwischen den ältesten und den jüngsten Altersgruppen für Berlin deutlicher als für Deutschland. Zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Hochschulabsolventen und Personen ohne Berufsabschluss weichen die Medianentgelte relativ betrachtet weniger stark voneinander ab als im Bundesgebiet. Entgeltunterschiede zwischen Deutschen und Ausländern sind in etwa im gleichen Verhältnis wie in Deutschland.
- Das Medianentgelt hat in den letzten Jahren für Berlin stärker zugenommen als für Deutschland.
- Die Schere des Bruttoverdienstabstandes hat in Berlin zwischen Frauen und Männern, Deutschen und Ausländern sowie den Altersgruppen abgenommen. Zwischen Beschäftigten ohne Berufsabschluss und Beschäftigten mit Berufsabschluss oder Hochschulabschluss öffnete sie sich.
- In den letzten 10 Jahren sind die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste in Berlin um 21,1 % auf 21,74 Euro/Stunde gestiegen und damit weniger als im Bundesvergleich (24,4 %, 22,16Euro/Stunde). Sie nahmen stärker für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung und herausgehobene Fachkräfte zu als für Fachkräfte und angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sodass Tendenzen steigender Lohnungleichheiten erkennbar sind. Ausgenommen sind ungelernte Arbeiterinnen und Arbeiter, die das stärkste Lohnplus verzeichneten.

- Berliner Steuerpflichtige sind im Bundesvergleich anteilig häufiger der untersten Einkommensgruppe unterhalb von 5.000 Euro (18,1 %) sowie seltener der obersten Einkommensgruppe ab 125.000 (2,3 %) zugeordnet. Die 2,3 % in der höchsten Einkommensgruppe beziehen 18,4 % aller Einkünfte und zahlen entsprechend der progressiven Steuerbelastung ein Drittel der gesamten Lohn- und Einkommenssteuer. Eine Analyse des DIW führt jedoch an, dass die Gesamtbelastung durch Steuern und Sozialabgaben für die mittleren Einkommen nicht viel niedriger ist als für hohe Einkommen und damit die gesamte Steuerbelastung nur ansatzweise progressiv verläuft.
- ***Ebene der privaten Haushalte:*** Das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen in Berlin ist mit 2.471 Euro unterdurchschnittlich (Deutschland: 3.132 Euro; EVS 2013). Die Höhe ist stark assoziiert mit der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers: Beamtenhaushalte=4.535Euro; Haushalte Arbeitsloser=1.012 Euro.
- Haushalte der untersten drei Einkommensdezile sind in Berlin verschuldet, Haushalte der obersten drei Dezile zeigen eine Sparquote von teilweise weit über 10 % des Einkommens.
- Verwendung von Einkommen privater Haushalte: Haushalte mit hohem Einkommen wohnen häufiger im Wohneigentum, haben eine größere Wohnfläche und Zimmeranzahl, sind häufiger im Besitz eines Autos, Fahrrads sowie von Unterhaltungselektronik und Haushaltsgeräten, wie bspw. Geschirrspüler und Waschmaschinen. Zudem sind ihre Konsumausgaben insgesamt für Wohnen und Energie sowie für Nahrungsmittel und Ähnliches anteilig geringer. Hingegen zeigen sie höhere Ausgaben u.a. für Unterhaltung, Kultur- und Freizeitaktivitäten und eine höhere Sparquote.

Vermögensreichtum

- ***Ebene der privaten Haushalte:*** Immobilienvermögen ist bundesweit ein bedeutender Faktor in der Vermögensbetrachtung, spielt für Berlin aber nur eine nachrangige Rolle: Deutschlandweit sind ca. 43 % der Haushalte in Wohneigentum, in Berlin „nur“ 15,2 %.
- Durchschnittlich 52.600 Euro Nettogesamtvermögen haben Berliner Haushalte (Median: 8.300 Euro) und damit weniger als im Bundesmittel (Durchschnitt: 123.300 Euro, Median: 32.100 Euro). Für beide Indikatoren zeigt sich für Berlin im Zeitvergleich seit 2008 eine Abnahme (Deutschland: Zunahme). Auffällig höhere mittlere Nettogesamtvermögen zeigen sich für die zwei höchsten Einkommensklassen, für Dreipersonenhaushalte und für Beamtenhaushalte (Basis: EVS 2013).
- Mit einem Durchschnitt von 28.800 Euro (Deutschland: 44.500 Euro) und einem Median von 6.300 Euro (Deutschland: 13.000 Euro) Nettogeldvermögen je Privathaushalt liegt Berlin deutlich unterhalb der Bundeswerte. Im Jahresvergleich mit 2008 haben die Durchschnittswerte sowie die Mediane der Nettogeldvermögen für Berlin und Deutschland abgenommen.
- 31 % der Berliner Haushalte hat ein Nettogeldvermögen unter 2.500 Euro; knapp über 9 % besitzen mehr als 100.000 Euro. Positive Zusammenhänge in der Höhe zeigen sich für steigende Einkommensklassen und zunehmende Altersgruppen. Beamtenhaushalte (28.500 Euro), Paare ohne Kinder (20.400 Euro) und Vierpersonenhaushalte (22.800 Euro) haben überdurchschnittliche mittlere Nettogeldvermögen. Niedrige Mediane zeigen sich für Alleinlebende (3.000 Euro; insbesondere Alleinerziehende), für Arbeiterhaushalte (2.100 Euro) und Haushalte Arbeitsloser (im Median kein Nettovermögen) sowie für die jüngeren Altersgruppen (< 1.500 Euro).

5.3 Ergebnisse auf Bezirksebene

Einkommensreichtum

- ***Individuelle Ebene:*** 2016 lag die bezirkliche Einkommensreichtumsquote mit 15,7 % (52.791 Personen) oberhalb der Berliner Quote von 9,2 % (Bezirksrang 2 nach Steglitz-Zehlendorf). In den letzten 10 Jahren schwankte der Anteil zwischen 16,1 % und 18,2 % mit einem Bruch für 2012 (14,1 %).

- Die bezirkliche Einkommensreichtumsquote ist höher für:
  - Männer (16,4 %) als für Frauen (15 %)
  - Menschen ohne Migrationshintergrund (18,5 %) als mit Migrationshintergrund (10,7 %)
  - die Altersgruppe 45 ≤ 64 Jahre (21,2 %) als für die 25 ≤ 44-Jährigen (13,3 %) sowie für Personen im Alter von 65 Jahren und älter (15,8 %) und unter 25-Jährige (10,8 %)
  - Personen in Mehrpersonenhaushalten (16,8 %) als Alleinlebende (13,2 %)
- Die bezirkliche Einkommensreichtumsquote übersteigt für alle betrachteten soziodemografischen Merkmale die Berliner Quote; die Unterschiede gelten auch für Berlin.
- Charlottenburg-Wilmersdorf war 2016 der Bezirk mit den größten Einkommensdisparitäten (Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen=0,35; Berlin=0,3). Die S80/S20-Quote, d.h. die Summe der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der obersten 20 % der Wohnbevölkerung, war 2016 5,5-mal so hoch wie die der ärmsten 20 % (Berlin: 4,3-mal). 2016 unterschieden sich die mittleren Einkommen der Älteren kaum von denen der unter 65-Jährigen, sodass Einkommensgerechtigkeit zwischen den Generationen vorliegt. Dies war in den vergangenen Jahren anders: Zwischen 2011 und 2014 waren die mittleren Einkommen der Älteren in Charlottenburg-Wilmersdorf im Berlinvergleich besonders hoch.
- Das mittlere monatliche Nettoeinkommen 2016 betrug 1.225 Euro (Berlin: 1.175 Euro). Höhere Einkommen zeigen Männer, Erwerbstätige, Personen ohne Migrationshintergrund und im höheren Erwerbsalter.
- Steuerstatistiken weisen Charlottenburg-Wilmersdorf als den Bezirk mit den meisten Besser- und Spitzenverdienenden aus: 12,5 % aller Steuerpflichtigen zahlten 2016 den Spitzensteuersatz – und von diesen insgesamt 845 Personen die Reichensteuer von 45 %.
- Von den im Jahr 2016 in Berlin erfassten 489 Steuerpflichtigen mit einem Einkommen über 500.000 Euro (Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften) lebten mit fast 30 % (n=143) die zweitmeisten in Charlottenburg-Wilmersdorf (hinter Steglitz-Zehlendorf). Seit 2004 ist deren Anzahl im Bezirk und Berlin insgesamt rückläufig (2004: 199 Personen im Bezirk).
- ***Ebene der privaten Haushalte:*** Das mittlere monatliche Haushaltsnettoeinkommen (ungewichtet) ist in Charlottenburg-Wilmersdorf mit 2.125 Euro höher als in Berlin (1.950 Euro). Neben einem überdurchschnittlichen Anteil an Haushalten mit einem Nettoeinkommen über 3.200 Euro (28,4 %) zeigt der Bezirk auch einen überdurchschnittlichen Anteil mit einem Nettoeinkommen unter 900 Euro (11,8 %), was die hohen Einkommensdisparitäten zwischen einzelnen Haushalten bekräftigt. Im Vergleich zu 2012 hat der Anteil der Haushalte mit einem Nettoeinkommen über 2.000 Euro zugenommen.

- Auf kommunaler Ebene sind keine Daten zum Vermögensreichtum verfügbar.

5.4 Limitationen

Wie bereits im Bericht deutlich wurde, gelten eine Vielzahl von Limitationen für die (kommunale) Reichtumsberichterstattung:

- Die Datenlage in Deutschland ist für eine umfassende Analyse privaten Reichtums unzureichend – dies gilt insbesondere für die kommunale und Landesebene. So ist die Betrachtung der Vermögensverteilung auf Bundeslandebene bzw. kommunaler Ebene u.a. aufgrund der eingestellten Vermögenssteuerstatistik nicht möglich.
- Amtliche Statistiken unterschätzen die Vermögensungleichheit, da Spitzenvermögen nicht repräsentativ erfasst werden (z.B. erfasst die EVS nur Einkommen bis 18.000 Euro). Die Ergebnisse beschreiben daher die Vermögensverteilung nur unzureichend, sodass nur eine eingeschränkte Interpretation möglich ist.
- Indikatoren auf Basis verschiedener Datenquellen sind nur bedingt vergleichbar aufgrund unterschiedlicher Definitionen von Einkommen/Vermögen und abweichender Methodiken. So beschränkt sich bspw. die EVS auf die Erfassung von Immobilien- und Geldvermögen. U.a. Betriebs- und Sachvermögen bleiben – obwohl von großer Bedeutung – unberücksichtigt.
- Die Ergebnisse u.a. der EVS und zum Teil des Mikrozensus beruhen auf nominalem Einkommen – die Inflation bleibt unberücksichtigt. Für einige Einkommensstatistiken (z.B. Median der Bruttoarbeitsentgelte) bleiben unterschiedliche Wohn- und Lebenshaltungskosten, Konsumgewohnheiten und die Qualität der Infrastruktur unbeachtet, welche Unterschiede im Einkommen verstärken oder abmildern können. Auch sind bei der EVS und zum Teil beim Mikrozensus die Haushaltsgrößen nicht gewichtet, sodass mögliche unterschiedliche Haushaltsstrukturen in Deutschland, Berlin und Charlottenburg-Wilmersdorf einen aussagekräftigen Einkommensvergleich erschweren: Die Haushaltsgröße beeinflusst u.a. das Wohlstandsniveau und die Wirtschaftskraft sowie die Konsumgewohnheiten.
- Im europäischen Vergleich der Gini-Koeffizienten der Vermögensverteilung werden unterschiedliche Sozial- und Rentensysteme der Staaten ungenügend berücksichtigt [10]. So reduziert sich der Gini-Koeffizient für Deutschland, wenn Rentenanwartschaften berücksichtigt werden. Auch die unterschiedliche Wohneigentumsquote in der EU ist maßgeblich: Immobilien gelten als bedeutende Säule des Vermögens. Deutsche Privathaushalte haben im Vergleich ein geringeres Vermögen, weil sie weniger Immobilienbesitz haben. Es war und ist für viele nicht notwendig hohes Privatvermögen anzuhäufen, u.a. weil in Deutschland die sozialen Sicherungssysteme eine bedeutende Vermögensfunktion innehaben [10].
- Auf Basis relativer Messkonzepte wird stets ein Anteil der Bevölkerung als reich bzw. arm zu bewerten sein. Ob sich Personen, die objektiv die Reichtumsschwelle überschreiten als reich empfinden ist fraglich, kann hier allerdings nicht weiter erörtert werden. Reichtum ist nicht ausschließlich als materiell zu begreifen. Menschen fühlen sich auch durch immaterielle Dinge, wie z.B. gute Gesundheit und Zugang zu Bildung bereichert.
- Um die Verteilung und Entwicklung von Vermögen und Reichtum abschließend zu beurteilen, wäre eine umfassende Indikatorik notwendig, welche an dieser Stelle aufgrund begrenzter Ressourcen nicht verfolgt werden konnte. Für eine weiterführende Analyse bedarf es z.B. der Betrachtung weiterer Sozial- und Steuerstatistiken. Auch müssen Einkommensreichtum und Vermögensreichtum kumuliert betrachtet werden. Die Erkenntnisse, die aus diesem Bericht gezogen werden können sind daher stets vor diesem Hintergrund zu bewerten.

VI Fazit und Handlungsfelder

6.1 Fazit und Gegenüberstellung mit den Ergebnissen des Armutsberichtes

Unter Berücksichtigung der genannten Limitationen haben die Ergebnisse entsprechend eingeschränkte Gültigkeit. Insgesamt konnte für Deutschland herausgestellt werden, dass die Ungleichheit der bedarfsgewichteten Nettoeinkommen und Nettovermögen gemessen am Gini-Koeffizienten seit 2005 auf einem annähernd gleichen – und im Europäischen Vergleich zu Ländern mit ähnlichem Wohlstand hohem – Niveau ist. Vermögen ist dabei stärker konzentriert als Einkommen. Trotz der für die letzten Jahre stabilen Gini-Koeffizienten, wird in der Reichtumsforschung darauf hingewiesen, dass sich langfristig Verluste in der Entwicklung der Realeinkommen für die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung abzeichnen. Ursächlich seien insbesondere die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen und die steigende Bedeutung des Niedriglohnsektors [28].

In Berlin liegt das Einkommens- und Vermögensniveau unterhalb des Bundesdurchschnitts. Auf individueller Ebene wie auch auf Ebene der Privathaushalte sind die Werte zur Einkommens- und Vermögensbeurteilung für Berlin niedriger. Die Einkommensindikatoren haben sich im Zeitverlauf zwar verbessert – sie bleiben aber dennoch unterhalb der Bundeswerte. Das niedrigere Einkommensniveau in Berlin beeinflusst auch das unterdurchschnittliche Vermögensniveau, da Einkommen ein bedeutender Faktor zur Vermögensbildung ist. Hinzu kommt der Fakt, dass Berlin eine Mieterstadt ist und der Großteil der Haushalte zur Miete wohnt. Damit besteht insgesamt weniger Immobilienvermögen und das Haushaltsgesamtvermögen sowie auch das individuelle Vermögen sind infolgedessen unterdurchschnittlich. Im Vergleich zu 2008 sind die Gesamtnettovermögen der Privathaushalte in Berlin wie auch in Deutschland zurückgegangen. Einen Einfluss wird hier u.a. die Finanzkrise haben.

Richtet sich der Blick nun auf die kommunale Ebene, zeigt sich, dass Charlottenburg-Wilmersdorf im Berlinvergleich der Bezirk mit den größten Einkommensunterschieden in der Bevölkerung ist: Neben den höchsten Werten für den Gini-Koeffizienten und der S80/S20-Quote zur Beurteilung der Einkommensungleichheit, zeigt Charlottenburg-Wilmersdorf insgesamt einem hohen Anteil an Personen mit einem Einkommen über der Reichtumsschwelle (15,7 %, Bezirksrang 2). Gleichzeitig ist ein großer Anteil armutsgefährdet (15,4 %). Die Einkommensreichtumsquote für Charlottenburg-Wilmersdorf liegt dabei für alle betrachteten soziodemografischen Merkmale deutlich über der Landesquote. So sind bspw. von Personen mit Migrationshintergrund 10,7 % einkommensreich, während es in Berlin nur 5,2 % sind.
Neben der für die letzten Jahre konstant hohen bezirklichen Reichtumsquote, zeigen sich in der gleichzeitig steigenden Armutsgefährdungsquote, der Zunahme der Bezirksbevölkerung in Armutsnähe und den überdurchschnittlichen Einkommensungleichheiten die hohe Polarisierung der Einkommen im Bezirk.

Obwohl die Betrachtung des Vermögens auf bezirklicher Ebene nicht möglich war, lassen die gezeigten Zusammenhänge zwischen der Höhe des Einkommens und der Möglichkeit des Vermögensaufbaus vermuten, dass auch die Vermögen in Charlottenburg-Wilmersdorf überdurchschnittlich hoch sind. Dies ist insofern wahrscheinlich, als dass in Charlottenburg-Wilmersdorf die meisten Besser- und Spitzenverdienenden leben. Fast ein Drittel der Steuerpflichtigen Berlins mit einem jährlichen Einkommen über 500.000 Euro lebt im Bezirk. Es ist zudem wahrscheinlich, dass – analog der vergleichsweise hohen Einkommensungleichheit – auch die Vermögen in der Bezirksbevölkerung überproportional ungleich verteilt sind. Unterschiede werden entsprechend den folgend resümierten Zusammenhängen mit soziodemografischen Merkmalen bestehen.

Die Betrachtung der Verteilung von Einkommens- und Vermögensreichtum nach soziodemografischen Merkmalen auf den unterschiedlichen Ebenen konnte folgende Zusammenhänge verdeutlichen:
Es konnte aufgezeigt werden, dass Männer, Personen ohne Migrationshintergrund, Personen mit gutem Gesundheitszustand sowie mit Wohneigentum im Durchschnitt wie auch im Mittel höhere Einkommen und/oder

Vermögen zeigen. Positive Zusammenhänge stellten sich darüber hinaus mit steigendem Erwerbsalter und für Personen in höher eingestuften Erwerbspositionen heraus. Das Vermögen steigt mit dem Berufsalter aufgrund wachsender Einkommen und ist höher für Personen mit hohem Bildungsabschluss. Vor dem Einstieg in das Rentenalter ist das Vermögen im Mittel am größten und nimmt mit dem Seniorenalter wieder ab.
Bei der Differenzierung nach Haushaltsmerkmalen konnten in der Tendenz höhere Einkommen und Vermögen für Mehrpersonenhaushalte und hier besonders für kinderlose Paare gezeigt werden. Auch Beamtenhaushalte und Haushalte in den höchsten Einkommensklassen sind überdurchschnittlich vermögend. Niedrigere Vermögen zeigen hingegen Alleinlebende und besonders Alleinerziehende ebenso wie Haushalte von Arbeitslosen oder Arbeitern.
Ähnliche Zusammenhänge wurden bereits im Armutsbericht aufgezeigt, der für Erwerbslose, Menschen mit Migrationshintergrund, Kinder und Jugendliche sowie Haushalte mit nur einer Erwerbstätigen bzw. einem Erwerbstätigem (Alleinlebende, Alleinerziehende) die höchsten Armutsgefährdungsquoten auswies.

Einkommensarme Bevölkerungsgruppen sind, wie im Armutsbericht 2017 gezeigt werden konnte, sozialräumlich segregiert zu finden. Es ist aufgrund der Zusammenhänge von Einkommen und Vermögen mit den gezeigten soziodemografischen Merkmalen davon auszugehen, dass auch Reichtum auf kleinräumiger Ebene im Bezirk ungleich verteilt ist. So kann ein hoher Gesamtindex Soziale Ungleichheit aus dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ein Indiz dafür sein, dass Reichtum und Wohlstand in den Bezirksregionen, die an den Forst Grunewald grenzen, häufiger zu finden ist. Armutslagen hingegen sind in Charlottenburg-Nord und dem Planungsraum Schloss Charlottenburg ausgeprägter.

Dieser Bericht kann nur einen groben Überblick über die Vermögenssituation und -verteilung in Charlottenburg-Wilmersdorf bzw. Berlin geben, da Vermögen eine hochkomplexe Größe darstellt, die durch vielfältige Einflussfaktoren beschrieben wird, welche in ihrer Vollständigkeit nicht alle betrachtet werden konnten. Erneut muss betont werden, dass andere nicht-materielle Faktoren als Einkommen und Vermögen den (subjektiven) Wohlstand einer Gesellschaft beeinflussen und diese in komplexen Wechselwirkungen zueinander stehen. Hierzu zählen u.a. die Chancengleichheit im Zugang zu Bildung, Erwerbsbeteiligung, zum Wohnungsmarkt und zur Gesundheit sowie die sozio-kulturelle Teilhabe und die Absicherung durch soziale Sicherungssysteme. Diese Bereiche stellen gleichwohl Handlungsfelder für politische Maßnahmen dar, welche im Folgenden genauer betrachtet werden.

6.2 Ableitung bezirklicher Handlungsfelder

Aufbauend auf die im Fazit dargestellten Zusammenhänge können verschiedene Handlungsfelder identifiziert werden. Auch für die Ableitungen aus dem Reichtumsbericht gilt, dass kommunalpolitische Möglichkeiten, die auf eine Gleichverteilung von Reichtum und Wohlstand abzielen, begrenzt sind und landes- sowie bundespolitische Maßnahmen gefordert sind. Aufgrund der komplexen Wirkweisen sind neben verteilungs- und steuerpolitischen Maßnahmen u.a. auch arbeitsmarkt- und lohnpolitische sowie bildungs- und wohnungspolitische Maßnahmen hervorzuheben.

Auf Bundesebene formuliert der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung fünf Aufgabenfelder für bundespolitische Maßnahmen, die auch für die Landes- und Kommunalpolitik gelten. Mit Orientierung an diesen Aufgabenfeldern, werden im Folgenden – soweit möglich – bezirkliche Handlungsempfehlungen abgeleitet:

1. Kontinuierliche Erwerbsbiografie und leistungsgerechte Entlohnung

Trotz stagnierender Einkommensungleichheiten in den letzten 10 Jahren gibt es aufgrund der deutschlandweit steigenden Armutsgefährdungsquote Anzeichen auf wieder zunehmende Ungleichheiten [28]. Dies gilt auch für

Charlottenburg-Wilmersdorf. Von grundlegender Bedeutung für die Gleichverteilung von Reichtum bzw. die Verhinderung von Armutslagen ist es, der Zunahme von prekärer Beschäftigung entgegenzuwirken, um so Einkommensungleichheiten zu reduzieren. Dazu zählt, die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse zu minimieren – hier kann das Bezirksamt auch als Arbeitgeber aktiv werden. Auch die Bundesregierung hat den Reformvorschlag, die Zahl der sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnisse deutlich einzudämmen, in ihre Koalitionsvereinbarung aufgenommen. Kontinuierliche Erwerbsbiografien, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und eine leistungsgerechte Entlohnung sowie die Möglichkeit auf Fortbildungen sind Voraussetzungen für ein gesichertes Erwerbseinkommen und die Möglichkeit Vermögen aufzubauen.
Daher gilt es auch den Niedriglohnsektor weiter zu begrenzen. Ein richtiger Schritt in diese Richtung wurde mit der Anhebung des Mindestlohns in Berlin auf 9 Euro/Stunde gegangen. Weitere Bestrebungen dieser Art sind grundlegend, um ein auskömmliches, stabiles Erwerbseinkommen für einen größeren Teil der Bevölkerung sicherzustellen.
Die vollständige berufliche Chancengleichheit und Lohngerechtigkeit von Mann und Frau, sowie von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung muss weiter auf allen politischen Ebenen, und auch innerhalb der Landes- und Kommunalverwaltung, forciert werden. Ein Fokus muss auch auf die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen sowie Alleinerziehenden sowie auf die berufliche Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten gelegt werden. Der Rückgang der Arbeitslosenquote ist ein Zeichen in die richtige Richtung.

2. Bildungsgerechtigkeit und soziale Mobilität

Neben der Arbeitsmarktpolitik kommt der Bildungspolitik im Hinblick auf Vermögensgerechtigkeit eine ebenso bedeutende Rolle zu. Bildung ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Erwerbsleben. Bildungsdefizite und geringqualifizierte Berufsabschlüsse äußern sich in einem niedrigen Qualifikationsniveau, welches oftmals in einem unzureichendem Erwerbseinkommen mündet. Wie der bezirkliche Armutsbericht darlegen konnte, zeigen die Indikatoren zur Bildungs- und Erwerbsbeteiligung für Charlottenburg-Wilmersdorf in der zeitlichen Entwicklung Verbesserungen. Dennoch sind – mit Blick auf die abnehmende soziale Aufwärtsmobilität in Deutschland – verstärkte Investitionen in gute und chancengleiche Bildung von hoher Relevanz [34]. So formuliert auch der 5. Armuts-und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von den Ressourcen in ihrem Elternhaus gefördert werden müssen, um soziale Teilhabe- und Aufstiegschancen zu verbessern [5]. Ein Ansatzpunkt besteht darin, Ausbildungskosten, die für einige Berufe bestehen, abzuschaffen (wie z.B. durch das Pflegeberufegesetz für die Ausbildungen im Pflegebereich erreicht wurde). Es gilt zu prüfen, jegliche Erstausbildung grundlegend kostenfrei zu gestalten bzw. eine angemessene Ausbildungsvergütung sicherzustellen, um adäquate Einkommen auch für jüngere Altersgruppen zu gewährleisten.
Einkommensschwache Haushalte mit Kindern und insbesondere Alleinerziehende müssen verstärkt unterstützt werden. Die Sicherstellung bedarfsgerechter Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten ohne Zusatzgebühren, die Stärkung der sozialen Infrastruktur für Familien und eine erleichterte und zeitnahe Inanspruchnahme von Leistungen (u.a. Elterngeld, Leistungen für Bildung und Teilhabe) für anspruchsberechtigte Familien sind hier nur Beispiele.

3. Chancengleicher Zugang zu Leistungen des Gesundheits- und Sozialsystems, Wohnraum und Infrastruktur

Deutschland gilt im europäischen Vergleich als ein Land mit ausgebauten und funktionierenden gesundheitlichen und sozialen Sicherungssystemen. Der Zugang zu Gesundheits-, Pflege,- und Betreuungsleistungen sowie zu Sozialleistungen muss für alle, auch für einkommensschwache Menschen sichergestellt sein.
Gesundheit gilt als ein Schlüsselelement für eine erfolgreiche Erwerbsbeteiligung und die Möglichkeit des Vermögensaufbaus und sollte daher gemäß dem Grundsatz „Health in all policies“ auf allen politischen Ebenen verfolgt werden. Die weitere Umsetzung der Präventionsketten und der Ausbau der Frühen Hilfen sowie die

Schaffung von Gesundheitsnetzwerken wie in Charlottenburg-Nord sind auch zukünftig für die gesundheitliche Chancengleichheit von Bedeutung.
Für Charlottenburg-Wilmersdorf zeichnen sich steigende Quoten der Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter nach Kapitel 4 SGB XII sowie von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII ab. Es gilt weiterhin Hürden in der Inanspruchnahme von Sozialleistungen (Bürokratie, fehlendes Personal etc.) zu senken. Entsprechend steigender Lebenshaltungs- und Wohnkosten muss die Höhe der Sozialleistungen kontinuierlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Chancengleichheit in der Inanspruchnahme ist grundlegend, um monetäre Ungleichheiten zu reduzieren.

Vermögensungleichheiten äußern sich auch auf dem Wohnungsmarkt. Immobilien als Vermögensaufbau und finanzielle Absicherung kommt eine zunehmende Bedeutung zu. In Berlin ist nur ein geringer Teil der Haushalte in Wohneigentum (15 %)- dieser ist vergleichsweise einkommens- und geldvermögensstark. Der Anstieg der Immobilienpreise kommt vorrangig den vermögenden Haushalten zugute, sodass Vermögensungleichheiten in diesem Punkt verstärkt werden. Die mit dieser Entwicklung verbundenen steigenden Mietpreise in Berlin gehen schließlich eher zu Lasten von einkommensschwachen Haushalten. Die mittlere Mietbelastungsquote ist in Charlottenburg-Wilmersdorf von 26 % in den letzten Jahren auf 27 % im Jahr 2014 gestiegen (Berlin:26 %). Eine Mietbelastung von mehr als 40 % des Haushaltseinkommens zeigen vor allem Personen des untersten Einkommensdezils und armutsgefährdete Personen [13]. Finanzierbarer Wohnraum für alle Einkommensschichten muss gewährleistet werden. Schlussfolgernd ist es von Bedeutung, den Mietpreissteigerungen entgegenzuwirken, indem mehr kommunaler Wohnungsbau betrieben wird, ein angemessenerer Teil an Sozialwohnungen vorgehalten und die Mietpreisbremse konsequent umgesetzt wird. Für einkommensschwache Haushalte müssen Wohngeldleistungen barrierefrei abzurufen sein, die Höhe des Wohngeldes muss entsprechend der steigenden Mietpreise angepasst werden. Auch ist die Schaffung von Wohneigentum, als finanzielle Absicherung für die Zeit nach der Erwerbstätigkeit, anzuregen. Kommunale Möglichkeiten sind jedoch beschränkt – eine Gesetzgebung auf Bundesebene ist nötig. Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag auf die Einführung von Baukindergeld verständigt, welches jungen Familien den Erwerb von Wohneigentum erleichtern soll.

Insgesamt ist die Gewährleistung einer flächendeckenden und leistungsfähigen sozialen Infrastruktur (Jugendfreizeiteinrichtungen, Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren etc.) hervorzuheben, die mit den Anforderungen der Wachsenden Stadt Schritt hält. Insbesondere in den Bezirksregionen mit schwacher Sozialstruktur bzw. vermehrten Armutslagen müssen bezirkliche Angebote bedarfsdeckend vorhanden sein. Niedrigschwellige und kostengünstige Freizeit-, Kultur- und Sportangebote für armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen sind nötig, um die gleichberechtigte kulturelle Teilhabe und soziale Integration zu fördern.

4. Steuer- und rentenpolitische Maßnahmen

Grundlegende Bedeutung für die Verteilung von Reichtum kommt dem Steuersystem zu. So wird zwar die Ungleichverteilung der Bruttoeinkommen durch die progressive Einkommenssteuerbelastung reduziert. Jedoch kommen verschiedene Untersuchungen bei Hinzunahme anderer Teile des Steuersystems zu dem Schluss, dass die Wirksamkeit der Umverteilung abgenommen hat. Beispielsweise wirken die Abschaffung der Vermögenssteuer und die Senkung des Spitzensteuersatzes der Reduzierung von wirtschaftlicher Ungleichheit entgegen [16]. Von großer Relevanz für den Aufbau von sehr hohem Vermögen sind zudem Erbschaft und Schenkungen. Das Steuersystem gilt es auf Bundesebene zu überdenken. Zu hinterfragen ist u.a. die steuerliche Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden im Vergleich zu Paaren [28].
Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung macht deutlich, dass unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung die fiskalische Tragfähigkeit auch zukünftig gewährleistet werden muss. Von einer angemessenen Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben profitieren alle [5].

Neben der Steuerpolitik, kommt auch der Rentenpolitik steigende Bedeutung aufgrund des demografischen Wandels zu. Trotz der aktuell überdurchschnittlich hohen Einkommensreichtumsquote der über 65-Jährigen im Berlinvergleich, konnte der Armutsbericht herausstellen, dass Charlottenburg-Wilmersdorf anteilig die meisten Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter hat. Zudem zeigt sich der Trend, dass die Altersarmutsquoten mit den kommenden Rentengenerationen zunehmen werden. Daher ist es notwendig, die Ressourcen der steigenden Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen anzugleichen sowie deren Höhe zu prüfen und ggf. anzupassen.
Altersarmut hat ihren Ursprung weit vor dem Eintritt in das Rentenalter und ist durch die beschriebenen veränderten Erwerbstätigkeitsprofile begründet. Neben den bereits genannten Maßnahmen, ist es langfristig zu überlegen, das Rentenniveau zu steigern, um Altersarmut vorzubeugen.

5. Stärkung der Teilhabe und Demokratie

Die Teilhabe aller Menschen in allen Lebensbereichen ist übergeordnetes Ziel, um Ungleichheiten nicht nur im Einkommen und Vermögen zu reduzieren. Hierfür ist es, so formuliert es der 5. Armuts-und Reichtumsbericht der Bundesregierung, von Bedeutung, dass alle politischen und sozialen Akteure sowie die Zivilgesellschaft sich die Förderung von Teilhabe und Demokratie fortwährend als Maxime setzen. Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird diesem Ziel bereits in vielfältiger Weise Rechnung getragen: Als Beispiele lassen sich der Aufbau des Integrationsbüros, die Förderung der Anerkennungskultur für ehrenamtliches Engagement und die kürzliche Einführung des Prinzips der Sozialraumorientierung als Grundlage für das Verwaltungshandeln anbringen. Weitere Anstrengungen in diese Richtung sind notwendig, um auch zukünftig die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen und den sozialen Zusammenhalt sicherzustellen.

Abschließend lässt sich resümieren, dass es für eine Gleichverteilung von Reichtum und Wohlstand grundlegend ist, übergeordnete Strategien auf Landes- und Bundesebene zu entwickeln. Gesamtpolitische Bemühungen sind notwendig, um den umfassenden Ursachen der Ungleichverteilung Rechnung zu tragen. Im Fokus sollte die nachhaltige Armutsprävention stehen mit dem Ziel der Erhöhung der Zahl armutsbedrohter Menschen effektiv entgegenzutreten und die Mittelschicht zu stärken. Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut müssen dabei sozialagenbezogen und auf die verschiedenen Zielgruppen ausgerichtet sein.

©Fotolia

Anhang

Tab. A: Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften in Berlin 2004-2016 nach Bezirken

Finanzamt	Steuerpflichtige 2004		Steuerpflichtige 2007		Steuerpflichtige 2010		Steuerpflichtige 2013		Steuerpflichtige 2016	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Charlottenburg	87	0,129 %	41	0,061 %	70	0,105 %	63	0,094 %	63	0,097 %
Friedrichshain*/ Prenzlauer Berg	5	0,006 %	8	0,009 %	/	/	/	/	/	/
Friedrichshain*-Kreuzberg	/	/	/	/	13	0,015 %	12	0,014 %	11	0,012 %
Kreuzberg	5	0,012 %	<5	0,009 %	/	/	/	/	/	/
Lichtenberg	6	0,008 %	<5	0,001 %	<5	0,003 %	5	0,007 %	5	0,007 %
Marzahn-Hellersdorf	9	0,011 %	<5	0,003 %	<5	0,004 %	<5	0,001 %	<5	0,003 %
Mitte/Tiergarten	28	0,050 %	18	0,031 %	32	0,052 %	51	0,080 %	59	0,093 %
Neukölln	13	0,025 %	<5	0,004 %	5	0,006 %	10	0,010 %	9	0,008 %
Pankow/Weißensee	8	0,012 %	6	0,009 %	8	0,011 %	<5	0,004 %	<5	0,003 %
Prenzlauer Berg*	/	/	/	/	9	0,016 %	9	0,015 %	23	0,039 %
Reinickendorf	55	0,070 %	21	0,027 %	27	0,036 %	26	0,035 %	21	0,030 %
Schöneberg	23	0,046 %	13	0,026 %	20	0,040 %	12	0,023 %	11	0,022 %
Spandau	24	0,036 %	8	0,013 %	14	0,023 %	15	0,024 %	11	0,019 %
Steglitz	60	0,089 %	32	0,048 %	31	0,047 %	33	0,048 %	30	0,046 %
Tempelhof	20	0,034 %	8	0,014 %	8	0,014 %	<5	0,007 %	9	0,017 %
Treptow-Köpenick	13	0,018 %	7	0,009 %	<5	0,005 %	<5	0,004 %	6	0,008 %
Wedding	<5	0,006 %	<5	0,003 %	<5	0,003 %	<5	0,003 %	<5	0,003 %
Wilmersdorf	112	0,207 %	82	0,153 %	94	0,179 %	71	0,133 %	80	0,156 %
Zehlendorf	132	0,354 %	103	0,272 %	111	0,290 %	106	0,274 %	114	0,305 %
Körperschaften I	<5	0,000 %	*<5*	*0,000 %*	*<5*	*0,000 %*	*<5*	*0,000 %*	*6*	*0,029 %*
Körperschaften II	<5	0,000 %	*<5*	*0,000 %*	*<5*	*0,000 %*	*<5*	*0,000 %*	*<5*	*0,016 %*
Körperschaften III	<5	0,000 %	*<5*	*0,000 %*	*<5*	*0,005 %*	*<5*	*0,000 %*	*5*	*0,020 %*
Körperschaften IV	<5	0,000 %	*<5*	*0,007 %*	*34*	*0,208 %*	*38*	*0,209 %*	*17*	*0,085 %*
Summe	**602**	**0,053 %**	**360**	**0,031 %**	**487**	**0,043 %**	**463**	**0,039 %**	**489**	**0,041 %**

	n	Anteil an Summe	n	Anteil an Summe	n	Anteil an Summe	n	Anteil an Summe	n	Anteil an Summe
Charlottenburg & Wilmersdorf insgesamt	199	33,1 %	123	34,2 %	164	33,7 %	134	28,9 %	143	29,2 %

* "Die Zuständigkeit für den Ortsteil vom Finanzamt Friedrichshain/Prenzlauer Berg ist während des Berichtzeitraums auf das Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg übergegangen."

Quelle: Schriftliche Anfrage Schlüsselburg & Zillich vom 27.04.2017 & 25.01.2018 – Steuerprüfungen bei Einkommensmillionären in Berlin, DS18/11123 & DS18/13296 [24], [23]

Glossar

Armutsgefährdungsquote

Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Landesmedians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung beträgt (=Armutsgefährdungsschwelle). Die Armutsgefährdungsschwelle betrug 2016 für Berliner Einpersonenhaushalte 923 Euro. Die Armutsgefährdungsquote gilt als Hauptindikator zur Messung der relativen Einkommensarmut einer Bevölkerung.

Armutsnähe

Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens.

Äquivalenzeinkommen

Ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, sodass Unterschiede in der Haushaltsgröße berücksichtigt sind. Auf Basis der OECD-Skala wird dem Haushaltsvorstand zur Berechnung dieser Einkommen das Gewicht 1, jedem weiteren erwachsenen Haushaltsmitglied der Wert 0,5 und jedem Kind der Wert 0,3 zugeordnet.

Dezile

Dezile unterteilen die Population entlang der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung in zehn gleich große Teilgruppen, um Ungleichheiten herauszustellen. Das unterste Dezil umfasst Personen, deren Einkommen/Vermögen sich im untersten Zehntel bewegt.

Einkommensreichtumsquote

Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200 % des Landesmedians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung beträgt (=Reichtumsschwelle). Die Einkommensreichtumsschwelle betrug 2016 für Berliner Einpersonenhaushalte 3.076 Euro, für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern 6.460 Euro. Die Reichtumsquote gilt als Hauptindikator zur Messung des relativen Einkommensreichtums einer Bevölkerung.

Gesamtvermögen

Das Gesamtvermögen setzt sich zusammen aus Wohneigentum, sonstigem Haus- und Grundbesitz, Geldvermögen, Vermögen aus privaten Versicherungen, Sachvermögen, Bausparverträgen und Betriebsvermögen.

Gini-Koeffizient für Einkommensungleichheit

Indikator für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen, der zwischen 0 und 1 liegt. Ein Wert von 1 bedeutet Einkommensungleichheit, ein Wert von 0 Einkommensgleichheit.

Gini-Koeffizient für Vermögensungleichheit

Indikator für die Verteilung der Vermögen, der zwischen 0 und 1 liegt. Ein Wert von 1 bedeutet Vermögensungleichheit, ein Wert von 0 Vermögensgleichheit.

Mittelwert

Der Mittelwert beschreibt den Durchschnitt und wird stark durch (sehr) hohe und niedrige Werte beeinflusst.

Median

Der Median teilt eine Gruppe aufsteigend geordneter Werte genau in der Hälfte und ist daher – anders als der Mittelwert (Durchschnittswert) – robust gegenüber sehr hohen oder sehr niedrigen Werten: 50 % liegen unterhalb des Medians und 50 % oberhalb. Der Median ist geeigneter eine Verteilung zu beschreiben, wenn hohe Werte fehlen.

Medianentgeld

Das Medianentgelt ist das mittlere Bruttoentgelt: 50 % der Entgeltbezieher verdient weniger und 50 % verdient mehr als das Medianentgelt.

Mittlere Mietbelastungsquote

Durchschnittlicher Anteil der Bruttokaltmiete (Grundmiete zzgl. kalter Nebenkosten) am Haushaltsnettoeinkommen.

Nettoeinkommen privater Haushalte

Ergibt sich aus den Gesamteinkünften aller Mitglieder eines Haushaltes nach Steuern und Sozialabgaben. Zu diesen Einkünften zählen u.a. das Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie staatliche Transferzahlungen und Mietersparnisse durch selbst genutztes Wohneigentum.

Nettogesamtvermögen

Das Nettogesamtvermögen entspricht der Summe aus dem Nettogeldvermögen und dem Nettoimmobilienvermögen.

Palma Ratio

Die Palma-Ratio setzt die Einkommenssumme der obersten 10 % der Einkommensverteilung in Relation zur Einkommenssumme der untersten 40 %.

Primäreinkommen privater Haushalte

Umfasst die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen. Hierzu gehören das Arbeitnehmerentgelt, die Selbständigeneinkommen, der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum, sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen.

S80/S20-Quote

Verhältnis der Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Quintils zur Summe des untersten Quintils der Bevölkerung. Indikator für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen.

Steuerbelastungsquote

Anteil der festzusetzenden Lohn-und Einkommenssteuer auf den Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigem.

Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften

Steuerpflichtige, deren positive Überschusseinkünfte (aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstige nach §22 Einkommenssteuergesetz) in der Summe 500.000 Euro überschreiten.

Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen Jüngerer

Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 65 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 65 Jahren. Dieses Verhältnis gilt als Indikator für die Angemessenheit der Einkommen älterer Personen bzw. für die Generationengerechtigkeit.

Vermögensarmutsquote

Die Vermögensarmutsquote ist nicht in amtlichen Statistiken zu finden. Die im Bericht dargestellte Quote wurde in anderen kommunalen Reichtums- bzw. Sozialberichten berechnet (Walter et al. 2017; Kistler et al. 2017). Nach deren Definition bezeichnet die Vermögensarmutsquote den Anteil der Personen, deren Vermögen weniger als 60 % des Medianvermögens der Bevölkerung beträgt (=Armutsschwelle). Hierbei wird nicht das Äquivalenzvermögen zugrunde gelegt, sondern gleiche Anteile der Nettovermögen eines Haushalts für alle Haushaltsmitglieder angenommen. Die Vermögensarmutsschwelle betrug demnach 2013 für Einpersonenhaushalte in Deutschland 23.213 Euro.

Vermögensreichtumsquote

Die Vermögensreichtumsquote ist nicht in amtlichen Statistiken zu finden. Die im Bericht dargestellte Quote wurde in anderen kommunalen Reichtums- bzw. Sozialberichten berechnet (Walter et al. 2017; Kistler et al. 2017). Nach deren Definition bezeichnet die Reichtumsquote der Pro-Kopf-Nettovermögen analog zur Einkommensreichtumsquote den Anteil der Personen, deren Vermögen mehr als 200 % des Medianvermögens der Bevölkerung beträgt (=Reichtumsschwelle). Hierbei wird nicht das Äquivalenzvermögen zugrunde gelegt, sondern gleiche Anteile der Nettovermögen eines Haushalts für alle Haushaltsmitglieder angenommen. Die Vermögensreichtumsschwelle betrug demnach 2013 für Einpersonenhaushalte in Deutschland 77.379 Euro.

Abkürzungsverzeichnis

AfS Berlin-Brandenburg	-	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
BA	-	Bundesagentur für Arbeit
BIP	-	Bruttoinlandsprodukt
BMAS	-	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
DGB	-	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIW Berlin	-	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin
EU-SILC	-	European Union Statistics on Income and Living Conditions
EVS	-	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EW	-	Einwohnerinnen und Einwohner
EZB	-	Europäische Zentralbank
IW Köln	-	Institut der Deutschen Wirtschaft Köln
OECD	-	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-Wicklung
SOEP	-	Sozioökonomisches Panel
VGR	-	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WSI	-	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung

Literaturverzeichnis

[1] Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg, „Einwohnerregisterstatistik für 2017," [Online]. Available: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/webapi/jsf/tableView/tableView.xhtml. [Zugriff am 12. Juni 2018].

[2] Amt für Statistik (AfS) Berlin Brandenburg, „Statistischer Bericht A I 5-hj 2/17. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31.Dezember 2017. Grunddaten," AfS Berlin Brandenburg, Potsdam, 2018.

[3] Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg, „Statistischer Bericht A I 11-j/16: Ergebnisse des Mikrozensus im Land Berlin 2016. Haushalte, Familien und Lebensformen," AfS, Potsdam, 2017.

[4] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, „Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2017. Kurzfassung," Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Berlin, 2018.

[5] Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), „Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung," BMAS, Berlin, 2017.

[6] Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), „WSI Verteilungsmonitor. Soziale Ungleichheit: Ausmaß, Entwicklung, Folgen," 2018. [Online]. Available: https://www.boeckler.de/wsi_66093.htm. [Zugriff am 10 April 2018].

[7] M. M. Grabka und C. Westermeier, „Anhaltend hohe Vermögensungleichheiten in Deutschland," *DIW Wochenbericht,* pp. 151-164, September 2014.

[8] Europäische Zentralbank, „The Household Finance and Consumption Survey - Wave 2. Statistical tables," EZB, 2017.

[9] C. Becker, T. Hauschild, J. Jahnz, J. Kalinski und N. Link, „Der Preis der Profite. Zeit, die Ungleichheitskrise zu beenden," Oxfam Deutschland e.V., Berlin, 2018.

[10] M. e. a. Beznoska, „Faktencheck Gerechtigkeit und Verteilung: eine empirische Überprüfung wichtiger Stereotype. IW-Report 29/2016," Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Köln, 2016.

[11] B. Payk, „Konzepte zur Messung von Einkommensungleichheiten," *Statistisches Monatsheft Baden-Würtemberg,* pp. 31-34, Juni 2012.

[12] Statistische Ämter des Bundes und der Länder, „Armut und soziale Ausgrenzung. Einkommensreichtumsquote," [Online]. Available: http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A4einkommensverteilung.html. [Zugriff am 19 April 2018].

[13] Amt für Statistik Berlin und Brandenburg, „Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2017," AfS, Potsdam, 2018.

[14] Bundesagentur für Arbeit (BA), „Arbeitsmarktmonitor," 2006 & 2016. [Online]. Available: https://arbeitsmarktmonitor.arbeitsagentur.de/faktencheck/regionalstruktur/tabelle/500/2015/employrate/?r=. [Zugriff am 19. März 2018].

[15] Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg, „Statistischer Bericht P I 10-j/15: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte im Land Berlin 1991 bis 2015," AfS, Potsdam, 2016.

[16] E. Kistler, M. Holler, C. Wiegel, O. Schiller, V. Jovcic und J. Faik, „Verteilung, Armut und Reichtum in München. Expertise III zum Münchener Armutsbericht 2017," Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie INFES gGmbH, Stadtbergen, 2017.

[17] Bundesagentur für Arbeit (BA), „Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungsflichtige Bruttoarbeitsentgelte (Jahreszahlen), Stichtag 31. Dezember 2016," Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, 2018.

[18] Statistisches Bundesamt, „Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitnehmerverdienste. 3. Vierteljahr 2017," *Fachserie 16 Reihe 2.1,* 12. Januar 2018.

[19] Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg - Referat 51, *Antwort auf eine Emailanfrage vom 07.Mai 2018.*

[20] Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg, „Statistischer Berichte L IV 3-j/13: Lohn- und Einkommenssteuer im Land Berlin 2013," AfS, Potsdam, 2017.

[21] Statistisches Bundesamt, „Finanzen und Steuern. Lohn- und Einkommenssteuer 2013," *Fachserie 14 Reihe 7.1,* 28. Juni 2017.

[22] *Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Marcel Luthe (FDP) vom 27. Februar 2018 zum Thema: Steuerprogression. DS 18/13632,* Berlin, 2018.

[23] *Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg und Steffen Zillich (LINKE) vom 25. Januar 2018 zum Thema: Steuerprüfungen bei Einkommensmillionären in Belrin im Jahr 2017. DS 18/13296,* Berlin, 2018.

[24] *Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg und Steffen Zillich (LINKE) vom 27. April 2017 zum Thema: Steuerprüfungen bei Einkommensmillionären in Berlin. DS 18/11123,* Berlin, 2017.

[25] Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg, „Statistischer Bericht O II 3 - 5j/13. Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte im Land Berlin 2013. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013," AfS, Potsdam, 2015.

[26] Statistisches Bundesamt, „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2013," *Wirtschaftsrechnungen. Fachserie 15 Heft 4,* 16. Oktober 2015.

[27] Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg, „Statistischer Bericht A I 11-j/16: Ergebnisse des Mikrozensus im Land Berlin 2016. Haushalte, Familien und Lebensformen," AfS, Potsdam, 2017.

[28] M. M. Grabka, „Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander," *DIW Wochenbericht Nr. 4/2017,* p. 83, 25. Januar 2017.

[29] Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg, „Statistischer Bericht O II 1 - 5j/13. Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte im Land Berlin 2013. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013," AfS, Potsdam, 2014.

[30] R. Kleimann und e. al., „Lebenslagen in Deutschland - Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Forschungsprojekt: Analyse der Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland," BMAS, Bonn, 2015.

[31] Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg, „Statistischer Bericht O II 2 - 5j/13. Haus- und Grundbesitz, Geldvermögen und Schulden privater Haushalte im Land Berlin 2013. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013," AfS, Potsdam, 2014.

[32] Statistisches Bundesamt, „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte 2013," *Wirtschaftsrechnungen. Fachserie 15 Heft 2,* 21. Juli 2014.

[33] M. M. Grabka und C. Westermeier, „Reale Nettovermögen der Privathaushalte in Deutschland sind von 2003 bis 2013 geschrumpft," *DIW Wochenbericht. Vermögensentwicklung in Deutschland,* pp. 727-738, 19. August 2015.

[34] E. Walter, F. Padberg und P. Schröder, „2. Hessischer Landessozialbericht," Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden, 2017.

© Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin